Die außenpolitische Haltung des Zentrums in den Jahren 1870 bis 1879

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der

Philosophischen Fakultät der

Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

Lothar Hettinger

aus Berlin

Tag der Promotion: 16. Oktober 1935

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Juni 1935

1935

Druck: Triltsch & Huther, Berlin

362

Referenten: Geh. Rat Prof. Dr. H. Oncken.

Prof. Dr. W. Windelband.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen Eltern in Dankbarkeit!

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550822_0117

Einleitung.

Partei und Aussenpolitik

„An der entscheidenden Stelle, die den Gang der Politik bestimmt, muß die kühle Vernunft unbedingt den Vorrang haben vor dem Gefühl. Dies ist eine glatte Selbstverständlichkeit, und doch hat kein Volk es so nötig wie das deutsche Volk, immer wieder daran erinnert zu werden."[1] Leider ist gerade von katholischer Seite sehr oft gegen diese Wahrheit verstoßen worden. Nur wenn die Ziele der katholischen Kirche und die Aufgaben ihrer Lehre mit den Interessen des Staates sich deckten, war eine Übereinstimmung zwischen beiden möglich. Sofern aber die katholische Kirche in Konflikt geriet mit der Autorität des Staates, war der Anlaß zu dauernden Auseinandersetzungen gegeben, die sich oft durch eine ganze Epoche wie im Mittelalter hindurchzogen. Im Zeitalter des Konstitutionalismus trat dieser Gegensatz von neuem in Erscheinung. Gerade die Außenpolitik des neuen deutschen Reiches wurde häufig das Ziel heftiger Angriffe der Parteien, die versuchten, einen entscheidenden Einfluß auf sie auszuüben. Da die Partei zur Durchführung ihres Programmes und zur Erreichung ihrer Ziele sich oft der Unterstützung gleichgerichteter und verwandter Parteien anderer Staaten bedient, ist die Folge davon, daß durch diese Wahlverwandtschaft ihre Haltung sich oft wenig oder gar nicht mit dem objektiven Gebote der Staatsraison deckt. Klerikale, Konservative und Liberale sind die beständigen Gegenspieler zu Bismarcks Außenpolitik, der sich aufs Heftigste dagegen wehrte, die Staatsraison dem Interesse irgendeiner Gruppe oder Partei zu opfern. Da gerade er gewöhnt war, alle Dinge allein vom Standpunkt der staatlichen Notwendigkeit aus zu beurteilen, betrieb er seine Außenpolitik nur unter realpolitischen Gesichtspunkten. Dies aber brachte den Schöpfer des Deutschen Reiches in Gegensatz zu den ihn umgebenden Parteien, die nicht davon abließen, auch die Außenpolitik durch die Parteibrille zu sehen und sie nach parteipolitischen Grundsätzen gehandhabt wissen wollten. Fast alle Parteien des deutschen Reichstages versuchten, mehr oder weniger die Politik des Reiches ihrem Programm unterzuordnen und durch ihre Kritik sie in den Kampf der Meinungen zu ziehen. Die überragende Persönlichkeit Bismarcks verstand es allerdings, die Domäne der Außenpolitik rein zu halten von Sonderinteressen und -wünschen. Das außenpolitische Handeln des Reichskanzlers war allein diktiert von dem Gebote der Staatsraison, die keine Rücksicht auf Parteiprogramme nehmen konnte. Nicht ohne Kämpfe ist diese Emanzipation Bismarcks von den außenpolitischen Wünschen der Parteien vor sich gegangen; der Erfolg seiner Politik hat schließlich bewiesen, daß Politik niemals vom Gefühl, sondern allein von der Vernunft bestimmt werden darf.

1. Kapitel:

Vom Ursprung und Werden der Zentrumspartei

I. Der großdeutsche Gedanke im politischen Katholizismus der Epoche von 1848 bis 1870.

Die Romantik ist das Zeitalter, in dem in Deutschland die Sehnsucht nach einem einigen und starken Deutschen Reiche wieder allgemein lebendig wird. Vor den Schlägen Napoleons war das alte Reich kraftlos zusammengebrochen. Der Wiener Kongreß hatte nicht die Hoffnungen erfüllt, die man an ihn geknüpft hatte. Eine Zusammenfassung aller deutschen Stämme unter einer souveränen Führung war nicht gelungen. Und da es in der Zeit der Romantik nicht gelang — und nicht gelingen konnte —, den Traum eines einigen deutschen Reiches in Erfüllung zu bringen, suchte man für das, was man in jener Zeit nicht verwirklichen konnte, einen Ersatz im Studium und in der Beschäftigung mit der deutschen Geschichte zu finden. Die Epoche der deutschen Romantik ist deshalb eine hervorragend geschichtliche Zeit; denn damals fängt man an, die deutsche Vergangenheit auch wissenschaftlich zu ergründen und zu erforschen. Die Kaiserherrlichkeit des deutschen Mittelalters übte eine besondere Anziehungskraft auf alle Gemüter aus. Vor allem war es das katholische Deutschland, das sich mit Vorliebe ins Mittelalter vertiefte, da ja die Kirche ihre größten Trümpfe gerade in dieser Epoche davon getragen hatte. Nachdem der Katholizismus in der Zeit des Rationalismus und der Aufklärung, vom Standpunkte der katholischen Kirche aus betrachtet, eine Zeit des Niederganges durchgemacht hatte, trat jetzt — nach den napoleonischen Kriegen — hierin eine Wandlung ein. Wurde doch noch im Jahre 1803 die Säkularisation der geistlichen Fürstentümer widerstandslos auch von den deutschen Katholiken hingenommen. Selbst Görres, der spätere Herausgeber des „Rheinischen Merkur", hatte sich ursprünglich für die Ideale der französischen Revolution begeistert[1]). Erst seit dem Jahre 1806, als er in Heidelberg die deutschen Romantiker Clemens von Brentano und Achim von Arnim kennenlernte, kam er stärker in Berührung mit den katholischen Ideen[2]). Jetzt begann er, sich ernsthafter mit dem deutschen Mittelalter zu beschäftigen, und schließlich wurde er zum geistigen Führer der deutschen Katholiken. Im Jahre 1814 erschien der „Rheinische Merkur" zum ersten Male. Hier trat Görres ein für die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seiner „alten Pracht und Herrlichkeit" unter der Führung der Habsburger[3]). Dieses Kaisertum aber war katholisch, sodaß der deutsche Katholizismus die großdeutsche Lösung der deutschen Frage auch im Jahre 1848 allen anderen vorziehen mußte.

Die Haltung der katholischen Fraktion im Frankfurter Parlament im Jahre 1848 war damit ebenfalls festgelegt, indem man für ein großdeutsches Reich unter Führung der katholischen Dynastie der Habsburger eintrat. Die Katholiken forderten damals die „Schaffung eines Deutschland im alten geschichtlichen Sinne"[4]). Auch schon August Reichensperger[5]), „der beste Typ der Verbindung, welche die Ausläufer der katholischen Romantik mit dem westdeutschen Liberalismus eingehen", der als Abgeordneter der Paulskirche angehörte sowie sein Bruder Peter, der Mitglied des Vorparlaments war, gehörten zu den Vorkämpfern des großdeutschen Gedankens[6]). Bei der Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum deutschen Kaiser in Frankfurt blieben die Katholiken ihrer großdeutschen Gesinnung treu und enthielten sich der Stimme[7]). Aber auch nach dem Fehlschlagen des Versuches in der Paulskirche hielt der Katholizismus am großdeutschen Gedanken fest. In der Tat hatte die großdeutsche Partei im Katholizismus „ein unübertreffliches Bindeglied für das bunte Gemisch ihrer Anhänger"[8]). — Auch als sich im Jahre 1852 in Preußen eine „Katholische Fraktion" auftat, zeigte es sich, daß alle Mitglieder Anhänger der großdeutschen Idee waren und die kleindeutsche Lösung ablehnten[9]). Zwar hatte sich Friedrich Wilhelm IV. bemüht, den Kirchenstreit beizulegen durch Gründung einer Katholischen Abteilung im Preußischen Kultusministerium[10]) sowie durch Gewährung besonderer Grundrechte in der preußischen Verfassung von 1849/50, die sogar nach A. Reichenspergers Zeugnis „in zufriedenstellender Art" ausgefallen waren[11]). Aber dennoch bildete sich bald darauf eine katholische Partei, der die Gebrüder Reichensperger und Hermann von Mallinckrodt angehörten[12]). Die Partei hatte sich aus Opposition gegen die Raumerschen Erlasse gebildet[13]). Diese Parteigründung hat man nachträglich von Zentrumsseite als eine „zeitweilige Anormalität" bezeichnet, da hier der konfessionelle Grundsatz bewußt in den Vordergrund gerückt war[14]). Im Jahre 1858 änderte die Fraktion, die sich besonders aus Katholiken der Rheinlande, Westfalens, Westpreußens und Schlesiens zusammensetzte, ihren Namen in „Fraktion des Zentrums" (Katholische Fraktion)[15]); aber schon 1859 verlor die Partei immer mehr an Gefolgschaft und schließlich löste sie sich wieder ganz auf[16]), da sie im Jahre 1863 nur noch 26 Mitglieder zählte[17]). Zur Förderung des großdeutschen Gedankens taten sich damals die Katholiken zu einem Reformverein zusammen, der es sich zur Aufgabe gesetzt hatte, das kleindeutsche Programm des im Jahre 1859 von liberaler Seite gegründeten Nationalvereins zu bekämpfen[18]), und dem man es besonders übel genommen hatte, daß er bald nach seiner Gründung „die gegen den Kirchenstaat gerichteten Anschläge" Viktor Emmanuels besonders begrüßt hatte.

Der Krieg von 1866, durch den schließlich Österreich aus dem Reiche herausgedrängt wurde, konnte von Seiten der deutschen Katholiken, die in ihrer Mehrzahl großdeutsch dachten, nicht anders als der „deutsche Bruderkrieg" bezeichnet werden[19]). Der Ausgang dieses Krieges war naturgemäß ein harter Schlag für sie. Denn das großdeutsche Ideal, für das man sich noch im Jahre 1864 während des Dänenkrieges begeistert hatte, schien jetzt für immer vernichtet zu sein. Es ist deshalb verständlich, wenn die

Deutschen katholischen Glaubens dies als einen Sieg des „Protestantismus über den Katholizismus" ansahen[20]).

K. Bachem sagt, es habe in jenen Tagen eine „Weltuntergangsbestimmung" im deutschen Katholizismus geherrscht[21]). Das großdeutsche Ideal der Ultramontanen schien für immer dahin zu sein; eine allgemeine Mutlosigkeit unter ihnen war die notwendige Folge. Im preußischen Abgeordnetenhaus kam es 1867 überhaupt zu keiner Fraktionsbildung der Katholiken mehr. Eine allgemeine Abneigung, offene Feindschaft und Haß gegen Preußen waren die Folge.

Windthorst, der als Hannoveraner seit 1849 in seiner Heimat eine politische Wirksamkeit entfaltet hatte, war einer der ersten, die den veränderten Verhältnissen Rechnung trugen[22]). Er empfand als Hannoveraner das Unglück seines Königshauses und den Verlust der Selbständigkeit Hannovers besonders schmerzlich[23]). Hüsgen sagt von ihm, er sei mit allen Vorzügen der Sachsenart begabt gewesen: „Mit Liebe am erprobten Alten hangend, zähe im Festhalten am verbrieften Rechte, Feind jeder Beschränkung vernünftiger Freiheit."[24]) Mit einer ausgeprägt konservativen Gesinnung und einem starken Rechtsgefühl ausgestattet, gehörte er, zumal als Katholik, der großdeutschen Partei an und war gegen den Ausschluß Österreichs aus dem Reiche[25]). Daß er gerade im Unglück seinem abgesetzten Herrscherhaus die Treue nicht brach, ist ohne Zweifel ein Beweis von Charaktergröße[26]). Martin Spahn nennt ihn „den Mann der politischen Praxis", der trotz seiner konservativen Gesinnung für ein entwickeltes Verfassungsleben im Staate eintrat[27]). Im Jahre 1867 ließ sich Windthorst ins preußische Abgeordnetenhaus und in den Norddeutschen Reichstag wählen und leistete sogar den Eid auf die preußische Verfassung[28]). Er wußte, daß er nur so seiner großdeutschen Gesinnung und seinen partikularistischen Zielen nützen konnte. Ein anderes politisches Kampffeld bot sich ihm nicht. So ging er, der das katholische und das großdeutsche Element in sich vereinigte, als Abgeordneter nach Berlin, um seine Anschauungen vor einem Forum zu vertreten, das ihm alles andere als freundlich gesonnen war. Windthorst tat sich bald darauf mit noch 16 anderen Großdeutschen zusammen und gründete mit ihnen bei der Eröffnung des Norddeutschen Reichstages den „Bundesstaatlich-Konstitutionellen Verein", dem als einziger Altpreuße Mallinckrodt beitrat, der Windthorst am nächsten stand[29]). Windthorst trat für möglichste Selbständigkeit der Einzelstaaten ein, da er jeder Zentralisierung des Bundes in Preußens Hand von vornherein entgegenarbeiten wollte. Die übrigen Katholiken, unter ihnen auch Savigny, hatten sich damals in der „Freien Konservativen Vereinigung" zusammengefunden, die Bismarcks Politik unterstützte, während sich August Reichensperger damals ganz von der Politik fernhielt[30]). — Windthorst entfaltete damals auch im Zollparlament eine politische Tätigkeit. Auch hier scharten sich um den „Welfen" alle Partikularisten. Windthorst war der „Süddeutschen Fraktion" als Hospitant beigetreten. Hier ermahnte er besonders die Süddeutschen zum Kampf „gegen ihre liberalen oder preußenfreundlichen Regierungen"[31]).

Der Bischof Emmanuel von Ketteler von Mainz war alsdann der erste gewesen, der sich der veränderten Sachlage einigermaßen anzupassen versuchte[32]). Besonders in seiner Schrift „Deutschland nach dem Kriege von 1866" wies er seinen Glaubensgenossen eine neue Richtung[33]). Obwohl seiner politischen Überzeugung nach Großdeutscher, gibt er unumwunden zu, daß auch beim Deutschen Bund, wie er bis 1866 bestanden hatte, von einer Befriedigung nationaler Ideen „kaum die Rede" gewesen sein könne. Auch Ketteler empfindet die Trennung von Österreich schmerzlich; aber er erkennt doch jetzt, nachdem der Ausschluß der Habsburger aus dem Reich Tatsache geworden war, die kleindeutsche Lösung als die einzig mögliche an, als den allein möglichen Ausweg, dem sich auch die Katholiken nicht länger verschließen könnten[34]). Die Voraussetzung, die Ketteler dabei macht, ist aber, daß Preußen nunmehr versucht, ein möglichst „inniges Bündnis mit Österreich" herzustellen[35]). Der Aufbau des Reiches soll nach ihm ein föderativer sein unter möglichster Selbständigkeit der Bundesstaaten[36]).

Aber die Katastrophe von 1866 war für die Katholiken doch zu nachhaltig, da ja durch den Ausschluß der Katholiken Deutsch-Österreichs nicht nur der politische Zusammenhang, sondern auch die kulturelle Verbindung mit ihren Glaubensgenossen an der Donau verloren gegangen war. So kam es, daß nach dem Jahre 1866 noch viele Katholiken glaubten, „das Rad der Geschichte rückwärts drehen zu können"[37]). Besonders die süddeutschen Katholiken konnten sich nur schwer an die neue Lage gewöhnen und versuchten, einer Vereinigung des Südens mit dem Norden entgegenzuarbeiten und die Mainlinie zu verewigen. Von den Ultramontanen wurde nach 1866 ein radikaler Partikularismus gepredigt, der einer endgültigen Vereinigung aller Deutschen im neuen Reich noch manches Hindernis bereiten sollte. Das großdeutsche und das kleindeutsche Prinzip rangen noch immer miteinander. Im Jahre 1866 hatte der kleindeutsche Gedanke zwar einen glänzenden Sieg davon getragen. Aber die endgültige Lösung der deutschen Frage war noch immer in der Schwebe. Der großdeutsche Gedanke in Verbindung mit den ultramontanen Ideen sollte sich noch einmal zu neuer Wirksamkeit entfalten und ein entscheidender Faktor werden, dem namentlich Bismarck noch lange Zeit Rechnung tragen mußte.

II. Die Neugründung der Zentrumspartei im Winter 1870/71.

a) Der Gegensatz zwischen Katholizismus und Liberalismus.

Im Jahre 1864 hatte Papst Pius IX. die Enzyklika „Quanta cura" mit dem angefügten Syllabus ergehen lassen, durch den alle liberalen „Irrtümer" durch die katholische Kirche verurteilt wurden. Nicht mit Unrecht hat man das als einen Versuch bezeichnet, „die mittelalterliche Unterordnung der gesamten Kultur unter die Gewalt der Kirche zu wiederholen"[1]). Indem andererseits der politische Liberalismus sich immer mehr mit dem kirchlichen Liberalismus identifizierte und „sein individualistisches Grund-

prinzip aus der Politik in die Sphäre der Religion übertrug", wurde auf jeder Seite dazu beigetragen, den Gegensatz zwischen beiden noch weiter zu vertiefen[2]). Die Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Liberalen bildet einen wichtigen Teil der parlamentarischen Kämpfe jener Zeit. Allmählich nahm der Streit zwischen beiden Bewegungen immer schärfere Formen an, die um das Jahr 1869/70 ihren Höhepunkt erreichten. Papst Pius IX. berief im Jahre 1869 das Vatikanische Konzil, auf dem die päpstliche Unfehlbarkeit zum Dogma der katholischen Kirche erhoben werden sollte. Der Papst wollte „seine bedrohte weltliche Machtstellung durch die höchstmögliche Steigerung seiner päpstlichen Autorität, die Unfehlbarkeit", retten[3]). Am 18. Juli 1870 fand die feierliche Verkündigung des neuen Dogmas durch Papst Pius IX. statt; einen Tag später erfolgte die Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland[4]). Als die Absicht des Papstes bekannt wurde, bildete sich überall eine starke Opposition dagegen[5]). In Deutschland entstand damals die „Altkatholische Bewegung", die die Unfehlbarkeitslehre ablehnte. Selbst Windthorst und die Gebrüder Reichensperger fühlten sich durch das neue Dogma „aufs höchste beunruhigt" und erklärten es für „inopportun". — Noch im Winter 1869/70 hatte Windthorst gesagt: „Und wenn sie mir den Kopf abschlagen, ich glaube nicht an die Unfehlbarkeit."[6])

In dieser Zeit der Kämpfe ereignete sich in Berlin ein Zwischenfall, der von Zentrumsseite immer herangezogen wird, um die Notwendigkeit dieser Partei unter Beweis zu stellen[7]). Im Jahre 1869 war in der Berliner Vorstadt Moabit der sogenannte „Klostersturm"[8]), der die eigentliche Veranlassung gewesen sein soll, der zur Gründung des Zentrums geführt habe[9]). Damals habe sich „das Bedürfnis einer neuen, starken, vom ganzen konservativ-christlichen Volke getragenen Partei fühlbar" gemacht[10]). Besonders der darauf im Landtage abgegebene Bericht des Professors Gneist über den Klostersturm habe die Sorge der Katholiken erregt, zumal da die liberale Mehrheit der Petitionskommission auf eine Beseitigung des Ordenswesens der katholischen Kirche hingestrebt habe[11]). Auch Windthorst hat diesen Standpunkt noch im Jahre 1873 im Preußischen Abgeordnetenhaus vertreten[12]). Angesichts des „kulturkämpferischen Drängens der Liberalen" fanden dann bereits im Frühsommer 1870 in Berlin Verhandlungen katholischer Führer statt, um über ein gemeinsames Wahlprogramm zu beraten, das von Peter Reichensperger alsdann in der „Kölnischen Volkszeitung" am 11. Juni 1870 den Wählern zur Kenntnis gebracht wurde[13]). In diesem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß die katholische Bevölkerung Preußens an sich nur eine Minorität darstelle und deshalb eines „Vereinigungspunktes" bedürfe[14]). Aufrechterhaltung der Selbtsändigkeit der Kirche, Unterrichtsfreiheit, föderativer Charakter des Norddeutschen Bundes, Ermäßigung der Ausgaben für das Heer sind die Hauptpunkte des Programmes. Selbst Kißling nennt dieses Programm „nicht ganz glücklich", da es nicht so sehr „die Bereitwilligkeit zu nationaler und staatlicher Mitarbeit als das Bedürfnis nach Abwehr der liberalen Gefahr in den Vordergrund stellte"[15]). Kurze Zeit darauf, also noch vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, fand eine Versammlung in Essen statt, die von katholischen Vereinen

des Rheinlandes und Westfalens einberufen war, und wo abermals über das Wahlprogramm beraten wurde. Am 28. Oktober 1870 kam man dann in Westfalen zusammen und beschloß das „Soester Programm", das die Grundlage für die weitere Entwicklung der Zentrumspartei wurde[16]). Hier wird im wesentlichen noch einmal das wiederholt, was Peter Reichensperger schon als Aufgaben der Partei bezeichnet hatte. — Wenn man bedenkt, daß einen Monat zuvor, am 20. September 1870, der Kirchenstaat von Viktor Emmanuel in Besitz genommen worden war, so wird die Forderung nach „Abwehr jeden Angriffs auf die Unabhängigkeit der kirchlichen Organe" noch verständlicher. Und in der Tat: mag auch der Gegensatz zum Liberalismus bei der Gründung des Zentrums schon vor Ausbruch des Krieges gegen Frankreich eine Rolle gespielt haben, so wird man nicht abstreiten können, daß erst jetzt, nach der Beseitigung des Kirchenstaates, die Zentrumsbewegung erheblichen Anhang bei den Katholiken fand[17]). Deshalb war es für die Katholiken eine Notwendigkeit geworden, in den Parlamenten stark vertreten zu sein, um auf diese Weise Einfluß auf die politische Entwicklung zu bekommen, so wie es ihre Weltanschauung erforderte[18]). Schon einige Wochen zuvor hatte außerdem Bischof Ketteler im Auftrage seiner Glaubensgenossen Bismarck ersucht, die Grundrechte der preußischen Verfassung in die neue Reichsverfassung mit aufzunehmen[19]). Auch dies spielte bei der Gründung des Zentrums eine Rolle, für die also mehrere Gründe maßgebend waren. Beide Ursachen, die Beraubung des Papstes seiner weltlichen Macht wie auch die Forderung der Grundrechte für die Reichsverfassung, gaben ohne Zweifel den eigentlichen Anlaß, daß das Zentrum eine Bewegung wurde, die unter einem großen Teil der deutschen Katholiken feste Wurzeln faßte. Wenn auch die ersten Anfänge der neuen Partei sich bis in die Zeit vor dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges zurückverfolgen lassen, so ist doch kaum anzunehmen, daß etwa der Berliner Klostersturm eine derartige Oppositionsbewegung im deutschen Katholizismus verursacht haben soll, wie sie nachher im Reichstag in Erscheinung trat. Dafür mußten andere und tiefere Ursachen maßgebend sein. Welches die entscheidenden Anlässe waren, die zur Gründung der Zentrumspartei führten, das sollten späterhin die Verhandlungen des ersten deutschen Reichstages deutlich machen. Das sollten auch die Unterhandlungen zeigen, die von den Katholiken bald darauf mit der Regierung geführt wurden.

b) Die Sendung des Erzbischofs Ledochowski in Versailles und die Neugründung des Zentrums.

Nach der schweren Niederlage der Franzosen im Jahre 1870 war es ihnen bald nicht mehr möglich, die Besatzung, die sie im Kirchenstaate zum Schutze des Papstes stehen hatten, noch länger zu halten. Bereits am 20. September waren die französischen Truppen aus Rom abgezogen, und das Königreich Italien hatte von dem Kirchenstaat Besitz genommen. Dies bedeutete in der Tat einen schweren Schlag für den Katholizismus, und insbesondere die deutschen Katholiken waren durch die

Niederlage des Papsttums in große Erregung versetzt worden. — Es könne keinem Staate gleichgültig sein, wenn der Papst als Oberhaupt von 200 Millionen Katholiken einer fremden Macht ausgeliefert sei, erklärte die „Kölnische Volkszeitung". Die einzige Hoffnung biete die Aussicht auf einen europäischen Kongreß, von dem man eine Lösung der römischen Frage erwartete. Wenn das jedoch nicht von Erfolg sein sollte, so sei es Sache des katholischen Volkes, „seine Willensmeinung durch eine allgemeine Kundgebung und auf dem gesetzlichen Wege den Regierungen laut und eindringlich zu Gehör zu bringen[20]). Auf Grund der „verfassungsmäßigen Rechte" sei man berechtigt, von der Regierung eine Hilfe für den bedrängten Papst zu fordern, hieß es im katholischen Lager bald nach Bekanntwerden der Unglücksbotschaft aus Rom[21]). Und bereits zehn Tage danach erging ein Aufruf an die deutschen Katholiken, der von Männern unterzeichnet war, deren Namen späterhin in der Zentrumsfraktion einen Klang haben sollten. Darin wurde aus Anlaß der Vorgänge in Rom zu einer Wallfahrt nach Fulda aufgefordert. Bei dieser Gelegenheit sollten die wichtigsten katholischen Fragen in einer „vertraulichen Besprechung" geregelt werden[22]). So versammelten sich am 12. Oktober die führenden Katholiken am Grabe des Hl. Bonifatius zu Fulda, um zur römischen Frage Stellung zu nehmen[23]). Man beschloß, gegen den Raub des Kirchenstaates Protest zu erheben, und eine Adresse an die regierenden deutschen Fürsten zu richten, in der sie um Schutz für das Oberhaupt der Kirche ersucht wurden[24]). Es ist wahrscheinlich, daß es sich dabei um die Adresse handelt, die einige Wochen später in Versailles dem König von Preußen überreicht wurde[25]).

Für die Geschichte des deutschen Katholizismus bedeutsam ist die Tagung in Fulda besonders deswegen, weil hier der Zentrumsgedanke einen entscheidenden Antrieb erhielt. Infolge der durch die Niederlage des Papstes geschaffenen Lage fand der Gedanke einer klerikalen Partei jetzt auch in der breiten katholischen Öffentlichkeit Anklang. So endete die zu Fulda angenommene Erklärung mit der Mahnung an die deutschen Katholiken überall einzustehen für die Wahrung der kirchlichen Rechte und Interessen: „Der Schutz des Rechtes gegen die Gewalt geziemt vor allem den Regierungen Europas, welche die Souveränität des heiligen Stuhles in feierlichen Verträgen anerkannt haben . . . Als loyale Staatsbürger dürfen wir auch auf kirchlichem Gebiete den Schutz unserer Rechte und die Wahrung unserer Interessen fordern. Tuen wir dieses, wo immer sich Gelegenheit bietet: durch die Presse, durch Vereine und Versammlungen, insbesondere aber dadurch, daß wir zu unseren Vertretern nur solche Männer wählen, welche den Mut und die Kraft haben, die katholischen Interessen zu wahren."[26]) Daraus ergibt sich mit großer Deutlichkeit, daß der eigentliche Anlaß zur Bildung des Zentrums in der römischen Frage lag. Der Protest gegen die Beseitigung der weltlichen Macht des Papstes hatte in Deutschland eine Bewegung hervorgerufen, die sich an allen entscheidenden Stellen und mit allen Mitteln geltend zu machen suchte. So ergab sich für die Katholiken die Notwendigkeit, sich eine parlamentarische Vertretung zu schaffen, der die Aufgabe oblag, die kirchlichen Interessen mit Nachdruck zu vertreten. Der Beschluß, auf die Regierungen Einfluß zu gewinnen, war

in Fulda gefaßt worden. Es galt jetzt, ihn in die Tat umzusetzen. Deshalb erschien es angebracht, sich möglichst bald mit Petitionen an König Wilhelm zu wenden, um ihn auf diese Weise zu einem Schritt zu Gunsten der Kurie zu veranlassen. In vielen Städten kamen die Katholiken jetzt zusammen, um Adressen an den König von Preußen nach Versailles zu senden, in denen unter Hinweis auf das königliche Versprechen vom Jahre 1867 für die Rechte und Interessen der Katholiken einzutreten, die Regierung um Hilfsmaßnahmen für den Heiligen Stuhl gebeten wurde[27]). Gleichzeitig setzte eine starke Bewegung für die Wahl katholischer Abgeordneter zum preußischen Landtag ein. Bereits am 6. Oktober hatte die „Kölnische Volkszeitung" darauf hingewiesen, daß die Regierung des Norddeutschen Bundes für die Forderungen der katholischen Minorität nur dann eintreten werde, wenn es den Katholiken gelingt, „in entscheidender und eklatanter Weise ihre Forderungen im politischen Leben zu maßgebendem Ausdrucke zu bringen." Dies sei aber nur bei den bevorstehenden Wahlen zum Landtag und zum Reichstag möglich. „Ein ansehnlicher Kreis von Abgeordneten, deren Ehrenhaftigkeit und katholische Gesinnung gleich zweifellos ist, und eine nicht fortwährend um ihre Existenz kämpfende Presse werden die besten Intervenienten in der römischen Frage sein."[28])

Auch dies zeigt, daß die katholischen Abgeordneten eigens zu dem Zweck gewählt wurden, um für den römischen Stuhl intervenieren zu können. Die Wahl katholischer Abgeordneter erschien als die „erfolgreichste Demonstration" „sowohl gegen die Vergewaltiger des Papstes in Italien wie gegen die Kirchenfeinde in Deutschland"[29]). In vielen Orten fanden bald besondere Wahlversammlungen statt. So fand am 19. Oktober eine solche Versammlung in Köln statt, um „mit allen gesetzlichen Mitteln" eine Intervention für den Papst zu erwirken[30]). Am 23. Oktober versammelten sich die Katholiken Berlins, zu denen der geistliche Rat Müller, einer der Mitgründer des Zentrums, über das Wahlprogramm der Katholiken sprach[31]), und am 6. November kamen die Katholiken Krefelds zusammen, um den „brutalen Gewaltakt gegen das Oberhaupt und den Besitzstand" der Kurie „öffentlich zu richten"[32]). Am 28. Oktober endlich wurde zu Soest das Programm angenommen, das sich im wesentlichen auf den im Juli 1870 zu Essen beschlossenen Grundsätzen und auf jenen Artikel von Peter Reichensperger aufbaute[33]). Unter dem Motto „Für Wahrheit, Recht und Freiheit" wurden die Forderungen der Katholiken zusammengefaßt: Erhaltung der verfassungsmäßig anerkannten Selbständigkeit und Rechte der Kirche, Abwehr jeden Angriffs auf die Unabhängigkeit kirchlicher Organe, Erhaltung der christlichen Ehe, föderative Gestaltung des Deutschen Reiches, Beschränkung der Staatsausgaben und konfessionelle Schulen[34]). Selbstverständlich handelte es sich hierbei in erster Linie um die Wahrung der katholischen Interessen. In diesem Sinne bemerkte die „Kölnische Volkszeitung" am 5. November: „Das Programm einer . . . Vereinigung der katholischen Deputierten — auf den Namen kommt es nicht an — . . . muß aber . . . ein spezifisch katholisch-konfessionelles und kein politisches sein."[35]) Auch hatte ja das Soester Programm allein von „der" Kirche gesprochen.

Infolge der verstärkten Wahltätigkeit der Katholiken regte sich bald das Mißtrauen der übrigen Parteien. So schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 18. Oktober, der Ultramontanismus wolle den theokratischen Weltstaat des Mittelalters wiederherstellen[36]). Auch wurde in der liberalen Presse die Beteiligung des Clerus an der Wahlbewegung scharf kritisiert. Die „Elberfelder Zeitung" bezeichnet den Aufruf des Erzbischofs Paulus von Köln zugunsten des Kirchenstaates als „einen Mißbrauch des Amtes und des ihm zustehenden Einflusses"[37]). Und in der Tat hatten mehrere Bischöfe ihre Glaubensgenossen zu veranlassen versucht, nur katholische Abgeordnete in die Parlamente zu entsenden. So hatte der Bischof von Culm, Johannes von der Marwitz, im amtlichen Kirchenblatt seiner Diözese die Geistlichen aufgefordert, ihre Pflicht zu tun, um „die Gläubigen in angemessener Weise zu belehren, nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche volle Garantie bieten, daß sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Rechte der Kirche gewissenhaft und eifrig vertreten werden." „Ob Pole, ob Deutscher von Geburt, ist gleich; nur verfassungstreue und kirchliche Männer mögen gewählt werden."[38]) Auch der Erzbischof von Köln hatte sich am 28. Oktober noch einmal an seine Gläubigen gewandt: die Ungerechtigkeiten, wie sie jetzt in Rom geschähen, gäben der bevorstehenden Wahl eine „mehr als gewöhnliche Wichtigkeit und Bedeutung", so daß es nötig sei, nur katholische Abgeordnete zu wählen. Auch hier wurden die Geistlichen besonders ermahnt, die Katholiken über die Wahlen „gründlich zu belehren und auch anderweitig den ihnen zustehenden Einfluß für einen guten Ausfall der Wahlen in geeigneter Weise zu verwenden"[39]). Einen ähnlichen Erlaß hatte der Bischof von Münster in seinem Amtsblatt veröffentlicht[40]). Die „Kölnische Volkszeitung" drückte über diese Propaganda der Bischöfe für die Wahlen ihre besondere Befriedigung aus: Clerus und Laien könnten nun wieder „Hand in Hand" gehen[41]).

Allerdings vertraten in dieser Frage nicht alle Geistlichen den gleichen Standpunkt. Hier war es vor allem der Bischof von Ketteler, der sich anfangs eine größere Mäßigung auferlegte. Ketteler gehörte zu den Gegnern des römischen Absolutismus und der Unfehlbarkeitsidee[42]). Er bezweifelte die Opportunität des neuen Glaubenssatzes und versuchte bis zuletzt gegen die Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit zu wirken. Als er einsehen mußte, daß seine Bemühungen auf dem Konzil zwecklos waren, entzog er sich der Schlußabstimmung durch die vorzeitige Abreise aus Rom[43]). Aber dennoch dachte Ketteler nicht an Opposition. Bereits am 20. August 1870 unterwarf auch er sich den Beschlüssen des Vatikanischen Konzils, und kurze Zeit später unterzeichnete er in Fulda den Hirtenbrief der deutschen Bischöfe, obwohl ein großer Teil des Episkopats dieser Tagung ferngeblieben war, dessen Haltung der Papst in einem besonderen Schreiben beanstandete[44]). An den Kundgebungen für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Hl. Stuhles beteiligte sich Ketteler aber nur wenig. So erwähnte er nichts von der römischen Frage in dem Brief, den er am 1. Oktober, also bald nach dem Fall Roms, an Bismarck nach Versailles richtete. Lediglich von der Notwendigkeit der Übernahme der

preußischen Bestimmungen, welche die Rechte und Freiheiten der Kirche garantieren, versuchte er den Kanzler zu überzeugen: „Ich würde es daher für ein wahres Unterpfand des Friedens und des Gedeihens halten, wenn diese Verfassungsbestimmungen für ganz Deutschland proklamiert würden." Dies würde eine allgemeine Beruhigung auch für die Katholiken bedeuten, die um so notwendiger sei, „wenn es gelingt, Deutschland seine alten Grenzen wiederzugeben und das deutsche Elsaß und Lothringen wieder mit dem alten Mutterland zu vereinigen."[45]). Bismarck, der die Kulturpolitik den Einzelstaaten überlassen wollte, ging nicht darauf ein und gab dem Bischof von Mainz auf sein Schreiben keine Antwort[46]). Am 15. Oktober endlich erließ Ketteler einen Hirtenbrief gegen die Eroberung Roms[47]). Darin forderte er gleichzeitig von dem christlichen Staat den Kampf gegen den Liberalismus: „Alle äußeren Siege über Frankreich seien Scheinsiege, solange die falschen französischen politischen Prinzipien, denen der europäische Liberalismus fort und fort huldigt, über uns herrschen . . . Nur ein Staatswesen, das die Religion achtet und bei allen seinen Einrichtungen auf die religiöse Überzeugung seiner Angehörigen Rücksicht nimmt, hat ein Recht auf Gottes Segen. Mögen daher die Siege Deutschlands, welche das christliche deutsche Volk erfochten, uns auch ein christliches Deutschland wiederbringen . . ." — Es erscheint durchaus möglich, daß, wie Vigener sagt, Ketteler mit diesem Hirtenbrief beabsichtigte, „für den Gedanken einer katholischen Parteibildung im künftigen Reiche zu werben"[48]). Und wenn er sich auch nicht direkt an den Vorbereitungen zur Gründung der Zentrumspartei beteiligte, so gab er doch hier und da seinen Glaubensgenossen Anregungen. Dafür gibt besonders ein Brief an die „Germania" Zeugnis, die am 17. Dezember 1870 mit der ersten Probenummer erschienen war[49]). Ketteler war von den ersten Ausgaben der neuen Zeitung nicht befriedigt, die unter der Leitung von Friedrich Pilgram stand[50]). Der Bischof kritisierte insbesondere das Übermaß „germanischen Selbstbewußtseins", das in den ersten Artikeln der „Germania" zum Ausdruck gekommen sei. Er sagte, man könne ohne Selbstüberhebung nicht davon sprechen, „daß Germanentum und Christentum mehr wie je in der Vergangenheit und als Vorbild für andere Nationen sich durchdringen werden." Er gab der katholischen Presse den Rat, „hohle Redensarten und Selbstüberhebungen" zu vermeiden. „Je nüchterner, je wahrer, je gerechter gegen alle wir sind, desto mehr Achtung wird uns die feindliche Presse gewähren." Die Gegensätze lägen jetzt nicht im „Romanentum und Germanentum", sondern sie beständen „in großen Prinzipien, für die wir eintreten müssen, und welche ihre Gegner so gut in Deutschland wie in Frankreich haben." — Ketteler kritisierte also, daß Pilgram in der „Germania" die Anschauung von dem weltbeherrschenden Beruf des Germanentums — was ja auch in dem Titel der neuen Zeitung zum Ausdruck kommen sollte — gesprochen hatte[51]). Nach Pilgram sollte das deutsche Kaisertum christlich und universal sein, das weltliche Seitenstück zur christlichen Kirche, wie es im Mittelalter bestand. Aus dieser allgemeinen Stellung des Reiches leitete er als Lösung der römisch-italienischen Frage eine „stellvertretende Regentschaft des Kaisers im Kirchenstaat" ab. Solche romantischen Ideen, wie sie der Re-

dakteur der „Germania" vertrat, mußten die Kritik Kettelers herausfordern, der die Dinge wesentlich nüchterner betrachtete, gewissermaßen vom Standpunkt eines christlichen Realpolitikers aus. Seine Stellung zu den politischen Tagesfragen hat Freiherr von Ketteler vor allem in seiner Schrift „Die Katholiken im Deutschen Reiche" zusammengefaßt, die er im Februar 1871 abschloß, mit deren Veröffentlichung er jedoch noch zwei Jahre abwartete[52]). Darin betont er die Notwendigkeit der Gründung einer katholischen Partei, um den Kampf gegen den Liberalismus aufzunehmen, den er als den schärfsten Gegner der Katholiken ansieht. In einem Schreiben, das er am 13. Februar 1871 an die Angehörigen seiner Diözese ergehen ließ, ermahnte er seine Glaubensgenossen, nur aufrichtige katholische Männer zu wählen[53]). Es gelte, eine gesetzliche Garantie dafür zu schaffen, daß auch die Katholiken im neuen Deutschland „unbeirrt und ungeschmälert" leben könnten. Vom Papst und Kirchenstaat ist jedoch in diesem Aufruf nicht die Rede. Ketteler bewies ohne Zweifel damit eine kluge Zurückhaltung. Ihm genügte in der Tat der Satz von der Kirchenfreiheit, in dem sich „der Satz von der Freiheit des Papstes, von der Notwendigkeit des Kirchenstaates, jederzeit unterbringen" ließ[54]). Im übrigen erklärte Ketteler trotzdem auf der Kanzel, daß der wahre Frieden und das Glück im Innern davon abhingen, daß „Fürsten und Völker dem Statthalter Christi gerecht werden"[55]). An der diplomatischen Aktion der Bischöfe zugunsten des Papstes aber beteiligte er sich nicht.

Um direkten Einfluß auf die Regierung zu erlangen, hatte der Erzbischof von Posen, Ledochowski, Anfang November in Berlin angefragt, ob sein Besuch bei dem im Hauptquartier zu Versailles weilenden König genehm sei[56]). Von Bismarck erhielt er die Antwort, daß der König bereit sei, die Abordnung der Katholiken zu empfangen[57]). So war Ledochowski am 5. November 1870 in Versailles erschienen, um hier seine Wünsche bei den maßgebenden Stellen anzubringen, nachdem bereits einige Tage zuvor der Erzbischof von München an König Ludwig von Bayern herangetreten war[58]). Wie man es in Fulda auf der Katholikentagung beschlossen hatte, überreichte der Erzbischof von Posen dem König eine Adresse, die von den Bischöfen von Posen, Gnesen und Culm unterzeichnet war. Darin wurde an das „monarchische Prinzip" appelliert, das durch den Raub des Kirchenstaates erschüttert sei, und für das der König eintreten müsse. Die Adresse schloß mit der Bitte an den König von Preußen, die Italiener zur Herausgabe des Kirchenstaates zu zwingen[59]). Die Mission des Erzbischofs Ledochowski bestand also einmal darin, Preußen zu einem Protestschritt gegen Italien zu veranlassen, zum anderen fragte man an, ob der Papst notfalls ein Asyl in Preußen finden könnte[60]). Einen Protestschritt gegen Italien lehnte Bismarck ab[61]). Der Kanzler machte den Unterhändlern aber den Vorschlag, als Gegenleistung für eine etwaige preußische Hilfe eine „päpstliche Einwirkung auf die französische Geistlichkeit im Sinne des Friedensschlusses" zu erwirken. Dieser Versuch blieb jedoch erfolglos, da Ledochowski und Bonnechose, der Kardinal-Erzbischof von Rouen, eine „kühle und ablehnende Aufnahme" bei der französischen Geistlichkeit fanden[62]). „Der Gallikanismus erschien mir stärker, als ich ihn 1870 der

Infaillibilität gegenüber einschätzen konnte, und der Papst schwächer, als ich ihn wegen seiner überraschenden Erfolge über alle deutschen, französischen, ungarischen Bischöfe gehalten habe", schrieb Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen"[63]). Bismarck war während des deutsch-französischen Krieges durchaus geneigt, unter gewissen Bedingungen den Papst in Deutschland aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er sich den Landesgesetzen beuge, wie der Kanzler sich zum Großherzog von Baden äußerte[64]). Als päpstliche Residenz schlug er dem Erzbischof Köln oder Fulda vor[65]). Und am 9. November 1870 sprach sich Bismarck bei Tisch folgendermaßen aus: „Es wäre eine unerhörte Wendung, . . ., wenn wir den Katholiken als das erschienen, was wir in Wirklichkeit sind, als die einzige Macht gegenwärtig, die dem obersten Fürsten ihrer Kirche Schutz gewähren könnte . . . Wir hätten die Polen für uns. Die Opposition der Ultramontanen hörte auf — in Belgien, in Bayern. Mallinckrodt träte auf die Seite der Regierung. — Aber der König will nicht. Er hat Angst, denkt, dann wird alles katholisch in Preußen . . . Na, und schließlich, wenn nun auch etliche Leute in Deutschland wieder katholisch würden, — ich werd's nicht — so hätte das nicht viel zu bedeuten, wenn sie nur gläubige Christen wären. Die Konfessionen machen's nicht, sondern der Glaube. Man muß toleranter denken."[66]) Der Kanzler war also dem Papst gegenüber durchaus versöhnlich gestimmt und war nicht abgeneigt, ihm, soweit es ging, entgegenzukommen in der Hoffnung, dann werde die lästige Opposition der Ultramontanen gegen die Regierung bald ein Ende nehmen. Von einer feindlichen Gesinnung gegenüber der Kurie kann bei Bismarck für diese Zeit also nicht die Rede sein; im Gegenteil glaubte er sogar damals an die Möglichkeit einer Verständigung mit den Klerikalen[67]). Allerdings äußerte er einmal in Versailles bei einer Gelegenheit, daß er nach dem Kriege energisch gegen die Katholiken vorgehen wolle, „welche sich dem unerhörten Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit anschließen würden"[68]). Aber besonders gegen Ende des deutsch-französischen Krieges war Bismarck der Meinung, daß er sich mit der Kurie einigen könnte. Äußerte er sich doch am 13. Februar 1871 zu Versailles: „Ich hoffe es auch noch zum Vertrauensmann der katholischen Kirche zu bringen. Nichts kann törichter sein, als mich für einen Feind des römischen Stuhls zu halten. Für mich ist der Papst an erster Stelle eine politische Figur, und ich habe einen angeborenen Respekt vor allen realen Mächten und Gewalten. Ein Mann, der über die Gewissen von zweihundert Millionen Menschen verfügt, ist für mich ein großer Monarch . . . Das noli me tangere ist für mich nur die europäische Machtstellung des geeinigten Deutschland, welche verständigerweise als der wertvollste Edelstein in der päpstlichen Schatzkammer betrachtet werden sollte."[69]) Von irgendwelcher Feindschaft gegen die katholische Kirche oder ihr Oberhaupt ist in diesen Worten Bismarcks nichts zu erkennen[70]). Der Kanzler glaubte sogar bei seiner Rückkehr aus Frankreich noch, bei den Katholiken Unterstützung zu finden[71]).

Es war dagegen mehr König Wilhelm gewesen, der den Erzbischof Ledochowski abwies, als er versuchte, ihn zu einem Protestschritt gegen Italien zu bewegen. So gab er den päpstlichen Gesandten zu verstehen,

daß er zwar die Gewalttaten der italienischen Regierung nicht billige, daß er aber als protestantischer Fürst nicht zum Beschützer des Papstes berufen sein könne. Vor allem müsse Preußen außenpolitisch Rücksichten nehmen auf Italien und neue Konflikte vermeiden. Der einzige Trost, den der Kaiser ihm geben konnte, war die Aussicht auf einen Kongreß, der nach dem Kriege alle schwebenden Fragen behandeln sollte[72]). Von der Gewährung eines Asyls für den Papst in Preußen wollte er nichts wissen, während Bismarck ja mehr Entgegenkommen gezeigt hätte[73]). Als zu Beginn des Jahres 1871 eine Abordnung schlesischer und rheinisch-westfälischer Malteser sich für den Papst einsetzte, antwortete er ihr in ähnlicher Weise wie dem Erzbischof Ledochowski[74]). — Dieser begab sich von Versailles direkt nach Posen zurück, nachdem er noch vorher eine Abschiedsaudienz beim König gehabt hatte[75]). Das Ergebnis der Unterredung mit dem König von Preußen soll, wie die Genfer Korrespondenz berichtet, durch einen Boten dem Papst überbracht worden sein[76]). Sicherlich wartete man in Rom bereits mit Spannung auf diese Nachricht, wo sich gerade die Kardinäle zu einem geheimen Konsistorium zusammengefunden hatten, um darüber zu beraten, ob das weitere Verweilen des Papstes im Vatikan angebracht sei[77]).

Der Versuch der Katholiken, auf diplomatischem Wege eine Hilfsaktion für den römischen Stuhl zu veranlassen, war also gescheitert. Nachdem es nicht gelungen war, auf gütliche Weise die deutsche Regierung für die Interessen der Ultramontanen zu gewinnen, sah man sich jetzt gezwungen, andere Wege zu gehen. — Die Hoffnung auf staatliche Unterstützung war den Katholiken genommen. Was blieb ihnen jetzt anders als die Opposition gegen den Staat, der ihnen die Hilfe versagt hatte? So schien den Ultramontanen als einziger Ausweg die Wahrnehmung ihrer Interessen im Parlament. Es galt, eine feste Organisation zu schaffen, die imstande war, die ultramontanen Wünsche vor dem breiten Forum der Öffentlichkeit zu vertreten, um auf diese Weise eine Aktion zugunsten des Papstes einzuleiten. Der Aufruf Peter Reichenspergers und das Soester Programm hatten den Anfang gemacht. Jetzt war der Augenblick gekommen, um eine Neugründung der parlamentarischen Vertretung der Ultramontanen durchzuführen, die in Opposition gegen das neue Reich stehen mußte. Es schien für die Katholiken in der Tat, wie Hermann Oncken sagt, „als ob derselbe Sieg, der das französische Kaisertum zerbrach und das deutsche Kaisertum schuf, Rom aus den Händen des Papstes in die der Italiener gebracht hätte. In diesem Konflikt ihrer nationaldeutschen und universalkirchlichen Überzeugungen hätten die Ultramontanen sich vielleicht mit diesem neuen Reiche ausgesöhnt, wenn es sich bereit gezeigt hätte, den Papst nach Rom zurückzuführen . . ."[78]). Da dies nicht der Fall war, nahmen die Klerikalen dem neuen Reiche gegenüber offen eine feindliche Haltung an. Dies führte zu immer neuen Kämpfen zwischen der staatlichen Autorität und ihren ultramontanen Widersachern, die der Innenpolitik des Deutschen Reiches eines ganzen Jahrzehntes den Stempel aufdrückten, und die nicht ohne Rückwirkung auf die Außenpolitik blieben. — Und obwohl dieses Problem schon einmal in einer Dissertation von Fritz Weden kurz behandelt worden

ist, so lohnt es sich doch, es noch nach mehreren Seiten hin zu vertiefen.

Am 16. November 1870 fanden die Neuwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus statt. Anfang Dezember, also einen Monat nach dem Fehlschlagen der Mission Ledochowski in Versailles, kamen in Berlin die führenden Männer der Ultramontanen zusammen, um ein gemeinsames Programm zu beschließen[79]). Aus diesen Beratungen ging dann die Neugründung der Zentrumspartei hervor, die alsbald 54 Mitglieder zählte. Zu ihnen gehörten neben den Gebrüdern Reichensperger und Mallinckrodt auch Schorlemer-Alst und Savigny, der frühere preußische Bundestagsgesandte[80]). Windthorst, der mit Mallinckrodt zusammen im Dezember 1870 gegen die Annahme der Versailler Verträge gestimmt hatte, trat der Partei erst etwas später bei[81]). Das Zentrum sollte keine katholisch-konfessionelle Partei sein, sondern es sollten ihr auch Protestanten beitreten dürfen[82]). Die neue Fraktion war als politische Partei gedacht wie auch die übrigen Parteien[83]). Allein vom Standpunkt der „christlichen Gesinnung", d. h. unter katholischen Gesichtspunkten wollte man eine „vernünftige Realpolitik" treiben, und man hatte es sich zur Aufgabe gesetzt, für die religiöse und kirchliche Freiheit einzutreten[84]). Am 11. Januar 1871 trat die Partei aus Anlaß der Reichstagswahlen mit einem besonderen Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem noch einmal die alten Forderungen wiederholt wurden[85]).

Zwar ist von katholischer Seite behauptet worden, das Zentrum sei anfangs nicht als Oppositionspartei gegründet worden, und sollte keine „Mobilmachung gegen den Staat", sondern nur eine „Mobilmachung gegen den Liberalismus" sein[86]). Aber schon bei der Wahlbewegung zum ersten Deutschen Reichstage, den man für „weit wichtiger" als den Preußischen Landtag hielt, traten die kommenden Gegensätze in Erscheinung. Gleich beim Zusammentritt des Reichstages sollte die römische Frage zur Sprache gebracht werden[87]). Die „Germania" bezeichnete das Papsttum als eine „religiöse und kirchliche Notwendigkeit für den ganzen Erdkreis"[88]). Aus dem Rechte, in der Kirche frei zu sein, leitete man ab, daß den Katholiken auch „die Bedingungen zu solchem Freisinn" vom Staate gegeben werden müßten[89]). Die Forderung nach kirchlicher Freiheit als dem Kernstück aller Zentrumsprogramme bedeutet also nicht nur die innere Freiheit des Gewissens jedes einzelnen Katholiken, es bedeutet vielmehr die existentielle Freiheit der Kirche, die ihren höchsten Ausdruck in dem Vorhandensein eines eigenen Kirchenstaates findet. Wenn also der Staat den Katholiken ihre Unabhängigkeit zusichert, so ist er nach der Theorie der Ultramontanen eo ipso dazu verpflichtet, für die Unabhängigkeit der weltlichen Macht des Papstes zu sorgen, worin die Katholiken allein ihre wahre Freiheit und Selbständigkeit verbürgt sehen können. „Freiheit der Kirche" bedeutet den Klerikalen also nicht nur Überzeugungs- und Glaubensfreiheit aller Katholiken; es heißt dies vielmehr die reale Macht und Souveränität der gesamten Hierarchie. Die ultramontane Presse hob hervor, es sei die Pflicht der Katholiken, dahin zu wirken, daß ein Reichstag zustandekomme, „der die kirchliche Frage in Bezug auf Italien in dieser Art behandelt"[90]). Denn das

Reich müsse dafür Sorge tragen, „daß dem Gewissen seiner katholischen Angehörigen Genugtuung werde". Deshalb liege „eine Art von Notwendigkeit" für den Staat vor, für die weltliche Macht des römischen Stuhles einzutreten[91]). Die „Germania" ist überzeugt, daß allen voran die kirchlichen Ziele zu stehen haben[92]). Deshalb müßten die Katholiken „die Wahlbestrebung lenken und richten", damit im neuen deutschen Reichstag das Verlangen nach Restauration des Kirchenstaates machtvoll erhoben werden könne[93]). Dies zeigt, daß diese Forderung der Klerikalen in den Wahlkämpfen zum ersten Reichstag in der Tat „das geeignetste Schlagwort für die — ehrlichen und vorgegebenen — konfessionellen Besorgnisse einer Minorität" waren[94]), und daß das Zentrum in der Erhebung gerade dieser Forderung seine eigentliche Aufgabe sah. Schon am 18. Februar 1871 nahmen deshalb die Mitglieder des preußischen Zentrums Gelegenheit, noch einmal auf Kaiser Wilhelm in diesem Sinne einzuwirken, indem sie ihn in einer Adresse um die Wiederherstellung der weltlichen Souveränität des Papstes ersuchten[95]). Dabei wurde Kaiser Wilhelm besonders an die Worte erinnert, mit denen er im Jahre 1867 bei der Landtagseröffnung den Katholiken seine Unterstützung für den Papst zugesagt hatte[96]).

Also nicht der Kampf gegen die liberale Doktrin oder gegen die Klosterstürmer stand im Vordergrund der Interessen des neugegründeten Zentrums, sondern allein ihre kirchlichen Ideale, die auf die Forderung nach Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes hinausliefen, und die letzten Endes dazu den Anstoß gaben, daß das Zentrum eine Partei wurde, die im parlamentarischen Leben eine wichtige Rolle spielte[97]).

Es ergab sich von selbst, daß auch das neue Zentrum, das sich an die Tradition der älteren „Katholischen Fraktion" anschloß, seinem Ursprung nach auf großdeutscher Grundlage aufgebaut sein mußte. Das Zentrum war ja eine Minorität im Reiche, die sich nach Hinausdrängung Österreichs im Jahre 1866 gebildet hatte: es war „die großdeutsche Reaktion gegen das Werk Bismarcks"[98]). Hatte doch Windthorst zu Bennigsen geäußert, daß er „vom Standpunkte der Interessen der katholischen Kirche" das Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Reiche „mit der größten Sorge ansehe"[99]). Bischof von Ketteler, der ja schon im Jahre 1867 eine versöhnlichere Haltung Preußen gegenüber angenommen hatte, war der neuen Fraktion erst bei Zusammentritt des Reichstags beigetreten[100]). Bismarck hatte ihn schon 1865 für das Erzbistum Posen in Aussicht genommen, um zu zeigen, „daß wir nicht antikatholisch, sondern nur antipolnisch wären"[101]). Ketteler, der den Vorwurf, das Zentrum sei eine „Opposition gegen das Kaisertum der Hohenzollern", scharf zurückgewiesen hatte[102]), erhob abermals die Forderung nach einem „festen nationalen Bündnis mit Österreich" und verlangte die „redliche Anerkennung der zum Deutschen Reiche gehörenden Einzellande"[103]). Der großdeutsche Gedanke, der sich also mit der konfessionellen Tendenz aufs engste im Zentrum vereinigte, war das Leitmotiv der neuen Partei gewesen. Infolge ihrer geschichtlich gewordenen Einstellung war ihre künftige Haltung in allen politischen Fragen somit bereits vorgezeichnet. Die großdeutsch eingestellte ultramontane Partei nahm dem unter evangelischer Führung stehenden kleindeutschen Kaiser-

tum der Hohenzollern gegenüber eine oppositionelle Haltung ein, die sich insbesondere auch auf außenpolitischem Gebiet sehr bald auswirken mußte[104]).

III. Das Zentrum, eine katholische Partei.

Oft ist von katholischer Seite behauptet worden, das Zentrum sei gar keine konfessionelle Partei, und es sei die Absicht ihrer Gründer gewesen, auch evangelische Abgeordnete in seinen Reihen aufzunehmen. Besonders Karl Bachem weist darauf hin, daß im Zentrum alle Protestanten, die für die „religiöse Freiheit und für das Recht der Religionsgemeinschaften" einzutreten bereit waren, „herzlich gern als Mitglieder" gesehen wurden. Allerdings muß auch er zugeben, daß „der Zentrumsgedanke bisher im wesentlichen nur bei den katholischen Volksteilen fruchtbaren Boden" gefunden hat[1]). Und wenn auch hier und dort einmal sich ein Protestant in seinen Reihen fand, so wird man dennoch das Zentrum als eine spezifisch katholisch-konfessionelle Partei ansprechen müssen[2]). Ihre bewußt katholische Haltung bei allen Entscheidungen lassen daran nicht den geringsten Zweifel entstehen. Auf den Namen allein kam es ja nicht so sehr an. So wurde die Bezeichnung „Katholische Partei" bei der Gründung unterlassen, da man in der Tat „mit diesem Namen bereits früher recht unangenehme Erfahrungen gemacht hatte"[3]). Wichtiger als das war die Wahl „entschiedener, unabhängiger Katholiken", wie die „Kölnische Volkszeitung" im November 1870 schrieb[4]). Von der Gründung einer katholischen Partei und von der Wahrnehmung kirchlicher Interessen war im Anfange überhaupt fast allein die Rede. Die „wieder aufbrausende katholische Bevölkerung" fühlte sich im Konzilsjahr stark genug, „sich selbst eine parlamentarische Vertretung zu schaffen"[5]). Das Zentrum blieb während der Dauer seines Bestehens eine konfessionelle Partei, die ihrer ganzen Tradition nach auch nichts anderes sein konnte. Alle Versuche, das Zentrum als eine interkonfessionelle Partei zu stempeln, sind, obwohl auch gelegentlich evangelische Mitglieder in der Fraktion vertreten waren, allenfalls als gutgemeinte Versuche einzelner Zentrumsführer zu betrachten, die jedoch ohne Erfolg waren. Das Zentrum war „unzertrennlich vom Papste", „eine Garde seiner Heiligkeit in Rom", wie Graf Ballestrem gelegentlich einmal gesagt hat[6]). Ihre Wählerschaft setzte sich fast ausschließlich aus katholischen Glaubensgenossen zusammen, und allein in Gegenden, wo jene zahlenmäßig überwogen, bekam die Zentrumspartei eine Mehrheit. Es kann deshalb keinem Zweifel unterliegen, daß das Zentrum allein die staatspolitische Vertretung eines Teiles der katholischen Bevölkerung — wenn auch nicht aller Katholiken — gewesen ist[7]).

Das Zentrum bezeichnet sich selbst als eine Partei, „welche auf dem Boden der christlichen Weltanschauung steht und die Grundsätze des Christentums auch im Staatsleben zur Geltung zu bringen sucht"[8]). Also der Staat vor allem sollte nach christlichen, d. h. nach katholischen Grundsätzen gestaltet werden. Da nun die Kirche auf Grund ihres Dogmas Herrschaftsansprüche an den Staat zu stellen pflegt, denen dieser nicht

nachkommen kann, ohne seine Autorität zu untergraben, da er von anderen Voraussetzungen ausgehen muß als die kirchliche Hierarchie, so führte dies zu Gegensätzen zwischen beiden Mächten, die stets von grundsätzlicher Bedeutung gewesen sind. Im Mittelalter hatte der Papst eine Zeitlang den Vorrang vor dem Kaiser. Diese Vorherrschaft ging dem Papsttum in der nachreformatorischen Zeit allmählich wieder verloren. Das Zentrum hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, wieder „ein richtiges Verhältnis zwischen Staat und Kirche herauszubilden"[9]). Dieses Verhältnis zwischen Staat und Kirche jedoch war schon im Mittelalter ein Problem, um das man kämpfte, Kriege führte, Päpste absetzte, und das trotzdem nicht gelöst werden konnte. Die Grundanschauung des Augustin, der zwischen „Civitas Dei" und „Civitas Diaboli", zwischen Regnum und Sacerdotium schied, beherrschte das Mittelalter, und es wirkte darüber hinaus bis in die Gegenwart hinein. „Leo I., Gregor I., Nikolaus I., Leo IX. und Gregor VII. sind die Meilensteine auf dem Wege der allseitigen Entwicklung des päpstlichen Primats."[10]) Gregor VII. zog dann die letzte Konsequenz aus der Lehre des Augustin, indem er den Grund zur Weltherrschaft des Papstes legte. Das Kaisertum mußte schließlich in diesem Kampf nachgeben und die Oberlehnsherrschaft des Oberhauptes der Kirche anerkennen, da der Papst die Leitung der christlichen Welt kraft seines „Primates über alle Gläubigen" in den Händen hielt[11]). Diese Lehre von der Unterordnung des Regnums unter das Sacerdotium fand ihre Vollendung in der Bulle „Unam Sanctam", die Bonifatius VIII. ergehen ließ. Beide Gewalten sollten sich danach allein in der Hand des Papstes vereinigen, der den „absoluten Primat" auch über die weltliche Macht ausüben sollte[12]). — Diese universale Idee von dem Corpus Christianum wirkt nach, und nicht nur das Mittelalter war davon erfaßt, sondern auch in der Neuzeit hat diese Lehre ihre Wirkung gehabt, bis in die Gegenwart hinein. Meinecke sagt von dieser Idee: „Die neue universale Religion stellte zugleich ein universales Moralgebot auf, dem auch der Staat gehorchen sollte, verwies den einzelnen Menschen auf jenseitige Werte und ließ alle diesseitigen Werte und damit auch den Heroismus als Wegbereiter von Machtpolitik und Staatsraison zurücktreten."[13]) — Als in der neueren Zeit der Staat sich mehr und mehr emanzipierte und von allen kirchlichen Bindungen freimachte, um eine selbständige Existenz zu führen, dessen Prinzip allein die Staatsraison sein konnte, mußte er notgedrungen in scharfen Gegensatz mit den Trägern der päpstlichen Gewalt kommen, wobei der moderne Nationalstaat mehr und mehr den Sieg davon trug, ohne daß jedoch die Kurie bis in die Gegenwart wesentlichen Schaden davongetragen hätte. Aber je mehr die Idee der Staatsraison der leitende Gedanke der modernen Staaten wurde, desto mehr mußte schließlich das Papsttum in Einzelfällen zwar nachgeben, während es theoretisch jedoch seinen absoluten Herrschaftsanspruch bis in die Neuzeit hinein vertrat. Anstelle des Imperium Romanum zwar sind viele Nationalstaaten getreten, die sich nach ihrem eigenen Gesetz selbständig regieren, das Sacerdotium aber hat noch immer seine universale Grundtendenz bewahrt. Während auf der einen Seite der Primat des weltlichen Staates verkündet wird, hat auf der anderen Seite die geistliche

Macht ihre Ansprüche noch nicht aufgegeben, sondern ist darüber hinaus auch bereit, sie gegen alle Angriffe zu verteidigen. Civitas Dei und Civitas Diaboli sind im letzten Grunde auch heute noch nicht versöhnt. Indem das Papsttum den christlichen Staat fordert und den „heidnischen" verwirft, besteht dieser Gegensatz — theoretisch wenigstens — noch immer fort. Seine Auswirkungen pflanzen sich durch alle Geschlechter fort, und auch die neueste Zeit konnte sich dieses Einflusses nicht erwehren. Nicht ohne eine gewisse Tragik vollzog sich das Ringen um die Herrschaft, das auch bisher noch nicht zugunsten einer der beiden Mächte entschieden ist. Ein Ausdruck dieses Kampfes war der Kampf der Zentrumspartei gegen den „weltlichen Staat", demgegenüber man den christlich regierten Staat forderte.

2. Kapitel:

Das Zentrum und die deutsche Aussenpolitik in den Jahren 1870 bis 1879

I. Die Interventionsforderung des Zentrums und die römische Frage.

a) Die Adreßdebatte im Reichstag und die Opposition des Zentrums.

Nach langen heroischen Kämpfen war es Bismarck endlich gelungen, die Sehnsucht der Deutschen nach Einigung ihrer Stämme zu erfüllen und das Deutsche Reich, allerdings unter Ausschluß Österreichs, unter der Führung der Hohenzollern zu vollenden. „Da geschah es, daß die abgeschlossenen Kämpfe des letzten Menschenalters deutscher Geschichte in einer tiefgreifenden Nachwirkung auch in das neue Reich hinüberwogten: die nationalen Tendenzen stießen auf einen alten Gegner, den Erben der im Jahre 1866 geschlagenen großdeutschen und katholischen Partei, das Zentrum, das die lebenskräftigste jener widerstrebenden Kräfte darstellte. Und nur in einer ausgesprochenen Kampfstellung sollte sich die erste Epoche der Reichspolitik Bismarcks unter Mitwirkung der Nationalliberalen vollziehen."[1]) Gleich bei Eröffnung der ersten Reichstagssitzung zeigte es sich mit erschreckender Deutlichkeit, wie groß die Gegensätze zwischen der ultramontanen Opposition und der Regierung waren. Als der Reichstag am 30. März 1870 in Beantwortung der Thronrede Kaiser Wilhelms eine von Bennigsen[2]) verfaßte Adresse beschließen wollte, stimmte das Zentrum dagegen, da der Entwurf am Ende mit dem Wunsche schloß, daß „die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker" nicht wiederkehren mögen[3]). Um die Forderung der Adresse zu begründen, hatte Bennigsen noch einmal das Wort ergriffen; er hob hervor, daß das neue Deutschland mit den universalen Bestrebungen des alten Reichs nichts gemein habe. Ein deutscher Nationalstaat sollte erstehen, der weit entfernt wäre, in die alten Fehler einer kirchlichen Politik wieder einzulenken, wie es die deutschen Kaiser des Mittelalters so oft getan hatten[4]). Ihm entgegnete im Auftrage des Zentrums August Reichensperger in einer längeren Rede, in der er sich für das Interventionsprinzip einsetzte[5]); es sei nicht nur Christenpflicht, sondern auch Selbsterhaltungspflicht, dann Vorkehr zu treffen, wenn das Haus des Nachbarn brenne, führte er aus. Reichensperger betonte, daß er zwar keinen neuen Heereszug über die Alpen propagieren, daß er aber andererseits einer solchen Möglichkeit auch nicht „absolut den Riegel vorschieben" wolle. Schließlich ergriff Windthorst noch das Wort, der nach August Reichenspergers Urteil zwar „ein parlamentarisches Wunder" war, „aber kein Staatsmann, obwohl er sich dafür hielt, und als

solcher erscheinen wollte"[6]). Er fragte den Reichstag, ob man auch dann nicht intervenieren wolle, wenn etwa die Polen ihren eigenen Staat fordern würden[7]). Windthorst erinnerte in seiner Rede daran, daß es Friedrich Wilhelm III. gewesen war, der im Jahre 1815 auf dem Wiener Kongreß für die Erhaltung des Kirchenstaates eingetreten sei. Eine kriegerische Intervention hielt Windthorst nicht für notwendig; dagegen werde eine diplomatische Aktion der deutschen Regierung zugunsten des Papstes vollkommen genügen[8]).

Als es am 1. April im Reichstag zu neuen Verhandlungen kam, ergriff das Zentrum sofort die Gelegenheit, um die Artikel der preußischen Verfassung, die das Verhältnis von Staat und Kirche regelten, auch in die Reichsverfassung hineinzubringen. Peter Reichensperger hatte hierzu dem Reichstage über die Formulierung der Grundrechte besondere Vorschläge gemacht, die jedoch abgelehnt wurden[9]). Währenddem hatte der Bischof von Ketteler gleich zu Beginn des Reichstages sich an Bismarck gewandt, um dem Kanzler noch einmal die schwebenden Fragen vorzulegen[10]). Bismarck sah sich bei diesen Unterhandlungen mit dem Bischof von Mainz gezwungen, seinen Standpunkt der katholischen Geistlichkeit gegenüber klarzumachen, die von der Ansicht ausging, ein verfassungsmäßiges Recht auf Verfügung über den „weltlichen Arm" des Staates zu besitzen[11]). Während der Verhandlungen im Reichstage hatte sich die Regierung absichtlich zurückgehalten, da sie zunächst nicht Partei nehmen wollte; man glaubte, daß das Zentrum „sich zum Teil auf den Boden konservativer Prinzipien" stellen und die Reichsregierung unterstützen werde. Deshalb hatte sich auch Bimarck selbst jeden Widerspruchs enthalten, als man fast unverhüllt die Intervention gegen Italien verlangte[12]). Allerdings gab der Reichskanzler „durch sein beredtes Schweigen zu verstehen, in welchem Lager er selber stand"[13]). So mußte das Zentrum endgültig einsehen, daß auf eine Hilfsmaßnahme der Regierung zugunsten des römischen Stuhles nicht zu rechnen war. Die Ultramontanen nahmen deshalb das Schweigen des Kanzlers zu ihrer Forderung als eine Art „Kriegserklärung" ihnen gegenüber auf[14]). Noch einmal wies die „Germania" darauf hin, daß die katholischen Abgeordneten ja keinen „bewaffneten Kreuzzug nach Rom" von der kaiserlichen Regierung verlangt hätten. „Das, wie gesagt, kommt uns nicht entfernt in den Sinn. Wir halten vielmehr die politische Macht Deutschlands gegenwärtig für so bedeutend, daß schon ein Wort unserer Regierung genügt, um von entscheidendem Einfluß für die Gestaltung der Dinge zu sein . . ."[15]).

Nachdem aber die Ultramontanen vergeblich versucht hatten, ihre Forderung nach Wiederherstellung der weltlichen Macht des römischen Stuhles durchzusetzen, gaben sie ihrem Unwillen unverhohlen auch in der Öffentlichkeit Ausdruck. Vor allem gegen Italien richtete sich jetzt ihr Zorn, das nun völlig unbehelligt seine Beute behalten durfte. In der Beurteilung der römischen Frage zeigte die Zentrumspresse eine außerordentlich feindselige Haltung gegen den jungen italienischen Staat. Über die Vorgänge in Rom wurden Berichte gebracht, die teilweise jeder Objektivität entbehrten[16]). Die Lage in der italienischen Hauptstadt wurde in den

schwärzesten Farben gemalt, um der Welt zu zeigen, daß der Zustand im neuen Italien unhaltbar und eine Intervention der Mächte unvermeidbar ist. Seit dem Einzuge der piemontesischen Truppen in Rom habe sich eine große Unzufriedenheit unter den Bürgern bemerkbar gemacht, wozu der „wahrhaft trostlose Zustand der öffentlichen Sicherheit" vor allem beitrage[17]). Die haßerfüllten Artikel der „Germania" beweisen, daß man nicht nur kein Verständnis für die nationale Bewegung in Italien hatte, sondern daß man darüber hinaus allein die Interessen des Papstes mit allen Mitteln zu vertreten entschlossen war. Den italienischen König nannte man einen „sogenannten Ehrenmann", die italienische Einheit ein „Spektakelstück", und die italienischen Nationalgardisten wurden gar als „Strolche" bezeichnet[18]). Überhaupt nahm die Zentrumspresse wenig Rücksicht auf die außenpolitischen Belange des Reiches in jenen Tagen. Fast hemmungslos erging sich die „Germania" in den wüstesten Beschimpfungen der Italiener: „Die ‚Italianissimi' sind als Verschwörer, Revolutionäre, Gottesleugner, Kommunisten zu allem fähig, davon werden sich endlich auch die anderen Nationen überzeugt haben."[19]) Trotz solcher Äußerungen der ultramontanen Blätter, die der amtlichen deutschen Politik bestimmt nicht entsprachen, erfreute sich die Zentrumspresse damals dennoch einer ziemlich großen Freiheit.

Aber schließlich mußte Bismarck doch erkennen, daß er dem Treiben der Ultramontanen auf die Dauer nicht tatenlos zusehen konnte. Er hatte anfangs geglaubt, sich mit ihnen verständigen zu können. Jetzt mußte er einsehen, daß dies eine Unmöglichkeit war, und es blieb dem Kanzler nichts anderes übrig, als Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß er in seiner außenpolitischen Handlungsfreiheit von den Klerikalen beengt wurde.

b) Bismarcks Haltung zur Forderung des Zentrums.

Nach der glücklichen Vollendung des Deutschen Reiches betrachtete es Bismarck als seine oberste Aufgabe, Deutschland inmitten der umgebenden Mächte außenpolitisch so zu sichern, damit vorderhand keine Koalition entstand, die seinem Werke gefährlich werden könnte. In der Reihe der europäischen Mächte erschien dem Reichskanzler Italien, das seiner Geschichte und Tradition nach in vielem dem Deutschen Reiche verwandt ist, als der natürliche Bundesgenosse, den er in seine Rechnung einbezog. Jeder Schritt zugunsten des Papstes wäre aber in Italien als eine feindliche Haltung des Deutschen Reiches aufgenommen und beantwortet worden. Bismarck, dessen Politik, wie er selbst sagt, niemals durch konfessionelle Beweggründe bestimmt war[20]), mußte sich jetzt darüber klar werden, ob er „das in aller Zukunft mit einer französischen Hypothek belastete Reichsgebäude auch noch mit einer zweiten Gegnerschaft überladen und Italien künftig in die Arme eines sich wiedererholenden Frankreichs treiben wolle"[21]). Es steht außer Zweifel, daß Bismarck sich deshalb bemühte, Italien außenpolitisch an die Seite des Deutschen Reiches zu bringen. Zumindest aber mußte er bestrebt sein, Konflikte mit dem neugegründeten Staate zu vermeiden. Auf diesem Wege jedoch trat ihm das Zentrum entgegen, indem es versuchte, die Außenpolitik seinen konfessionellen

Wünschen unterzuordnen. „Niemals ist ein prinzipiellerer Versuch gemacht worden, die auswärtige Politik eines neugeschaffenen Staates von ihrem ersten Schritte an in einer seinen Interessen fremden Richtung zu beeinflussen."[22])

Bismarck blieb deshalb in der Tat gar kein anderer Ausweg, als die Initiative gegen die Ultramontanen zu ergreifen. Die Regierung war geradezu in die Defensive gedrängt worden. Nachdem Bismarck durch die Haltung des Zentrums während der Adreßdebatte sowie durch die Äußerungen der ultramontanen Presse erkannt hatte, daß die Partei auf ihren allein vom konfessionellen Interesse diktierten Forderungen bestehen blieb, war er gezwungen, nunmehr auch dagegen Stellung zu nehmen[23]). Anfangs hatte er noch an eine Einigung geglaubt; jetzt mußte er handeln, wenn er nicht zulassen wollte, daß die deutsche Außenpolitik ein Spielball in der Hand der Ultramontanen werden sollte. Der Kanzler, der als einzige Richtschnur seines außenpolitischen Handelns die Staatsraison gelten ließ, mußte schließlich gegen die Angriffe der Klerikalen selbst vorgehen. Bismarck konnte und durfte es nicht dulden, daß eine einzelne Partei ihre Sonderwünsche über das Staatsinteresse stellte. Da mußte er eingreifen, anfangs noch bereit zum Einlenken, später zur schärfsten Abwehr entschlossen. Er mußte bemüht sein, das Zentrum möglichst schnell und wirksam zu treffen. Aber zunächst unternahm er den Versuch, die Stellung des Papstes gegenüber der Partei sondieren zu lassen[24]). In dieser Absicht ließ er durch den Grafen Tauffkirchen in Rom beim Kardinalstaatssekretär Antonelli anfragen, ob die Handlungsweise des Zentrums auf dem ersten deutschen Reichstage vom Papste gebilligt werde. Bismarck gab das Ergebnis dieser Unterhandlungen in einem Schreiben vom 19. Juni 1871 dem Grafen Frankenberg bekannt[25]). Darin hieß es, Antonelli habe seine Mißbilligung über das Vorgehen der Zentrumspartei ausgesprochen. Darauf wandte sich der Bischof von Ketteler seinerseits noch einmal an den Kardinalstaatssekretär und erhielt schon am 5. Juli 1871 von ihm eine Antwort[26]). Antonelli erklärt darin, daß er in der Unterredung mit dem Grafen Tauffkirchen das Verhalten des Zentrums nicht getadelt habe. Er habe nur sagen wollen, daß er die Absicht, „den Reichstag zu einer Meinungsäußerung über eine zum Schutze der weltlichen Herrschaft der Kirche zu beschließende Intervention zu veranlassen, für verfrüht halte"[27]). Dieser Erfolg des Zentrums war wohl in erster Linie den Einwirkungen des Fürsten Löwenstein zuzuschreiben, der im Auftrage der Ultramontanen nach Rom gereist war[28]). — Es hätte durchaus im Sinne Bismarcks gelegen, dem Zentrum eine Rüge durch den Papst erteilen zu lassen. Auf diese Weise glaubte er, die Klerikalen etwas gefügiger zu machen. Es zeigte sich jedoch, daß dieser Versuch doch nicht ganz den Erfolg hatte, wie er anfangs annahm, zumal da durch das Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Antonelli an das Zentrum der Partei „alle Genugtuung" zuteil geworden war[29]). Nachdem also dieser Versuch einer Ermahnung der ultramontanen Partei durch den Papst wirkungslos geblieben war, sollte Bismarck bald erkennen, daß er zu schärferen Mitteln greifen mußte, wollte er dem Treiben der klerikalen Opposition auf wirksame Weise Einhalt gebieten.

II. Die Ursachen des Kulturkampfes und Bismarcks Bündnispolitik.

a) Die Frage nach den Ursachen des Kulturkampfes.

Wie so oft bei großen und folgenschweren Ereignissen es schwer zu bestimmen ist, welches im letzten Grunde ihre eigentliche Ursache war, verhält es sich in ähnlicher Weise mit dem Kulturkampf. Je nachdem von welchem Standpunkt man die Probleme betrachtet, wird man dabei zu verschiedenen Auffassungen gelangen, zumal, wenn es sich um politische Fragen handelt, die noch nicht ganz aus dem Streit der Tagesmeinung heraus sind. Immerhin ist der zeitliche Abstand, der uns von den ersten schweren innerpolitischen Kämpfen des jungen Reiches trennt, groß genug, um ein objektives Urteil über jene Zeit zu ermöglichen. Nicht verwunderlich ist es, daß die Meinungsäußerungen über den Kulturkampf auf ultramontaner Seite meist nicht frei sind von Subjektivität, zumal wenn sie noch aus der Feder von Männern stammen, die noch unter dem Eindruck jener Kämpfe gestanden haben. So spricht Majunke von einem „Kulturkampfplan", der systematisch von Bismarck vorbereitet und durchgeführt sei[1]), obwohl auch er zugibt, daß der Kanzler „mit Widerstreben" an die Auseinandersetzung mit der Kirche herangetreten ist[2]). Der „streitbare Bischof" Ketteler[3]) bezeichnet als eigentlichen Zweck jener Maßnahmen gegen den Katholizismus die Wiederherstellung des „alten monarchisch-absolutistisch-militärischen Preußentums", wie er am vollkommensten im Allgemeinen Landrecht bestanden habe[4]). Auch diese Behauptung wird man wohl kaum zutreffend nennen können. So fragt es sich also, welches die wirklichen Urgründe sind, die zu den schwerwiegenden Kämpfen des ersten Jahrzehnts nach der Reichsgründung Anlaß gegeben haben. Daß Bismarck aus konfessionellen Gründen gehandelt hat[5]), wird man auch nicht behaupten können, zumal ihm Intoleranz zu allen Zeiten ferngelegen hat[6]). Hatte er doch in späterer Zeit einmal geäußert: „Ich konnte es mir ja denken, daß man sagen würde, ich führte den Kulturkampf aus konfessionellen Gründen, obgleich nichts abgeschmackter und hohler sein kann als eine solche Behauptung. Da lasse ich mir noch lieber die Beschuldigung gefallen, daß ich es den Liberalen zu Gefallen getan hätte, obgleich eines so falsch ist wie das andere. Der Gegensatz zwischen den beiden neuen Mächten, dem unfehlbaren Papsttum im Süden und dem germanischen Kaiserreich im Norden, mußte zum Austrag kommen . . ."[7]).

Um die Frage einer Lösung näherzubringen, wird man sie unter ganz anderen, höheren Gesichtspunkten sehen müssen. Vor allem wird man sich die Situation klar zu machen haben, aus der heraus Bismarck gehandelt hat, ehe es möglich ist, die eigentlichen Quellen zu entdecken, aus denen schließlich die Dinge ihren Lauf genommen haben. Den Versuch, den Kulturkampf unter wesentlich veränderten Perspektiven zu betrachten, hat zum ersten Mal Adalbert Wahl unternommen[8]). Er hat es durchgeführt, jenen Streit zwischen Staat und Kirche einmal im Zusammenhang mit der großen Politik zu betrachten[9]). Wahl ist der Ansicht, Bismarck habe den Kulturkampf überhaupt nur aus außenpolitischen Gründen begonnen[10]). Den Streit mit der Kirche habe er angefangen, um namentlich Rußland durch

eine solche Maßnahme fest an die deutsche Politik zu binden. Ebenso wie man im Jahre 1863 auf Grund des gemeinsamen Gegensatzes gegenüber Polen durch die Alvenslebensche Konvention sich geeinigt habe, so habe auch nach 1870 die gemeinsame Feindschaft gegen Ultramontane und Polen die Basis für die Freundschaft zwischen Berlin und Petersburg gebildet[11]). Besonders die Aufhebung der Katholischen Abteilung im Preußischen Kultusministerium habe als eine gegen Polen gerichtete Maßnahme dazu beigetragen, um das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland zu bessern[12]). Und in der Tat konnte die Bekämpfung der Klerikalen in Deutschland wegen ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen jede deutsch-russische Zusammenarbeit[13]) den Russen nur willkommen sein. Aber nicht nur Rußland habe der Reichskanzler durch eine solche Politik gewinnen wollen, sondern auch mit Italien sollte auf diese Weise leichter — so behauptet Wahl — eine Einigung erzielt werden[14]). Bismarck habe also gleichsam mit dem Kulturkampf Rußland und Italien einen Gefallen erweisen wollen, um beide Mächte auf diese Weise fester in sein Bündnissystem einzureihen. Der Streit mit den Ultramontanen hätte demnach dem Kanzler als Basis für seine Außenpolitik gedient. —

Man wird nicht bestreiten können, daß Bismarck den Kulturkampf seiner Politik dienstbar gemacht hat, indem er in erster Linie mit den antikurialen Mächten sich zu verständigen suchte. Sicherlich war dies eine Erleichterung seiner Bündnisbestrebungen. Eine Koalition der europäischen Mächte auf antikurialer Basis lag damals auch durchaus im Bereiche der Möglichkeiten. Kaum anzunehmen ist es aber, daß Bismarck, wie Wahl sagt, seine gesamte Außenpolitik allein auf der kurialen Frage aufgebaut habe[15]). Den Kulturkampf gewissermaßen als Äquivalent für die Freundschaft Rußlands und Italiens zu betrachten, erscheint entschieden zu konstruktiv. Dies hieße den deutschen Katholizismus unschuldig zu einem willenslosen Werkzeug in der Hand Bismarcks zu erklären, das ihm lediglich als Objekt für seine außenpolitische Taktik gedient hätte. Daß namentlich das Zarenreich dem Kulturkampf ziemlich gleichgültig gegenüberstand, beweist die Tatsache, daß die Russen schon im Jahre 1875 mit der Kurie zu einer Einigung gelangten und 1875, auf der Höhe des Kulturkampfes, gegen Deutschland für Frankreich Partei ergriffen[16]). Auch hat Bismarck gerade erst nach Beendigung des Kulturkampfes ein Bündnis mit Italien und einen Vertrag mit Rußland geschlossen, als also das klerikale Moment von ihm nicht in die Waagschale geworfen werden konnte.

Aber dennoch ist der Gedanke, daß das Motiv für den Kulturkampf in erster Linie in der Außenpolitik gelegen habe, durchaus berechtigt. Es war zwar nicht so, daß Bismarck diesen Streit anderen auswärtigen Mächten zuliebe begonnen hätte; sondern das Verhalten des Zentrums selbst zwang ihn zu solchen Abwehrmaßnahmen. Die Zentrumspartei stand seiner Politik auf der ganzen Linie oppositionell gegenüber und übte besonders auf außenpolitischem Gebiete eine Kritik, die durchaus das übliche Maß parlamentarischer Gegensätze um ein Erhebliches übertraf. Diese Feindschaft wurde weniger im Reichstag ausgetragen, wo sie mehr durch Kürzungen am Wehretat ihren Ausdruck fand, als in der Presse und in der

Öffentlichkeit, wo man einen größeren Einfluß auf die Anhängerschaft ausübte. Daß diese Opposition des Zentrums sich besonders gegen Bismarcks Außenpolitik richtete, mußte ihn schließlich veranlassen, die Autorität des Staates dagegen einzusetzen und gegen die Widersacher mit scharfen Mitteln vorzugehen. Er war gezwungen, „die politisch-konfessionelle Bildung des Zentrums, die auf dem außenpolitischen wie dem innenpolitischen Schauplatz seiner Staatsleitung feindlich war, zu sprengen"[17]). Bismarck, der gewohnt war, in erster Linie vom außenpolitischen Standpunkt aus zu handeln, mußte gegen das Zentrum endlich Maßnahmen in Erwägung ziehen, die außerordentlich schwerwiegende Folgen nach sich ziehen sollten. Aber es war dies eine harte Notwendigkeit, da er die ultramontanen Widersacher nur auf diese Weise wirksam zu treffen glaubte. Für Bismarck ging es dabei durchaus um „die Erhaltung des Staates gegenüber den Ansprüchen der Hierarchie"[18]), zumal das Zentrum überhaupt „auf alle Geister des Widerspruchs" einen sehr starken Einfluß ausübte[19]). Er konnte es nicht dulden, daß eine deutsche Partei als die parlamentarische Vertretung eines Teiles der Katholiken außenpolitisch ihre eigenen Wege ging. Er mußte verhindern, daß seine Bündnispolitik von einer im Dienste einer anderen Weltanschauung stehenden Gruppe durchkreuzt wurde. Diese Opposition des Zentrums, die vor allem darin einen sichtbaren Ausdruck fand, daß die Partei mit gleichgesinnten Welfen, Polen und Elsässern zusammenging, war in Wahrheit „der tiefste Grund des Kulturkampfes"[20]).

b) Bismarcks Sorge vor klerikalen Verschwörungen und der Beginn des Kulturkampfes.

Fürst Bismarck sah es als seine erste Aufgabe an, allen Gefahren rechtzeitig entgegenzutreten, die seinem Werke hätten drohen können. Beständig war er in Sorge vor feindlichen europäischen Koalitionen, deren Bildung er mit allen Mitteln zu verhindern versuchte. Vor allem fürchtete Bismarck die Entstehung einer katholischen Weltpartei, die ein „ultramontanes Komplott gegen Preußen" anstiften könnte[21]). Er glaubte fest an die „Solidarität der Katholiken aller Länder", an einen Zusammenschluß aller Ultramontanen gegen das junge, unter protestantischer Führung stehende Deutsche Reich[22]). Die Möglichkeit einer klerikalen Verschwörung war durchaus ein Motiv, mit dem er rechnen mußte, und das er namentlich in den ersten Jahren nach der Gründung des Reiches fürchtete. Die gefährlichsten Alliierten des Zentrums schienen dem Kanzler aber die Polen zu sein[23]). Bismarck selbst sagt hierzu: „Der Beginn des Kulturkampfes war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite."[24]) Besonders der Katholischen Abteilung im Preußischen Kultusministerium gab er die Schuld an der fortschreitenden Polonisierung in Posen, Oberschlesien und Westpreußen[25]). Diese Abteilung, sagte Bismarck, sei, in der letzten Zeit, wo der Direktor Krätzig die Leitung habe, zu einer Behörde geworden, die lediglich „die römischen und polnischen Interessen gegen Preußen" verträte[26]).

Daß das klerikale Moment durchaus auch in den außenpolitischen Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten eine Rolle spielte, beweist vor

allem Bismarcks Haltung gegenüber Frankreich nach dem Kriege. Zwar war der Kanzler durchaus gegen eine Einmischung in die inneren Verhältnisse eines fremden Staates und wirkte auch in diesem Sinne auf den deutschen Gesandten in Paris, Grafen Arnim, ein[27]), dem er später wegen Nichtbefolgung seines Auftrages den Prozeß machte; aber dennoch trat er für die republikanische Staatsform in Frankreich ein, da er glaubte, daß eine französische Republik bündnisunfähiger sei[28]). Eine klerikale Monarchie jedoch würde, so fürchtete er, eine Annäherung zwischen Frankreich und Österreich erleichtern[29]). Bismarck sagt, es wäre dann zu fürchten gewesen, daß beide Mächte sich „auf dem Boden gemeinsamer Katholizität" genähert hätten. Diese Gefahr sei dann besonders groß, wenn in Frankreich eine „katholisierende Partei" ans Ruder gekommen wäre[30]). Diese Möglichkeit war in der Tat nicht ganz von der Hand zu weisen. Selbst die „Kölnische Volkszeitung" hat im Jahre 1920 folgendes zugegeben: „Wäre es vollends zum Sturz der Republik und zur Wiederaufrichtung der Monarchie gekommen, dann hätte diese — dafür sprachen alle Anzeichen — sicher die französische Tradition als katholische Vormacht wieder aufgenommen und eine katholische Liga gegen Deutschland zu bilden versucht. Klerikalismus und Monarchismus in Frankreich erschienen Bismarck in gleicher Weise gefährlich für Deutschland."[31])

Zwar ist von Zentrumsseite gesagt worden, das Gerücht von einer Verschwörung der Katholiken gegen das Deutsche Reich sei nur eine „Kriegslist" des Kanzlers gewesen, und die Bismarck-Presse habe damit dem Ausland nur die Gefahr einer ultramontanen Liga „plausibel" machen wollen[32]). Aber dennoch wird man nicht bestreiten können, daß Bismarck durchaus die Gefahr einer ultramontanen Konstellation gegen Deutschland ernst nahm. Der Erzbischof von Mainz, Freiherr von Ketteler, selbst hat es bezeugt, daß der Kanzler an eine Koalition der Katholiken in den verschiedenen Ländern glaubte, und daß ihm die Zentrumspartei besonders gefährlich erschienen sei. Vor allem habe Bismarck eine Furcht vor dem immer mehr anwachsenden Polonismus gehabt[33]). Auch Gontaut-Biron, seit dem Jahre 1874 französischer Gesandter, hat bestätigt, daß man damals in Berlin überall auf die Furcht vor dem Klerikalismus gestoßen sei[34]). Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß die kuriale Frage in der deutschen Außenpolitik jener Zeit durchaus eine Rolle gespielt hat, und daß Bismarck mit dieser Tatsache rechnete.

Es steht fest, daß insbesondere in der ersten Zeit nach dem deutsch-französischen Kriege die Wogen der Erregung unter den Ultramontanen in den verschiedenen Ländern über den deutschen Sieg außerordentlich hoch gingen. Als Zentralorgan einer solchen Ultramontanen-Weltliga wird man mit einiger Berechtigung die „Genfer Korrespondenz" und die „Civiltà cattolica" ansehen können[35]). Beide Blätter vertraten die Ansprüche des unfehlbar gewordenen Papstes bis in die letzte Konsequenz, indem sie ihn als den eigentlichen „Leiter der christlichen Staaten" hinstellten[36]). Die „Genfer Korrespondenz" gab offen zu, daß die Opposition der Katholiken gegen Bismarck „Frankreich leicht die Gelegenheit bieten könnte, um sich von seiner Niederlage zu erholen"[37]). So finden wir in diesen Blättern eine un-

verhüllte Parteinahme für Frankreich, aber auch für Österreich, das als ebenfalls katholische Macht ermahnt wird, sich an die Spitze der katholischen Bewegung in Deutschland zu stellen[38]). Diese beiden klerikalen Zeitungen bildeten gewissermaßen den Mittelpunkt der universalen Bestrebungen der römischen Kirche, die auch auf die übrige katholische Welt einen Einfluß zu gewinnen versuchten.

Auch in Deutschland gab es eine solche Presse, die sich an die Spitze der ultramontanen Bewegung stellte, in der der nationale Gedanke ein wesentlich geringeres Ansehen hatte als die konfessionelle Überzeugung[39]). Die eifrigsten Verfechter der ultramontanen Ideen waren ohne Zweifel die bayrisch-partikularistischen Blätter, die von einem großen Haß gegen das kleindeutsche Reich erfüllt waren. Unter den bayrischen Zeitungen spielt das „Bayrische Vaterland", das „enfant terrible" des Ultramonatismus[40]), wohl die Hauptrolle[41]). Zu diesen gehörten auch die „Historisch Politischen Blätter", die sich selbst trotz ihrer ausgesprochen extrem ultramontanen Richtung noch als „die versöhnlichste, gemäßigste, modernste Flanke des katholischen Lagers" bezeichnet haben[42]). Der Ton der bayrisch-katholischen Blätter, insbesondere der des „Bayrischen Vaterland", ist ein derartiger, daß selbst die übrige Zentrumspresse öfter von ihnen abrückte, um sich nicht allzusehr zu kompromittieren[43]). Aber auch die „Germania", die „Kölnische Volkszeitung" und die übrigen Zentrumsblätter unterschieden sich, was die Beurteilung der deutschen Außenpolitik anbetrifft, oft nicht allzusehr von jenen bayrischen Organen.

Die ultramontane Presse in ihrer Gesamtheit unterzog die Außenpolitik Bismarcks nicht nur einer starken Kritik, sondern ging darüber hinaus auch ihre eigenen Wege. Nur selten stimmten sie mit der Politik des Reichskanzlers überein. Ihre besonderen Sympathien gelten natürlich den katholischen Ländern, Österreich und Frankreich, von denen man Hilfe erhoffte. Die „Augsburger Postzeitung" bemerkte deshalb, die Katholiken der ganzen Welt hätten „eine sozusagen unbewußte Anhänglichkeit an das Haus Habsburg"[44]). Daß diese Hinneigung zu Österreich rein konfessionellen Motiven entsprang, ist selbstverständlich. Die Dynastie der Habsburger wurde als der eigentliche Hort einer katholischen Machtpolitik angesehen, die noch berufen sein könnte, in der europäischen Politik eine Rolle zu spielen. Auch die Beurteilung der auswärtigen Beziehungen zu Frankreich geschah natürlich nur vom konfessionellen Standpunkt aus. Im Gegensatz zu Bismarck trat man selbstverständlich ein für die Restauration der Monarchie in Frankreich und für das katholische Königtum der Bourbonen, von der man ohne Frage erhoffte, daß sie bündnisfähiger sein werde als die Republik Thiers[45]). So scheint die Behauptung Heinrich von Sybels, Klerikale und Franzosen hätten sich die Auflösung des jungen Reiches deutscher Nation zum Ziele gesetzt, durchaus nicht unbegründet gewesen zu sein[46]). Gehen doch die „Historisch-Politischen Blätter" sogar soweit, Frankreich als „Protektor" der katholischen Kirche zu bezeichnen[47]). Sehr verständlich ist es unter diesen Umständen, daß die französischen Zeitungen den deutschen Ultramontanen als Anerkennung eine „liebende Verehrung" zollten[48]).

Eine besonders feindliche Haltung nahmen die katholischen Blätter zu allen Bündnisbestrebungen Bismarcks ein. Besonders die Freundschaft mit dem schismatischen Rußland war dem Zentrum verhaßt, und es setzte alles daran, jedes Bündnis zwischen Berlin und Petersburg zu mißkreditieren. Schon im Dezember 1870 brachte die „Augsburger Postzeitung" ihre Besorgnisse wegen der Möglichkeit einer russisch-preußischen Allianz zum Ausdruck, deren Spitze sich nur gegen Österreich richten könnte[49]). Statt des niedergeworfenen Gegners im Westen hätten wir jetzt „einen doppelt stärkeren und furchtbareren halbbarbarischen Nationalfeind im Osten"[50]). Überhaupt beruhen, wie die „Kölnische Volkszeitung" schrieb, die Sympathien zwischen Deutschland und Rußland nur auf den persönlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren, und die Stimmung des russischen Volkes gegenüber Deutschland sei durchaus übelwollend[51]). Und als im Jahre 1871 Gerüchte von einem festen Bündnis mit Rußland auftauchten, bemerkte das Kölnische Zentrumsblatt, unsere Erkenntlichkeit gegenüber Rußland dürfe uns niemals zu einer Allianz verleiten lassen, die „nur auf Kosten des eben gewonnenen guten Einvernehmens mit Österreich geschlossen werden könnte"[52]). In Rußland habe jetzt der Panslawismus die Oberhand, und es liege daher im „wohlverstandenen Interesse Deutschlands", eine Verständigung allein mit Österreich zu suchen, äußerte die „Augsburger Postzeitung"[53]). Mit bewundernswerter Offenheit gaben die „Historisch-Politischen Blätter" zu, daß man Rußland besonders seine „mehr als wohlwollende Neutralität . . . in den Kämpfen von 1866 und 1870" übelgenommen hat, aus der Preußen „unberechenbare Vorteile" gezogen habe[54]). Dies zeigt sehr deutlich, daß die Ultramontanen es lieber gesehen hätten, wenn Rußland während des Krieges von 1870 Deutschland in den Rücken gefallen wäre. Dann hätte Frankreich, die bisherige katholische Vormacht, keine Niederlage davontragen können. Rußland wird gewissermaßen dafür verantwortlich gemacht, daß Frankreich jetzt ohnmächtig ist und sich nicht „dem Kampf gegen Rom" widersetzen kann[55]). Auch England machte man von katholischer Seite einen ähnlichen Vorwurf, da „John Bull" es während des deutsch-französischen Krieges nicht gewagt habe, „den beiden Gegnern die geballte Faust zu zeigen"[56]). Selbstverständlich ist die Haltung der ultramontanen Blätter Italien gegenüber nach wie vor äußerst feindlich[57]). Selbst wenn sich nur in der Ferne die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und Italien anzubahnen scheint, ruft es auf katholischer Seite den schärfsten Widerspruch hervor. Es sei zu hoffen, schreibt die „Germania", „daß ein so begabter Mann, wie es Fürst Bismarck ist, andere Mittel findet, seine Pläne durchzuführen, als einen Bund mit dem schlechtesten Gesindel Europas". Denn neun Zehntel der Bevölkerung Italiens wünschten „nichts anderes als die Auflösung und den Zerfall des einheitlichen Italiens und die Rückkehr seiner rechtmäßigen Fürsten"[58]). Der Haß der Zentrumsleute gegen Italien als dem eigentlichen Urheber des Unglücks, das über den römischen Stuhl gekommen ist, kennt fast keine Grenzen, und unverhüllt macht man seinem Herzen Luft, wenn von einem deutsch-italienischen Bündnis die Rede ist[59]). „Mörder und Mordbrenner" ist der Ausdruck, mit dem man die italienischen Soldaten belegt[60]). Über-

haupt tat man alles, was dazu beitragen konnte, das junge Königreich Italien in Mißkredit zu bringen[61]). Die Politik des Reichskanzlers wurde also auf ihrer ganzen Front befehdet, angefeindet und einer Kritik unterzogen, die schonungslos die auswärtigen Beziehungen Deutschlands in allen Phasen angriff. Was man im Reichstag nicht sagen wollte oder auch nicht so sehr auszusprechen die Gelegenheit hatte, wurde in der Presse mit unverhüliter Deutlichkeit und Klarheit ausgesprochen. Auf Bismarck war dies nicht ohne Wirkung gewesen. Denn ihm konnte das Treiben der katholischen Presse auf die Dauer nicht verborgen bleiben[62]). Es mußte dies zu schweren Konflikten zwischen ihm und dem Zentrum führen. Im März 1872 äußerte Bismarck im Herrenhaus: „Solange neben Preußen zwei katholische Hauptmächte in Europa waren, von denen jede einzeln gedacht für die katholische Kirche eine stärkere Basis zu sein schien als Preußen, das kleinere Land, da haben wir . . . Frieden gehabt; er wurde schon bedenklich angefochten nach dem österreichischen Kriege, nachdem die Macht, welche in Deutschland eigentlich den Hort des römischen Einflusses bildete, im Jahre 1866 im Krieg unterlag, und die Zukunft eines evangelischen Kaisertums in Deutschland sich deutlich am Horizont zeigte. Aber man verlor die Ruhe auf der anderen Seite vollständig, als auch die zweite katholische Hauptmacht in Europa denselben Weg ging, und Deutschland einstweilen anerkannt die größte Militärmacht, und vielleicht — je nachdem es Gott will — auf längere Zeit hin, die größte Schwerkraft in der politischen Waage wurde, ohne unter einer katholischen Dynastie zu stehen."[63]) Es blieb Bismarck schließlich gar nichts anderes übrig, als sich gegen die ultramontanen Angriffe auf seine Außenpolitik tatkräftig zur Wehr zu setzen. Eingriffe in die dogmatischen Auseinandersetzungen der katholischen Kirche lagen ihm selbstverständlich ganz fern[64]). Aber infolge des Unfehlbarkeitsdogmas sah sich Bismarck doch gezwungen, gegen die klerikalen Übergriffe, die sich überall bemerkbar machten, die staatliche Autorität mit aller Schärfe zur Anwendung zu bringen[65]). Und wenn auch jene klerikalen Konspirationen niemals konkrete Formen angenommen haben, so mußte der Reichskanzler, der sich für den Frieden und die Sicherheit des Deutschen Reiches verantwortlich fühlte, doch den Staat schließlich dagegen schützen, um zu verhindern, daß aus den ultramontanen Drohungen Ernst wurde. Um sich gegen die katholischen Übergriffe auf dem Gebiet seiner Bündnispolitik zur Wehr zu setzen, war der Kanzler gezwungen, den politischen Katholizismus auf innerpolitischem Wege unschädlich zu machen, soweit er dazu in der Lage war. — So lag der Anlaß für die Kulturkampfmaßnahmen durchaus auch in der Außenpolitik, aber lediglich als Verteidigungsmaßnahme gegen die Gefahren, die von Seiten der Ultramontanen drohten. Nicht um irgendeiner auswärtigen Macht einen Gefallen zu erweisen, hat Bismarck die Maßnahmen gegen die Klerikalen durchgeführt, sondern allein, weil es das Staatsinteresse erforderte. Der Kulturkampf war somit eine Folge der Opposition, die das Zentrum gegen Bismarcks Politik betrieb. Die Regierung mußte sich auf jeden Fall ihre außenpolitische Aktionsfreiheit bewahren. Auch hier handelte es sich um jenen „uralten Machtstreit, der so alt ist wie das Menschengeschlecht"[66]), der aber diesmal vor allem auf

außenpolitischem Gebiete ausgefochten wurde. Gewiß machte sich die ultramontane Opposition gegen den Staat auch noch auf anderen Gebieten geltend. Der Gegensatz in der Außenpolitik jedoch war ohne Zweifel der schwerwiegendste und folgenschwerste von allen, der schließlich zum Austrag gelangen mußte.

Da nun Bismarck vergeblich versucht hatte, durch Vermittlung des Kardinalstaatssekretärs Antonelli den Papst zu einer Maßnahme gegen das Zentrum zu veranlassen, blieb Bismarck in der Tat nichts anderes übrig, als die Mittel des Staates nunmehr gegen die Ultramontanen einzusetzen. Es war, wie Rachfahl sagt, die Antwort auf jenen „Akt der Feindseligkeit von Seiten der römischen Kurie"[67]). So schritt Bismarck jetzt zur Aufhebung der Katholischen Abteilung, der er ja die zunehmende Polonisierung im Osten Deutschlands zuschrieb. Bismarck selbst sagt, diese Behörde sei „schlimmer als ein Nuntius in Berlin" gewesen, weshalb er den König drängte, die Abteilung unter allen Umständen aufzulösen[68]). Schon am 22. Juni 1871 erschien in der „Neuen Preußischen Zeitung" ein Artikel, der von katholischer Seite gewöhnlich als „Kriegserklärung" der Regierung gegen das Zentrum bezeichnet wird[69]). Darin hieß es, die deutsche Reichsregierung werde sich „in nächster Zeit entschließen müssen, einer ferneren Aggression (der Ultramontanen) auch ihrerseits mit Aggression und zwar gleichmäßig nach außen wie nach innen zu begegnen". Einige Zeit darauf, am 8. Juli, wurde alsdann die Katholische Abteilung durch Kabinettsordre aufgehoben, die im Jahre 1841 von Friedrich Wilhelm IV. ins Leben gerufen war[70]). In der Begründung hieß es, daß, da die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils die Beziehungen zwischen Staat und Kirche so wesentlich verändert hätten, die Regierung sich zu diesem Schritt veranlaßt sähe[71]). Daß sich das Verhältnis zwischen der Regierung und dem römischen Stuhl seit der Dogmatisierung der Unfehlbarkeit tatsächlich verschlechtert hatte, war besonders auf dem Gebiete der Außenpolitik zum Ausdruck gekommen[72]). Nicht lange danach wurde auf Antrag des bayrischen Ministers von Lutz im Bundesrat die Einführung des Kanzelparagraphen beantragt und bald darauf durchgeführt, dem später noch andere Maßnahmen folgen sollten[73]).

c) Die Zuspitzung der Krise in den Jahren 1872/73.

Nur kurze Zeit sollte es dauern, bis neue Gesetze von der Regierung gegen die Ultramontanen beschlossen wurden. Schon zu Beginn des neuen Jahres zeigte es sich, daß weitere Schritte zu erwarten waren; bereits im Jahre 1872 erhielt der bisherige preußische Kultusminister von Mühler die erbetene Entlassung[74]). Der neue Kultusminister war der bisherige Geh. Oberjustizrat Dr. Falk, der berufen sein sollte, die eigentlichen Kulturkampfgesetze auszuarbeiten und durchzuführen. Falk war Protestant, „freikonservativ" und ein Gegner aller Orthodoxie[75]). Seine erste Maßnahme war das Schulaufsichtsgesetz[76]), aus Anlaß dessen es im Preußischen Landtag zu heftigen Auseinandersetzungen kam, bei denen Bismarck selbst das Wort ergriff. Der Kanzler erklärte bei dieser Gelegenheit, er habe es „von

Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiet betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung" gebildet habe[77]). Er habe bei der Rückkehr aus Frankreich das Zentrum als „nichts anderes betrachten können als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat". Bismarck fügte hinzu, er habe anfangs geglaubt, er werde an der „streng kirchlichen Partei eine Stütze finden"; als er aber erkannte, „daß die Fraktion im Reichstage sich bereitwillig Elemente aneignete, deren fortdauernder prinzipieller Widerspruch gegen den preußischen Staat und gegen das Deutsche Reich notorisch war", da sei die Regierung zur Abwehr gezwungen worden. Und in der Sitzung am 10. Februar bemerkte Bismarck, daß „die Geistlichkeit, auch die römisch-katholische in allen Ländern eine nationale" sei, nur in Deutschland mache sie eine Ausnahme[78]). Heinrich von Treitschke warf damals den Ultramontanen „demagogische Wühlereien" vor, die besonders im Elsaß und in Posen dem Landesverrate nahekämen[79]).

In jenen Kampfmonaten war die Stimmung zwischen den streitenden Parteien äußerst erregt. Das besondere Mißtrauen des Reichskanzlers hatte ein Privatbrief Windthorsts erregt, in dem dieser einem seiner Anhänger schrieb, daß er die Einreichung einer neuen Petition im Reichstag zugunsten des Papstes im Augenblick für „inopportun" halte[80]). Dafür solle man lieber den Wünschen nach Restauation des römischen Stuhls auch weiterhin in der Öffentlichkeit Ausdruck verleihen. Wenn man auch dadurch „eine positive Einwirkung der Regierungen von Deutschland" nicht erreiche, so zwinge man sie doch, „wenn die katholischen Mächte Europas eine diplomatische Intervention einleiten sollten . . . wenigstens nicht entgegenzuwirken". Dieses Schreiben Windthorsts hatte Bismarck in große Erregung versetzt[81]). Er bezeichnete es als einen „Versuch der Anlehnung an fremde Mächte, wenn ihre politischen, ja vielleicht kriegerischen Interessen andere sein sollten als die Deutschlands, das Ausland durch starke Petitionen in der Bevölkerung zu unterstützen"[82]). Während die „Kölnische Volkszeitung" auf dem Standpunkt stand, jener Brief enthalte „weder etwas Staatsgefährliches noch etwas Staatsfeindliches"[83]), sprach die liberale Presse auf Grund dieses Vorfalles von den „Wühlereien des jesuitischen Ultramontanismus gegen das junge Deutsche Reich"[84]). Der Widerstreit der Meinungen war damals außerordentlich groß. Von konservativer Seite glaubte man sogar die Regierung zum Nachgeben ermahnen zu müssen. Man dürfe nicht, so meinte die „Neue Preußische Zeitung", die konservativen Kreise des deutschen Katholizismus mit dem römischen Jesuitismus verwechseln[85]). Das Blatt trat für die Sammlung aller Konservativen in Nord und Süd ein, der Katholiken sowohl als auch der Protestanten, und rief auf zur gemeinsamen Einigung gegen den Liberalismus.

Zu neuen großen Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche kam es, als der Papst den Kardinal Fürst Hohenlohe als deutschen Botschafter beim römischen Stuhl ablehnte. Da war, wie Rachfahl sagt, „die letzte Brücke zur Verständigung" mit Rom abgebrochen[86]). Die Regierung wollte, so schrieb Bismarck an den Botschafter von Arnim in Paris, mit dieser Wahl einen Beweis ihrer friedlichen Gesinnung gegenüber der römi-

schen Kirche liefern, da ein Kardinal „kein brauchbares Werkzeug zur Vertretung feindlicher Tendenzen gegen den Papst" sein könne[87]). Vor allem sei der Kardinal „als Deutscher und als katholischer Kirchenfürst sich immer treu geblieben", und deshalb für diesen Posten besonders geeignet. Dennoch glaubte der Papst „einen Kardinal der hl. römischen Kirche nicht autorisieren zu können"[88]). Dies hatte im Reichstag noch ein Nachspiel. Am 14. Mai 1872 fand eine Beratung des Haushaltsplans im Reichstag statt. Der Führer der Nationalliberalen, Bennigsen, wünschte die Streichung der Ausgaben für den Botschafterposten bei der Kurie. Bismarck jedoch trat für die Erhaltung dieser Position ein . Denn es sei kein Souverän, der berufen wäre, so ausgedehnte Rechte innerhalb des Deutschen Reiches auszuüben wie der Papst[89]). Beruhigend fügte er hinzu: „Seien Sie außer Sorge. Nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig." Er habe gehofft, daß die Wahl eines solchen Botschafters, wie sie der Kaiser in der Person des Kardinals getroffen habe, in Rom Anerkennung finden würde, und „daß sie als Brücke der Verständigung benützt werden würde". Leider aber seien diese Absichten der deutschen Regierung infolge der kurzen Ablehnung seitens der Kurie nicht zur Ausführung gekommen. Windthorst erwiderte dem Kanzler, daß die Ernennung eines Kirchenfürsten zum deutschen Botschafter ungehörig sei, da der Papst doch der „Dienstherr" des Kardinals sei[90]). Bismarck fragte ihn deshalb mit Recht, wer der Dienstherr Richelieus und Mazarins gewesen sei, die auch als Kardinäle im Dienste Ludwig XIV. gestanden hätten. An demselben Tage, an dem im Reichstag über den Botschafterposten beim päpstlichen Stuhl verhandelt wurde, ließ Fürst Bismarck vertraulich eine Zirkulardepesche an alle auswärtigen Vertreter des Deutschen Reiches ergehen, um sie zu veranlassen, bei den Regierungen der einzelnen Staaten dahin zu wirken, daß bei der Neubesetzung des päpstlichen Stuhles eine Verständigung über die Anerkennung eines neuen Papstes vereinbart werde[91]). Dieses gemeinsame Vorgehen sei notwendig, da der Papst auf Grund der Vatikanischen Beschlüsse „im Prinzip an die Stelle jedes einzelnen Bischofs getreten" sei und es hänge nur von ihm ab, „sich auch in der Praxis in jedem einzelnen Augenblick an die Stelle desselben gegenüber den Regierungen zu setzen". Die Bischöfe seien im Grunde genommen Werkzeuge des Papstes, es seien Beamte „ohne eigentliche Verantwortlichkeit". Dieser Versuch Bismarcks hatte allerdings nicht den gewünschten Erfolg, da er nur bei zwei Regierungen Entgegenkommen fand[92]). Schließlich wurde es notwendig, auch dem Treiben der Jesuiten, die, wie der Abgeordnete Wagner in der Begründung behauptete, in Posen und Oberschlesien Hochverrat trieben, durch ein Gesetz entgegenzutreten, das am 4. Juli 1872 nach einer Debatte im Reichstag angenommen wurde[93]).

Immer heftiger spitzten sich die Gegensätze zu. Auf keiner Seite war an ein Nachgeben zu denken. Die Kritik der Ultramontanen an Bismarcks Außenpolitik wurde durch die letzten Kampfmaßnahmen nur noch schärfer und erbitterter. An eine Verständigung schien nicht zu denken zu sein. — Wiederum erhob die „Neue Preußische Zeitung" ihre mahnende Stimme: ein geringer Gegner sei das Papsttum keinesfalls, da

es festen Anhalt in den katholischen Schichten habe. Im übrigen werde es die Kurie nicht unterlassen, wie an dem verlorenen Polen so noch mehr an dem Hasse Frankreichs, dem sich auch die romanischen Völker leicht anschließen könnten, sowie an dem schwerlich erstorbenen Haß Österreichs als auch an den deutschen Partikularisten einen Rückhalt zu suchen. „So erscheint das tausendjährige Papsttum dem kaum erst begründeten Kaisertum gegenüber keineswegs als eine ganz ungefährliche Macht."[94]) Jetzt eilten die Ereignisse bald ihrem Höhepunkt zu. Die Abneigung der Klerikalen gegen das kleindeutsche Reich wurde durch die neue Gesetzgebung keineswegs gemildert. Im Gegenteil wurde gerade dadurch die Unzufriedenheit nur noch gesteigert. Als „eine deutschnationale Entwicklung" könne das, was sich seit 1866 ereignet hat, niemals angesehen werden, äußerte die „Augsburger Postzeitung" im April 1872: „Dieser neue politische Körper mag als Vergrößerung Preußens betrachtet, lebensfähig sein, als Deutscher Bund ist er ein Unding." Das Deutsche Reich sei „nichts als Großpreußen mit einigen unselbständigen Anhängseln". Österreich gilt dem Augsburger Zentrumsblatt als der eigentliche Repräsentant der altkaiserlichen Reichstradition, von dem man Hilfe in der Not erwartete[95]). — Kennzeichnend für die Gesinnung der Ultramontanen ist ihre Haltung bei den Jahresfesten, die am Tage der Schlacht von Sedan überall gefeiert wurden. „Endlich kam der 2. September 1870 mit Sedan und darauf der 20. September — Der Raub Roms durch die Piemontesen", schrieb die „Kölnische Volkszeitung" im Jahre 1873 und deutete damit an, daß jener Siegestag der deutschen Armee bei den Katholiken zum mindesten keine freudigen Empfindungen auslösen könne[96]). Auch der Bischof von Ketteler erklärte, die Sedanfeier sei nur etwas Künstliches, durch Agitationen aller Art Hervorgerufenes, das mit wahrem Patriotismus nichts zu tun habe[97]).

Die Hinneigung der Zentrumspresse zu Frankreich nahm allmählich immer krassere Formen an. Je mehr der Papst in Deutschland bekämpft wurde, desto mehr Freunde gewinne er in Frankreich, hieß es in dem ultramontanen Blätterwald[98]). Überhaupt habe Herr Thiers einen „wenigstens in der Theorie richtigen Grundsatz" aufgestellt, indem er sagte, Frankreich müsse sich zur Sicherung der Unabhängigkeit des Papstes mit den katholischen Staaten verständigen, da es allein dazu keine Macht habe[99]). Die neuen Regenten in Frankreich dürften sich nicht alle „konfessionellen Gesichtspunkte" von Berlin aus verbieten lassen, meinten die „Historisch-Politischen Blätter"[100]). Ja sogar der Gedanke eines Religionskrieges wurde bereits erörtert, falls Frankreich unter der Regierung Heinrichs V. gegen Italien marschieren würde und Deutschland Viktor Emmanuel zu Hilfe käme[101]). Mit einem solchen Religionskrieg, einem Krieg zwischen Frankreich und Österreich auf der einen Seite und den antiklerikalen Mächten, Deutschland und Italien, auf der anderen Seite, rechnete man auf ultramontaner Seite bereits. — In Österreich, auf dessen Bundesgenossenschaft man auch fernerhin hoffte, leitete damals schon Andrassy die äußere Politik der Donaumonarchie. Auf ihn war man nicht gut zu sprechen, da er eine Politik auf kurialer Grundlage nicht mitzumachen geneigt war[102]). So tröstete man sich mit dem Gedanken, daß

doch einmal der Tag kommen würde, wo Österreich einen Minister des Auswärtigen bekommen würde, der sich „keine Marschroute von den übrigen Großmächten vorschreiben" lasse[103]). Die „Kölnische Volkszeitung" setzte deshalb ihre ganze Hoffnung auf die im Sommer 1873 stattfindenden Wahlen. Davon erwartete man eine Mehrheit, die das Ministerium von dem „unösterreichischen und antikirchlichen Liberalismus" befreien werde, und die dem Kaisertum seinen Charakter als katholische Macht wieder verleihen könne. Anders würde Österreich seine Großmachtstellung nicht zurückgewinnen; seine Existenz bleibe solange der Gnade und Ungnade Deutschlands und Rußlands anheimgestellt, wie es seine Politik nicht ändere[104]). Wenn aber erst ein ultramontanes Ministerium in Österreich die Leitung übernehme, dann werde dort „jede protektorale Einmischung Preußens artig aber entschieden abgelehnt" werden. „Der Krieg mit der Feder wird aufhören, vielleicht, um dem Kriege mit dem Schwerte Platz zu machen." Wenn Preußen bis dahin seine Machtstellung nach allen Seiten hin für so konsolidiert erachte, daß es den zum Losschlagen geeigneten Moment für gekommen glaubt, so wird der Krieg erfolgen, der größte vielleicht, den Europa gesehen, denn dann wird Österreich nicht ohne Allianzen sein"[105]). Aber nicht nur Frankreich und Österreich hätten die Zentrumsleute gern in der katholischen Allianz vereinigt gesehen, sondern auch England wird in einer solchen Koalition als möglicher Bundesgenosse gegen Deutschland und Italien genannt[106]). Um Großbritannien für einen solchen Plan besonders zu interessieren, scheute man sich auch nicht, Deutschland in den Verdacht von größeren Eroberungsabsichten zu bringen; und zwar sollte das Deutsche Reich nicht nur die Annexion Österreichs und der deutschen Provinzen von Böhmen bis zur Adria im Schilde führen, sondern es sollte darüber hinaus sogar Holland sowie die holländischen Häfen und Kolonien zu annektieren beabsichtigen. „England dürfte freilich solchen Eroberungsabsichten nicht ganz gleichgültig zusehen, denn im Besitze von Triest und den holländischen Häfen und Kolonien würde Preußen ein gefährlicher Rivale werden . . ."[107]).

Dem gegenüber blieb Rußland auch weiterhin den schärfsten Angriffen des Zentrums ausgesetzt, da man fürchtete, der Zar werde Deutschland in einem Kriege zu Hilfe kommen. Die einzige Hoffnung der Ultramontanen war daher das Anwachsen des Panslawismus, der, wie man richtig sah, in Rußland immer mehr um sich griff, und der am Ende doch einmal beide Mächte entfremden mußte[108]). Man fürchtete in Zentrumskreisen, daß aus dem Zusammengehen Deutschlands mit dem Zarenreich auch ein gemeinsames Vorgehen auf kirchlichem Gebiete sich ergeben könnte. Deshalb waren die Ultramontanen in Sorge, daß Bismarck eine Nationalkirche als Krönung seines „byzantinisch-omnipotenten Staates" errichten würde[109]). Die „Historisch-Politischen Blätter" schrieben, Deutschland und Rußland hätten sich zusammengetan, um gemeinsam die orientalische Frage zu lösen, und ehe dieses Problem nicht geklärt sei, „werden sich die beiden Mächte nicht in die Haare fahren"[110]). Somit wäre der Krieg zwischen Deutschland und Rußland also durchaus im Sinne der Klerikalen gewesen, wenigstens hätte man ihn lieber gesehen als ein Bündnis zwischen den beiden Staaten.

So wurde die Kluft zwischen der Regierung und den ultramontanen Gegnern immer größer. Der Streit nahm allmählich immer schärfere Formen an. Auf beiden Seiten wurde mit größter Erbitterung gekämpft. Als im Preußischen Abgeordnetenhaus die Abänderung der Artikel 15 und 18 zur Debatte stand, auf Grund deren nachher die Maigesetze beschlossen wurden, wandte sich Bismarck in einer längeren Rede an die Mitglieder des Herrenhauses, in der er u. a. ausführte: „Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Fall des Papstes mit dem deutschen Kaiser, wie wir ihn schon im Mittelalter gesehen haben, ist zu beurteilen wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände . . . Es handelt sich um Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wieweit die Priesterherrschaft und wieweit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn im Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt."[111]) Als die neuen Gesetze, die schon im Herbst 1872 vorbereitet worden waren, im Mai 1873 beschlossen wurden[112]), erklärten die preußischen Bischöfe in einer Kollektiveingabe an das königliche Staatsministerium, daß sie außerstande seien, an der Ausführung der neuen Gesetze mitzuwirken. Die Kirche könne „das Prinzip des heidnischen Staates, daß die Staatsgesetze die letzte Quelle alles Rechtes" seien, nicht anerkennen[113]). Unter Führung des Klerus setzte auch im katholischen Volke eine Widerstandsbewegung gegen die neuen Gesetze ein. Die Folge war ein Aufschwung der katholischen Presse und eine Zunahme der Zentrumswähler[114]). Je schärfer die Regierung vorging, desto größer wurde die Opposition im katholischen Volke. Geldstrafen, Gefängnis und Temporaliensperre blieben erfolglos. Vergeblich versuchte die Regierung, den Widerstand zu brechen. Im August 1873 richtete der Papst ein Schreiben an Kaiser Wilhelm I., in dem er zum Frieden mahnte mit der Bemerkung, daß jeder, der die Taufe empfangen habe, „in irgendeiner Art" dem Papste angehöre[115]). In der Erwiderung des Kaisers hieß es, daß ein Teil seiner katholischen Untertanen seit zwei Jahren eine Partei organisiere, die den konfessionellen Frieden „durch staatsfeindliche Umtriebe" zu stören suche, weshalb die Maßnahmen gegen das Zentrum notwendig gewesen seien[116]). — Aber auch dieser Briefwechsel hatte keinen besonderen Erfolg. Das Ende des Streites zwischen Staat und Kirche war noch immer nicht abzusehen; neue Ereignisse warfen bereits ihre Schatten voraus.

III. Das Dreikaiserverhältnis in der Kritik des Zentrums.

a) Die Dreikaiserzusammenkunft im September 1872 in Berlin.

Nach Beendigung des Krieges gegen Österreich im Jahre 1866 war es Bismarcks Bestreben, den geschlagenen Feind durch Gewährung maßvoller Friedensbedingungen nach Möglichkeit zu schonen, um von vornherein neue

Auseinandersetzungen mit der Donaumonarchie zu vermeiden. Der Staat der Habsburger war für den Kanzler von jetzt an eine Macht, mit der er genau so rechnete, wie mit allen übrigen Staaten Europas. War er im Jahre 1866 noch „der Vollstrecker friderizianischer Politik" gewesen, so war er nach dem Kriege bereit, eine Verständigung mit Österreich ohne Vorbehalt in die Wege zu leiten[1]). Allerdings war, solange Beust in Österreich-Ungarn eine antideutsche Politik trieb, eine Besserung der Beziehungen zwischen Berlin und Wien nur sehr schwer möglich[2]). Noch bis zum Ausbruch des Krieges vom Jahre 1870 schwebten Bündnisverhandlungen zwischen Österreich und Frankreich. Die ersten deutschen Siege jedoch sowie die drohende Haltung Rußlands und der Einspruch der Ungarn und der Deutsch-Österreicher bewirkten eine Änderung der österreichischen Politik. Schon im August 1870 hatte Bismarck durch den General von Schweinitz, den Vertreter des Norddeutschen Bundes in Wien, den Wunsch ausgesprochen, „daß nach dem Kriege ein besseres Verhältnis zwischen uns und Österreich, eventuell zwischen beiden und Rußland hergestellt werde[3]). Auch nach dem Kriege ging Bismarck die Wege der Verständigung mit Österreich weiter, indem er seiner Bereitwilligkeit, mit der Donaumonarchie zur Einigung zu kommen, bei jeder Gelegenheit Ausdruck gab. Bereits im August 1871 kamen die beiden Monarchen in Ischl und Salzburg zusammen. Dabei wurden die alten persönlichen Beziehungen zwischen den Herrschern wieder hergestellt. Doch war, solange Beust der Leiter der auswärtigen Politik in Österreich war, eine Verständigung nicht ohne weiteres durchzuführen. Erst als Graf Andrassy im Oktober 1871 Minister des Auswärtigen wurde, der als Deutschenfreund galt, gestalteten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich freundschaftlicher, zumal er als Ungar für seine Politik eine Stütze gegen Rußland suchte[4]). Die versöhnliche Politik gegenüber Österreich fand fast im ganzen deutschen Volke ungeteilte Zustimmung. Wenn es für Bismarck auch im wesentlichen nur realpolitische Erwägungen waren, die ihn zu einer Verständigung mit Wien führten, so kam er doch gerade damit den nationalen Wünschen der meisten Parteien entgegen. Auch unter den Katholiken, die ja von Haus aus in Österreich ihren eigentlichen Beschützer erblickten, mußten die neuen großdeutschen Wege der Bismarckschen Politik Beifall finden. Einige Tage nach der Reichsgründung waren bereits im katholischen Lager Stimmen laut geworden, die eine feste Allianz mit Österreich forderten[5]). Und zwar sollte es gerade die Aufgabe Bayerns sein, im Bundesrat auf ein solches Bündnis hinzuwirken. Auf diese Weise sei es allein möglich, „der Völkerflut des Panslawismus" erfolgreich entgegenzutreten. Die Spitze dieses Bündnisses sollte sich also nach den Wünschen der Ultramontanen in erster Linie gegen Rußland richten. Schon im Mai 1871 tauchte das Gerücht auf, daß Kaiser Wilhelm I. die Absicht habe, mit Franz Joseph in Gastein zusammenzutreffen. Als die Absicht der beiden Kaiser bekannt wurde, konnten auch die Ultramontanen ihre Anerkennung der deutschen Politik nicht versagen, und die „Kölnische Volkszeitung" bezeichnete es als ein „Symptom" für die Tatsache, daß „die Annäherung Deutschlands und Österreichs in den höchsten Kreisen ernsthaft angeregt"

werde[6]). Der großdeutsche Gedanke, der bisher Bismarck und die Katholiken auseinandergeführt hatte, schien jetzt der Mittler zwischen der Realpolitik des Kanzlers und ihrer ultramontanen Opposition zu werden. Immerhin blieb die Frage des Verhältnisses Österreichs zum Deutschen Reich ein umstrittenes Problem, das ungelöst war.

Obwohl auch Bismarck niemals einen Zweifel darüber gelassen hatte, daß an der Existenz der Habsburger Monarchie nie gerüttelt werden sollte[7]), glaubte Heinrich von Treitschke damals gewissen Annexionsgelüsten vom Standpunkt des Deutschen Reichs aus entgegentreten zu müssen: „Wir besitzen der ultramontanen Reichsfeinde schon überviel, wir werden sie in Schranken halten; doch unser Reich ist nur darum ein paritätischer Staat, weil die Protestanten in ihm überwiegen; wir würden uns versündigen an der Zukunft deutscher Geistesfreiheit, wenn wir darauf ausgingen, noch 14 Millionen Katholiken in das Reich aufzunehmen." Und da von der Hofburg doch keine „rückhaltlos ehrliche Freundschaft" zu erwarten sei, solle man eben „gute Nachbarschaft" mit Österreich halten[8]). Auch die Preußischen Jahrbücher urteilten, daß eine Spekulation auf den Ruin Österreichs und die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland nur von den Ultramontanen zu rechtfertigen sei[9]). — Aber auch auf Seiten des Zentrums trat man im allgemeinen für die Erhaltung Österreichs schon deswegen ein, da es sich ja um eine katholische Macht handelte, auf die sogar noch einige Hoffnungen gesetzt wurden[10]). Dennoch gab es unter den Ultramontanen auch Stimmen, die an dem Gedanken der staatlichen Wiedervereinigung mit den Deutschen in Österreich auch weiterhin festhielten, selbst wenn dies nur unter Beseitigung der Habsburger in Österreich zu erreichen wäre. Schrieben doch in diesem Sinne die „Historisch-Politschen Blätter": „Fürst Bismarck müßte den politischen Verstand verloren haben, wenn er nicht der Überzeugung wäre, daß der deutsche Staatsmann gehenkt zu werden verdiente, welcher nicht die Eventualität der Zertrümmerung Österreichs und die Einverleibung seiner deutschen Provinzen unverwandt im Auge behielt. Dadurch aber käme eine katholische Bevölkerung von zehn bis zwölf Millionen an das Reich, und es ist kein Zweifel, daß . . . dem Zentrum ein mächtiger Zuwachs erblühen würde."[11]) Dies beweist, daß in ultramontanen Kreisen eine Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich aus konfessionellen Gründen begrüßt worden wäre.

Bereits im April 1872 wurde der Besuch des Kaisers Franz Joseph in Berlin verabredet[12]). Damit sollte endgültig die Vergangenheit vergessen sein, und eine neue Freundschaft zwischen den beiden Mächten sollte sich anbahnen. Auf die Kunde von dem bevorstehenden Besuch des Kaisers Franz Joseph in Berlin, gab die „Kölnische Volkszeitung" ihrer Freude darüber in bewegten Worten Ausdruck, indem sie bemerkte, Deutschland und Österreich verbürgten „den ermündeten und schwer heimgesuchten Völkern eine längere Friedensdauer"[13]). Überhaupt rief die Nachricht von dem angekündigten Ereignis auch im Zentrum eine große Begeisterung hervor. Aber nur solange, als man noch nicht wußte, daß auch der Zar seine Ankunft in Berlin angemeldet hatte. Schon im Juli 1872 hat Alexander II. dem deutschen Vertreter in Moskau, dem Prinzen Reuß, andeuten lassen,

daß er Wert darauf legen würde, gleichzeitig mit Franz Joseph in Berlin erscheinen zu können[14]). Ohne Frage erfüllte den Zaren die Sorge vor einer deutsch-österreichischen Freundschaft, die leicht eine Wendung gegen Rußland hätte nehmen können. So entschloß er sich, gewissermaßen als Dritter im Bunde, auf der geplanten Konferenz der beiden Kaiser mit dabei zu sein. Er schien in der Tat zu befürchten, „daß er sozusagen vor der Tür seines Freundes stehe, während die beiden anderen miteinander vertraulich verkehrten"[15]).

Kaiser Wilhelm konnte nicht anders, als den Wunsch des Zaren zu erfüllen, und ließ alsbald die Einladung nach Wien und Petersburg ergehen. Während die erste Ankündigung des Besuches des Kaisers von Österreich auch bei den Ultramontanen ungeteilte Freude hervorgerufen hatte, wurde man jetzt etwas skeptischer. Zwar findet die Aussicht auf eine bevorstehende Verständigung Deutschlands mit Österreich noch weiterhin eine sehr günstige Aufnahme auch in der Zentrumspresse. „Kein Deutschland ohne Österreich", schrieb die „Germania" hocherfreut. „Zunächst sind die beiden Herrscherfamilien wieder einig, und dafür danken wir Gott; wir hoffen, daß auch eine Form für die Vereinigung der seit sechs Jahren getrennten Brüder sich finden werde."[16]) Aber als man von dem Entschluß des Zaren erfuhr, mischte sich in die Freude doch ein Mißton. Der Plan des Russen, als Dritter im Bunde nach Berlin zu kommen, sei ein „Schachzug", ähnlich wie ihn Napoleon III. 1858 bei einer Monarchenzusammenkunft in Baden-Baden ausgeführt habe, als er Intriguen gegen sich fürchtete, behauptete die „Germania"[17]). Die Absicht des Zaren sei auf die Einwirkung des Fürsten Gortschakoff zurückzuführen, der es verhindern wolle, daß eine für Rußland unbequeme entente cordiale zustandekäme[18]). Ihren ganzen Unwillen faßt die „Germania" zusammen, wenn sie erklärt, als „Friedensbürgschaft" könne die Dreikaiserzusammenkunft niemals gelten[19]). Auch die „Historisch-Politischen Blätter" erklärten, die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin habe nur wegen des „Krieges gegen Rom" stattgefunden[20]). — In Wirklichkeit hatte man auf der Konferenz der drei Monarchen im September 1872 nichts Schriftliches abgemacht. Es hatte noch nicht einmal eine gemeinsame Besprechung Bismarcks mit den beiden anderen Diplomaten, Andrassy und Gortschakoff, stattgefunden[21]). Lediglich eine persönliche Annäherung und sachliche Einigung über die Aufrechterhaltung des Friedens, über die gemeinsame Abwehr aller inneren Gefahren sowie über die Stellung der drei Mächte zur Orientfrage war erzielt worden[22]). Wenn auch die Bedeutung dieses Kaisertreffens nicht überschätzt werden darf, so war es doch richtunggebend für die Bündnispolitik des Fürsten Bismarck, der auch weiterhin auf dem Wege einer Einigung mit Rußland und Österreich seine Politik fortsetzte.

b) Das Dreikaiserabkommen im Jahre 1873.

Erst im nächsten Jahre wurden die Verhandlungen unter den drei Mächten fortgesetzt. Im Mai 1873 machte Kaiser Wilhelm seinen Gegenbesuch in Petersburg[23]). In seiner Begleitung befanden sich Bismarck und

Moltke. Diese Reise erregte von vornherein die Besorgnis der Ultramontanen, die befürchteten, der Kanzler werde den Russen zuviele Konzessionen in der orientalischen Frage machen, was nur auf Kosten Österreichs gehen würde. Ein freundschaftliches Verhältnis des Deutschen Reiches nach beiden Seiten, nach Österreich und nach Rußland, sei auf die Dauer doch nicht möglich[24]). — Das Ergebnis der Petersburger Verhandlungen war eine deutsch-russische Militärkonvention, nach der jeder Partner sich verpflichtete, im Kriegsfalle dem anderen Bundesgenossen mit 200 000 Mann zu Hilfe zu kommen[25]). Die Unterzeichnung des Vertrages nahmen die Feldmarschälle Berg und Moltke vor, während die beiden Monarchen ihn bald darauf bestätigten[26]). Mit dem Gedanken eines russischen Bündnisses konnte man sich naturgemäß in Zentrumskreisen nur schwer vertraut machen. Wenn es schon eine Allianz mit dem Zarenreich sein müsse, dann sei „die Gewinnung des Dritten die unerläßliche, aber schwer zu erfüllende Voraussetzung"[27]). Die Möglichkeit, daß die deutsch-russischen Abmachungen sich leicht gegen Österreich richten könnten, versetzte die Ultramontanen in die allergrößte Besorgnis.

Diese Verhandlungen wurden jedoch erst vervollständigt, als der Kaiser von Rußland im Juni 1873 nach Wien reiste. Da aber Franz Joseph und Andrassy sich nicht entschließen konnten, der deutsch-russischen Militärkonvention beizutreten, ist dieser Vertrag gar nicht in Kraft getreten[28]). Dafür aber wurde am 6. Juni in Wien zwischen dem Zaren und dem Kaiser von Österreich-Ungarn ein neues Abkommen getroffen[29]). Danach kam man überein, im Falle eines Angriffs von dritter Seite sich zuvor zum gemeinsamen Handeln zu verständigen[30]). Auch dieser Besuch des Zaren in Wien erregte die besondere Aufmerksamkeit der Klerikalen, die den Ereignissen mit Spannung zusahen. Die Verständigung zwischen Deutschland und Österreich blieb für sie nach wie vor die Hauptsache, und fast ängstlich wachten die Ultramontanen gerade über die Beziehungen zwischen Berlin und Wien[31]). Mit einiger Zufriedenheit bemerkte die „Kölnische Volkszeitung", der Besuch des Zaren in Wien habe wenigstens keine Veränderung der orientalischen Politik Österreichs herbeigeführt, da Österreich die Türken niemals an Rußland ausliefern dürfe. Und mit einem grimmigen Seitenblick auf die deutsche rußlandfreundliche Politik fügte das Blatt hinzu, die orientalische Politik der Donaumonarchie harmoniere in dieser Frage vollständig mit der englischen und mit der jeder anderen kontinentalen Macht, „welche nicht in der verzweifelten Lage ist, die russische Allianz mit der Preisgebung der Türkei erkaufen zu müssen"[32]). Dieses Mißtrauen der Ultramontanen gegen die russische Freundschaft änderte sich auch in Zukunft nicht. Sowie Rußland an der unteren Donau marschiere, werde die Freundschaft ein Ende haben, vorausgesetzt, daß Österreich die Türkei nicht preisgibt, schrieb die „Kölnische Volkszeitung" im Februar 1874[33]). — Aber dennoch wurden die Verhandlungen, die man in Wien begonnen hatte, bald erfolgreich fortgesetzt: am 22. Oktober 1873 trat Kaiser Wilhelm jenen Abmachungen der beiden Monarchen bei, als er den Besuch Franz Josephs in Schönbrunn erwiderte[34]). Das Ergebnis war das sogenannte Dreikaiserabkommen[35]), nach dem man sich einigte,

außenpolitische Fragen gemeinsam auf dem Wege der Verständigung zu lösen, um den Frieden Europas gegen Umsturzbestrebungen zu sichern. Damit war „Ring der Abmachungen wieder geschlossen"[36]).

Nach Bismarcks Willen sollte dies „ein Bund der drei Kaiser mit dem Hintergedanken des Beitritts des monarchischen Italiens" sein[37]). Und in der Tat bekundete Viktor Emmanuel von Italien durch seine Reise nach Berlin im September 1873, daß er geneigt wäre, der neuen Koalition beizutreten, ohne daß es allerdings zu festen Bindungen gekommen wäre[38]). — Eine starke Belastung des Bündnisses war der Gegensatz Rußlands zu England; andererseits war die orientalische Frage ein Problem, dessen Lösung allmählich immer dringender wurde und das schließlich zum Austrag kommen mußte[39]).

Im ultramontanen Lager wollte man auch weiterhin an die Freundschaft mit Rußland nicht glauben und zweifelte, ob die guten Beziehungen zum Zaren uns wirklich einmal „zum Segen gereichen" könnten[40]). Es sei jetzt viel von einer Verständigung zwischen dem Zaren und Franz Joseph die Rede; indessen müsse sich Österreich vor der russischen Freundschaft in Acht nehmen und sich nicht allzusehr damit einlassen[41]). Der „sogenannte Dreikaiserbund" sei wertlos, schrieben die „Historisch-Politischen Blätter", da man ja in der orientalischen Frage doch nur das tun werde, was man in St. Petersburg will, „nicht mehr und nicht weniger"[42]). Die „Germania" wußte sogar schon zu berichten, daß zwischen Deutschland, Österreich, Rußland und Italien eine feste Quadrupelallianz geschlossen sei, die einzig und allein bezweckt habe, die „neudeutsche Kirchenpolitik" zu unterstützen. Zur Beruhigung des Zentrums fügte das Blatt hinzu, daß nur, solange es mit dem nationalen Vorteile Österreichs und Rußlands in Einklang stehe, die beiden Mächte Frieden und Freundschaft mit Deutschland halten werden, aber „nicht einen Augenblick länger"[43]). — Ohne Zweifel waren die Reibungsflächen zwischen Österreich und Rußland auf dem Balkan sehr groß. Dies konnte auf die Dauer nicht ohne Rückwirkungen auf das Dreikaiserverhältnis sein. Es mußte „ein Durchgangsstadium" bleiben[44]), das bald schweren Erschütterungen ausgesetzt sein sollte.

IV. Der Höhepunkt des Kulturkampfes und die „Krieg in Sicht"-Krise vom Jahre 1875.

a) Die Kulturkampfmaßnahmen im Jahre 1874/75.

Der Streit zwischen der Regierung und dem Zentrum, der sich seit dem Jahre 1871 in steter Steigerung befand, erreichte jetzt bald seinen Höhepunkt. Die Kulturkampfmaßnahmen der Regierung waren zuletzt auf den Widerstand der katholischen Geistlichkeit gestoßen, die sich zum Märtyrer ihres Glaubens aufwarf. Dies hatte alsdann Verhaftungen von Bischöfen zur Folge, die sich den Staatsgesetzen widersetzt hatten. Im Februar 1874 wurde der Erzbischof von Gnesen-Posen, von Ledochowski, verhaftet und zu zweijährigem Gefängnis verurteilt. Dafür ernannte ihn der Papst 1875 zum Kardinal und wies ihm nach verbüßter Gefängnishaft Rom als Wohnsitz

an[1]). Es folgten die Erzbischöfe von Köln, die Weihbischöfe von Posen und Gnesen und der Bischof von Paderborn, die ebenfalls wegen Verstoßes gegen die Maigesetze verhaftet wurden[2]). Bismarck sah sich schließlich gezwungen, die bestehenden Gesetze zu verschärfen, und durch neue zu ergänzen. Am 9. März war bereits die Zivilehe für Preußen eingeführt worden[3]); im Mai 1874 folgten dann die weiteren Gesetze: am 4. Mai ein Reichsgesetz, betr. die Verhinderung der unbefugten Ausübung von kirchlichen Ämtern, am 20. Mai ein Gesetz betr. die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer und am 21. Mai noch ein preußisches Gesetz betr. die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen[4]). Die Folge davon war wiederum eine große Erregung unter der katholischen Bevölkerung, die von der Geistlichkeit noch besonders gefördert wurde. So kam es, daß am 13. Juli 1874 der Böttchergeselle E. Kullmann aus Neustadt bei Magdeburg auf den in Kissingen zur Kur weilenden Reichskanzler einen Mordversuch unternahm[5]). Dabei war Fürst Bismarck durch einen Schrotschuß an der rechten Hand leicht verwundet worden[6]). Bei der Vernehmung sagt der Attentäter aus, er habe den Kanzler wegen der Kirchengesetze erschießen wollen[7]). Noch am Abend desselben Tages hielt Bismarck eine Ansprache an die zahlreich versammelte Volksmenge, in der er erklärte, die Tat habe nicht seiner Person, sondern der von ihm vertretenen Sache gegolten[8]). Dieser Mordanschlag hatte zur Folge, daß neue Verfügungen gegen die katholischen Vereine sowie gegen die katholische Presse erlassen wurden[9]).

Gegen Ende des Jahres 1874 kam es deshalb im Reichstag zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Bismarck und dem Zentrum. Bei den Beratungen der Etatspositionen für den Bundesrat richtete der Zentrumsabgeordnete Edmung Jörg[10]) am 4. Dezember eine Anfrage an den Kanzler, weshalb der diplomatische Ausschuß des Bundesrates noch niemals einberufen worden sei[11]). Er erklärte, die bayrische Regierung sei bisher der Ansicht gewesen, mit Hilfe dieses in der Reichsverfassung vorgesehenen Ausschuß einen Einfluß auf die europäische Politik gewinnen zu können und habe darin einen Ersatz für den Verlust gewisser Souveränitätsrechte der Bundesstaaten gesehen. Gelegenheiten zum Zusammentritt hätten sich namentlich ergeben, als Bismarck gegen einige „Hirtenbriefe" französischer Bischöfe protestiert habe, sowie bei der Anerkennung des spanischen Diktators Serrano durch den Kanzler. Gleichzeitig benutzte Jörg die Gelegenheit, um auch die rußlandfreundliche Politik des Fürsten Bismarck einer scharfen Kritik zu unterziehen. Er meinte, das Zünglein an der europäischen Waage liege jetzt in St. Petersburg[12]), und das politische Übergewicht Rußlands sei in einer Weise gefestigt, wie es niemals zuvor der Fall gewesen wäre. Der Redner schloß mit dem Bemerken, „das bekannte russische Desaveu" wäre vermieden worden, wenn man den auswärtigen Ausschuß zur Beratung herangezogen hätte. Unter dem Beifall des Zentrums fügte er hinzu, daß in dieser verfassungsmäßigen Bestimmung eine bessere Friedensgarantie liegen könnte als in „dem viel gerühmten Dreikaiserverhältnis", zu dem doch niemand mehr ein richtiges Vertrauen habe. Die „Germania" nannte die Rede des bayrischen Zentrumsabgeordneten eine „durchaus sachgemäße" und gab damit zum Ausdruck, daß sie

voll und ganz hinter seinen Äußerungen stand[13]). In Wahrheit war es die Taktik der Ultramontanen, Bismarcks Politik vor der Welt in Mißkredit zu bringen[14]). Jörg beging dabei allerdings die Unvorsichtigkeit, offener als seine übrigen Fraktionskollegen die wahre Meinung des Zentrums zur Außenpolitik des Kanzlers auszuplaudern, wie er es ja auch in seinen „Historisch-Politischen Blättern" zu tun pflegte. Die Preußischen Jahrbücher sprachen deshalb von der „schulmeisterlichen Weisheit" des Abgeordneten Jörg, die eine Beleidigung des gesunden Selbstgefühls des Volkes sowie jedes deutschgesinnten Katholiken sei[15]). Bismarck hatte nach der Rede des Zentrumsabgeordneten Jörg sofort Gelegenheit genommen, um sich gegen die klerikalen Angriffe auf seine Politik zu verteidigen[16]). Der Kanzler erwiderte, eine Notwendigkeit, den diplomatischen Ausschuß einzuberufen, habe nicht bestanden. Was unsere Freundschaft mit Rußland anbetreffe, so stände sie „turmhoch" über den Worten Jörgs und werde von den „kleinen Pfeilen" nicht getroffen, die der Redner des Zentrums abgeschossen habe. Alsdann ging Bismarck auf das Kissinger Attentat ein, das Jörg ebenfalls erwähnt hatte, sowie auf den Böttchergesellen Kullmann, der bei seiner Vernehmung durchaus im Besitze aller geistigen Fähigkeiten gewesen sei. Zum Zentrum gewandt, rief der Reichskanzler aus: „Aber mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße. Er nennt Sie seine Fraktion." Darauf nahm Windthorst das Wort[17]). Auch er beklagte sich, daß der diplomatische Ausschuß noch niemals in Tätigkeit getreten sei. Bismarcks Politik verfolge nur das eine Ziel, Bundesgenossen gegen den römischen Stuhl zu finden. Die Folge dieser Politik sei, daß Deutschland „allmählich einem Kriege unwiederbringlich entgegensteuere". Windthorst machte also dem Kanzler den Vorwurf, daß seine Politik am Ende zum Kriege führen müsse.

Am nächsten Tage wurde die Debatte im Reichstag fortgesetzt[18]). Zur Besprechung stand die Einziehung der Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl, für deren Erhaltung der Kanzler noch 1873 eingetreten war. Nachdem Windthorst noch einmal Bismarcks papstfeindliche Politik kritisiert hatte, erwiderte der Reichskanzler, er sei weit entfernt, die Gefühle der Katholiken irgendwie kränken zu wollen. Aber die Streichung dieser Position sei „eine Sache des staatlichen Anstandes", solange das Haupt der Katholiken Ansprüche stelle, die in einem geordneten Staate undurchführbar seien. Bismarck erklärte sodann, Beweise zu haben, daß schon vor dem Kriege von 1870 dieser Kampf mit dem Staat von der Kirche vorbereitet worden sei. Der päpstliche Nuntius Meglia habe im Jahre 1870 in München geäußert: „Wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen, uns kann doch nichts helfen als die Revolution." Statt der Revolution sei der Krieg von 1870 gekommen. Bismarck fuhr fort: „Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen ist, daß das Konzil deshalb abgekürzt ist, daß die Durchführung der Konzilsbeschlüsse, vielleicht auch ihre Vervollständigung in ganz anderem Sinne ausgefallen wäre, wenn die Franzosen gesiegt hätten, daß man damals in Rom wie auch anderswo auf den Sieg der Franzosen als auf eine ganz sichere Sache rechnete, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die

katholischen Einflüsse den eigentlichen Ausschlag gaben . . . über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können."[19])

Einige Tage danach, am 11. Dezember, wurde dem Reichstag vom Berliner Stadtgericht mitgeteilt, daß der Abgeordnete Paul Majunke, der Redakteur der „Germania", wegen Beleidigung des Kaisers und des Reichskanzlers eine Gefängnisstrafe abzubüßen habe[20]). Aus diesem Grunde stellte der fortschrittliche Abgeordnete von Hoverbeck am 16. Dezember den Antrag, einen Beschluß herbeizuführen, wonach es unmöglich sein sollte, einen Abgeordneten während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstags zu verhaften[21]). Dieser Antrag, für den auch 30 Nationalliberale unter der Führung des Abgeordneten Lasker stimmten, wurde vom Reichstag angenommen. Bismarck war besonders über das Verhalten der Nationalliberalen erbost, die bisher seine Politik im wesentlichen gestützt hatten, die ihn aber jetzt im Stiche ließen. Der Reichskanzler war der Ansicht, daß er nach dieser Abstimmung keine Majorität mehr finden würde. Deshalb entschloß er sich am 17. Dezember, beim Kaiser sein Entlassungsgesuch einzureichen, das jedoch abgelehnt wurde[22]). Inzwischen hatte es Bismarck erreicht, die unterbrochene Fühlung mit den Nationalliberalen wiederherzustellen[23]). Schon am nächsten Tage gelang es dem Führer der Nationalliberalen, Rudolf von Bennigsen, Bismarck auch öffentlich das Vertrauen des Reichstages auszusprechen. Als der Abgeordnete Windthorst einen Antrag auf Streichung des geheimen Dispositionsfonds des Reichskanzlers beantragte, benutzte Bennigsen diese Gelegenheit, um für den Leiter der deutschen Politik ein ausdrückliches Vertrauensvotum herbeizuführen, das fast im ganzen Hause lebhafte Zustimmung fand[24]). Windthorst hatte also seine Absicht nicht erreicht, dem Kanzler ein Mißtrauensvotum des Reichstages zu bescheinigen. Um so größer war im Zentrum die Unzufriedenheit über das mißlungene Unternehmen. Grollend bemerkte die „Germania" im Januar 1875, die äußere Politik Bismarcks habe es nun glücklich dahin gebracht, „daß das bis an die Zähne bewaffnete neue Deutsche Reich von allen Seiten mit Mißtrauen und Mißgunst betrachtet" werde. Und abermals wiederholte man in diesem Zusammenhang das schon so oft angestimmte Motiv: „Nein, nicht bewunderungswürdig, sondern grundverfehlt müssen wir die durch 66 inaugurierte auswärtige Politik ansehen!"[25]) Voll Zorn fügte das Blatt noch hinzu: „Wir unsererseits halten den Reichskanzler keineswegs für einen tiefen Kopf!" Das „herrlichste Staatengebilde" sei doch das Heilige Römische Reich deutscher Nation gewesen[26]).

Die Spannung zwischen der deutschen Regierung und dem päpstlichen Stuhl hatte ohne Zweifel ihr größtes Ausmaß erlangt, als Papst Pius IX. seine Enzyklika an die Erzbischöfe und Bischöfe ergehen ließ[27]). Darin erklärte der Papst sämtliche kirchenpolitischen Gesetze Preußens und des Deutschen Reiches für „ungültig"[28]). „Denn nicht die Mächtigen der Erde hat der Herr den Bischöfen seiner Kirche vorgesetzt in den Dingen, welche den heiligen Dienst betreffen, sondern den hl. Petrus, dem Er nicht bloß seine Lämmer, sondern auch seine Schafe zu weiden übertrug (Joh. 21, 16, 17) und darum können auch von keiner noch so hochstehenden welt-

lichen Macht diejenigen ihres öffentlichen Amtes entsetzt werden, welche der hl. Geist zu Bischöfen gesetzt hat, um die Kirche zu regieren (Apg. 20, 28)." Die preußische Staatsregierung erblickte naturgemäß in der päpstlichen Bulle eine Provokation, einen Versuch, die Staatsgesetzgebung der Autorität des römischen Stuhls unterzuordnen[29]). Voller Empörung schrieb die „Provinzial-Correspondenz", der Papst versuche das Volk gegen die Regierung in Preußen aufzuwiegeln; die „Enzyklika" sei „ein Aufruf und eine Aufmunterung revolutionärer Leidenschaft". Die preußische Regierung müsse deshalb der katholischen Kirche es „zum allseitigen klaren Bewußtsein" bringen, „wer in Preußen Souverän ist"[30]). Der Inhalt der Enzyklika hatte sogar einige katholische nicht dem Zentrum angehörende Abgeordnete veranlaßt, gegen den Anspruch des Papstes zu protestieren, „auf verfassungsmäßige Weise zustandegekommene Staatsgesetze für ungültig zu erklären"[31]). —

Es ergab sich somit für die Reichsregierung von neuem die Notwendigkeit, die Autorität des Staates gegenüber den Angriffen der Hierarchie zu festigen. Abermals wurden Gesetze erlassen, mit denen die Ultramontanen zur Unterwerfung gezwungen werden sollten, da die Hoffnung sich nicht erfüllt hatte, die man auf die alten Verfügungen gesetzt hatte. Zunächst wurde das preußische Zivilstandsgesetz auch für das ganze Reich eingeführt[32]). Sodann wurde im Landtag über die gänzliche Beseitigung der Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung verhandelt[33]). Bismarck hatte den neuen Entwurf wieder in einer längeren Rede begründet. Er führte aus, es sei durch das Verhalten des Papstes notwendig geworden, die Verfassung von 1849 von den Fehlstellen zu reinigen, die in einem unangebrachten Vertrauen auf die Katholiken einstmals eingeführt worden seien. Die Hoffnungen, die Friedrich Wilhelm IV. auf jene Bestimmungen gesetzt habe, hätten sich nicht erfüllt, und deshalb seien die neuen Maßnahmen notwendig geworden. Und in einer Erwiderung auf eine Rede des Abgeordneten Schorlemer-Alst erklärte der Kanzler, daß er bei aller Achtung vor dem Dogma doch nicht soweit gehen könnte, diesem die Interessen und die Verteidigung des Landes zu opfern, dessen erster Diener er sei. Am Schluß seiner Rede gab Fürst Bismarck der Hoffnung Ausdruck, daß „doch auch wieder einmal demnächst die Reihe an einen friedliebenden Papst" kommen werde, der bereit sei, „auch andere Leute leben zu lassen nach ihrer Art", und mit dem einen Frieden zu schließen, eher möglich sein werde als mit Papst Pius IX.[34]). Bald darauf erfolgte die Veröffentlichung der neuen Gesetze, die schon zu den letzten Kampfmaßnahmen die Regierung gegen die Ultramontanen gehörten: am 22. April das Gesetz betr. Einstellung von Leistungen der Staatsmittel für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen[35]), das von den Klerikalen als „Sperrgesetz" oder „Brotkorbgesetz" bezeichnet wurde; fernerhin am 31. Mai ein Gesetz betr. Auflösung aller geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen[36]), am 18. Mai die Verordnung betr. Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung[37]), am 20. Juni eine Verfügung betr. der Vermögensverwaltung der katholischen Gemeinden[38]) sowie schließlich das sogen. „Altkatholikengesetz", das am 4. Juli 1875 erlassen wurde[39]).

Aber auch die neuen Maßnahmen der Regierung waren im Grunde ohne Wirkung geblieben. Die Kirche erwies sich als der stärkere Feind. Solange Papst Pius IX. lebte, war an einen Frieden mit der Kurie kaum zu denken. Erst nach seinem Tode, mit der Thronbesteigung Leos XIII., der wesentlich diplomatischer als sein Vorgänger vorging, sollte allmählich eine Besserung in den Beziehungen zwischen Berlin und Rom eintreten.

b) Die deutsch-französische Spannung im Jahre 1874.

Nachdem im Mai 1873 Mac Mahon als Präsident der französischen Republik an die Stelle von Thiers getreten war, schien die Restauration der bourbonischen Dynastie in Frankreich bevorzustehen. Bald nach der Beendigung des Krieges gegen Deutschland hatte sich ein Wiederaufleben des katholischen Glaubenslebens in Frankreich bemerkbar gemacht. Von der Restauration der Bourbonen erhoffte man einen neuen Auftrieb der römischen Kirche[40]). Einzelne Bischöfe schienen sich besonders zum Wortführer in den nationalen Belangen Frankreichs berufen zu fühlen. So wurde, noch bevor die deutschen Truppen das Land im September 1873 geräumt hatten, von den Bischöfen von Nancy und Toul, zu deren Diözesen auch die Gemeinden in Deutsch-Lothringen gehörten, ein Hirtenbrief verlesen, der die Gläubigen aufforderte, für die Wiedervereinigung von Metz und Straßburg mit Frankreich zu beten[41]). Die deutsche Regierung mußte darin naturgemäß eine Herausforderung erblicken und veranlaßte deshalb den Grafen Arnim, in Paris beim Minister des Äußeren, dem Herzog Louis von Decazes, Beschwerde wegen der Hirtenbriefe einzulegen. Die französische Regierung versuchte jedoch auszuweichen und begnügte sich damit, durch ein Zirkular des Kultusministers de Fourtou die französischen Oberhirten vor unbedachtsamen Äußerungen gegen das Deutsche Reich warnen zu lassen[42]). Eine „öffentlich erkennbare Mißbilligung" seitens der Regierung in Paris, wie sie Bismarck verlangte, war also nicht erfolgt. Deshalb sah sich der Kanzler gezwungen, seine Forderung noch einmal in Paris wiederholen zu lassen. In der Unterredung mit dem französischen Botschafter bemerkte Bismarck am 13. Januar, daß „in Frankreich wie überall heute in der Welt die klerikale Partei die Herrschaft über den Staat zu gewinnen versuche"[43]). Er habe es besonders in bayrischen Zeitungen gelesen, daß man nur auf die Übernahme der Macht in Frankreich durch die Ultramontanen rechne, um die katholische Opposition zu organisieren und zu festigen. Der Kanzler fügte hinzu, daß, falls sich der Erklärung der französischen Bischöfe noch weitere anschließen sollten, die Organisation eines Kreuzzuges gegen Deutschland zu fürchten sei[44]). Im Laufe des Gesprächs ersuchte Bismarck den französischen Botschafter, dafür Sorge zu tragen, daß die Fanatisierung der Massen, wie sie zur Zeit in Frankreich im Namen der verfolgten katholischen Religion erfolge, in Zukunft verhindert werde[45]). Zum Schluß versuchte Bsmarck eine gerichtliche Verfolgung der Bischöfe, die wie der Bischof von Nîmes ihre geistliche Gewalt zu Äußerungen gegen das Deutsche Reich sowie gegen die Person des Kaisers mißbraucht hätten, seitens der französischen Regierung zu erreichen. — In jenen Tagen brachte

die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einen Artikel, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß eine französische Regierung, „die sich in den Dienst der römischen Priesterrepublik herabwürdigen ließe", uns feindlich sein müßte, da sie lediglich „die Satellitin Roms wäre". „Daher wendet sich unsere schärfste Aufmerksamkeit auf das Gebaren der französischen Bischöfe, die durch ihre unvorsichtige oder durchdachte Parteinahme für die geistliche Rebellion in unseren Staaten das Ihrige beitragen, ein Zerwürfnis zwischen Frankreich und uns herbeizuführen."[46]) — Um Bismarck Genugtuung zu gewährleisten, ließ die französische Regierung auf seinen Einspruch hin, den „Univers", der sich besonders feindlich gegen Deutschland geäußert hatte, auf zwei Monate verbieten[47]). Fernerhin gab der Herzog von Decazes am 20. Januar in der Nationalversammlung eine Erklärung ab, in der er zum Ausdruck brachte, daß Frankreich den Frieden wolle, und daß man bereit sei, allen Konflikten vorzubeugen und zwecklosen Erklärungen sowie bedauerlichen Aufreizungen entgegenzutreten, wie sie von der französischen Geistlichkeit erfolgt waren[48]). Eine gerichtliche Verfolgung der Bischöfe wurde jedoch nicht durchgeführt[49]).

Bismarck war mit dem Verbot des „Univers" sehr zufrieden und ließ schließlich die Sache auf sich beruhen[50]). Mit Recht war der Reichskanzler in jenen Tagen in Sorge vor einer „Verquickung von Revanche und Religion". „Eine Verbindung der inneren und äußeren Gegensätze im Zeichen der Ecclesia militans mußte um jeden Preis gesprengt werden."[51]) Ein Erlaß Bismarcks vom 23. Januar 1874, der dem deutschen Botschafter in Petersburg als streng vertraulich zuging, lautete: „Wenn die französische Politik sich den uns feindlichen Bestrebungen der römischen Kurie dienstbar macht, so werden wir uns für bedroht erachten, und auf die Abwehr Bedacht nehmen müssen. Auf anderen Gebieten liegt für uns kein Grund vor, eine Störung des Friedens zu besorgen, und wir haben weder Absicht noch Bedürfnis, in die ruhige Entwicklung unserer künftigen Beziehungen zu dem mächtigen Nachbarstaate gewaltsam einzugreifen. Es ist unser lebhaftester Wunsch, mit demselben in Frieden zu leben, und wir werden kein Mittel unversucht lassen, um die französische Regierung für die gleiche Anschauung zu gewinnen."[52]) Es ist offenbar, daß Bismarck damit lediglich den äußersten Fall ins Auge fassen wollte: nur dann wollte er zur Abwehr übergehen, wenn der Krieg unvermeidlich werden sollte. Einen Präventivkrieg jedoch hat Bismarck nicht beabsichtigt. — Als der belgische Kardinal Dechamps von Mecheln eine Zustimmungsadresse an den verurteilten Erzbischof Ledochowski übersandte, wurde es nötig, auch die belgische Regierung zu ermahnen, den Konspirationen gegen das Deutsche Reich entgegenzutreten[53]). Ein ähnlicher Vorfall wiederholte sich noch einmal, als am 25. Dezember 1874 eine katholische Zeitung Belgiens eine Sympathieadresse belgischer Katholiken für Bischof Martin von Paderborn an die Öffentlichkeit brachte. Auch in diesem Fall ließ das deutsche Auswärtige Amt durch den deutschen Gesandten, Grafen Perponcher-Sedlnitzky, in Brüssel Protest erheben; dieser hatte gleichzeitig den Auftrag, Beschwerde einzulegen wegen eines gegen den deutschen Reichskanzler geplanten Attentates des Kesselschmiedes Duchesne-Poncelet, der sich dem Erz-

bischof Guibert von Paris erboten hatte, Bismarck gegen eine Belohnung von 60 000 Franken zu ermorden. Auf das Ersuchen der deutschen Regierung hin nahm Belgien schließlich den sogen. Duchesne-Paragraphen in sein Strafgesetzbuch auf[54]). — Für die deutsche Reichsregierung war die Notwendigkeit gegeben, sich gegen die klerikalen Einmischungen in ihre Politik zur Wehr zu setzen. Die Macht und das Ansehen des Deutschen Reiches hatten es erfordert, die Übergriffe der Ultramontanen zurückzuweisen.

Dennoch beklagte sich die „Germania" noch im Jahre 1875 darüber, daß Bismarck Frankreich „mit einer gewissen absichtlichen Feindlichkeit" behandelt habe. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs wegen der Hirtenbriefe habe die Erbitterung des französischen Volkes noch wesentlich gesteigert[55]). Selbstverständlich tadelten die Ultramontanen das Vorgehen Bismarcks in der schärfsten Weise. Der Kanzler müsse doch wissen, „daß die zur Verzweiflung getriebenen, aufs äußerste gebrachten Völker stets die gefährlichsten sind"[56]). Im Gegensatz zur offiziellen Politik der Reichsregierung nahm das Zentrum auch jetzt wieder Partei für die legitime Monarchie in Frankreich. Die Franzosen seien ein „durchaus für die Monarchie geschaffenes Volk"[57]). Und ärgerlich stellte die „Kölnische Volkszeitung" fest, mit dem republikanischen Frankreich ließe sich doch keine Regierung mehr ein[58]). Die „Germania" bemerkte, in Frankreich sei Republik und Kaiserreich gleichbedeutend mit Krieg; den Frieden könne auf die Dauer nur die legitime Monarchie bewahren[59]). „Gleiches lehnt sich an Gleiches an; Monarchien können sich dauernd nur auf Monarchien, Republiken nur auf Republiken stützen; jeder Staat sucht sich mit gleichartigen Staaten zu umgeben."[60]) In Wahrheit glaubten die Ultramontanen auch diesmal wieder, durch die Restauration der legitimen Monarchie in Frankreich Unterstützung für ihre Politik zu finden. Auch hier bewegte sich das Zentrum genau in entgegengesetzter Richtung zur Außenpolitik des Fürsten Bismarck, was seine Wirkung auf die Innenpolitik des Kanzlers nicht verfehlen konnte.

Im Dezember 1874 erregte der Prozeß, den der deutsche Reichskanzler gegen den ehemaligen deutschen Botschafter in Berlin, Grafen von Arnim, wegen „Vergehens wider die öffentliche Ordnung" angestrengt hatte, ungeheures Aufsehen[61]). Bismarck sagte, der Botschafter habe in seiner Stellung nur eine Stufe gesehen, um mit mehr Erfolg am Sturz des Kanzlers zu arbeiten, und um dessen Nachfolger zu werden[62]). So habe er einmal zum Fürsten Bismarck geäußert: „In jedem Vordermann in der Karriere sehe ich einen persönlichen Feind und behandle ihn dementsprechend. Nur darf er es nicht merken, solange er mein Vorgesetzter ist."[63]) Der Zweck des Prozesses war für Bismarck, wie er selbst sagt, die Herausgabe einiger amtlicher Botschaftsakten zu erreichen, die Arnim verweigert hatte[64]). Entscheidend war für den Reichskanzler, daß Arnim versucht hatte, eigene Wege der deutschen Außenpolitik in Paris einzuschlagen. Während Bismarck für Erhaltung der Republik eintrat, hatte der Botschafter versucht, für die Monarchie in Frankreich Partei zu nehmen. Bereits zu Beginn des Jahres 1873 hatte der Kanzler deswegen dem Grafen mitgeteilt, „in seiner

Berichterstattung finde er eine Meinungsverschiedenheit über fundamentale Gegensätze deutscher Politik", worauf Arnim erwiderte, daß eine solche Verschiedenheit der Ansichten nicht existiere. „Wenn der Fürst als nächste politische Aufgabe in Betreff Frankreichs bezeichne, dieses ‚nicht bündnisfähig werden zu lassen', so habe er, Arnim, ‚diesen Zielpunkt gleichfalls immer im Auge gehabt'. Nur hinsichtlich des Weges, der zu diesem Ziel führte, habe er eine Meinung geäußert, die von den Anschauungen des Chefs abweiche."[65]) Bismarck, der die Republik in Frankreich für weniger bündnisfähig hielt, war dagegen, daß sein Botschafter sich mehr in die inneren Angelegenheiten des geschlagenen Frankreichs mischte, als es angebracht schien. Der Gedanke einer klerikalen Konspiration gegen Deutschland unter Führung Frankreichs, der Graf Arnim infolge seiner Parteinahme für die legitime Monarchie nach Ansicht des Reichskanzlers noch Vorschub geleistet hatte, war auch diesmal die eigentliche Triebfeder für Bismarcks Vorgehen. — Auch dem neuen Botschafter in Paris, Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, gegenüber betonte der Kanzler die Notwendigkeit der Erhaltung der Republik in Frankreich[66]). Ebenso lag für ihn die Vertretung der französischen Republik durch den „legitimistischen, ultramontanen Botschafter" Gontaut-Biron wenig im Sinne seiner Politik, dessen Abberufung er deshalb seit dem Frühjahr 1875 betrieb[67]).

Während des Arnim-Prozesses waren einige Depeschen kirchenpolitischen Inhalts zur Verlesung gekommen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch jene Zirkulardepesche der Öffentlichkeit bekannt, die der Reichskanzler am 14. Mai 1872 an sämtliche diplomatischen Vertreter Deutschlands im Auslande gesandt hatte, um ein gemeinsames Vorgehen der Mächte bei einer Papstneuwahl zu verabreden[68]). Dieses Schreiben des Fürsten Bismarck hatte naturgemäß bei den Ultramontanen ein ungeheures Aufsehen erregt. Voller Ingrimm sprach die „Germania" von der „Stoß ins Herz-Depesche", mit der der Kanzler das Papsttum habe treffen wollen[69]). In einer besonderen Kollektiverklärung nahm der deutsche Episkopat im Januar und Februar 1875 dazu Stellung[70]). In dieser Erklärung wurde bestritten, daß durch das Vatikanische Konzil die Stellung des Papstes gegenüber den Mächten eine andere geworden sei. Insbesondere wandte man sich gegen die Behauptung, daß durch das Unfehlbarkeitsdogma die Bischöfe Beamte des Papstes geworden seien. Zum Schluß erhoben die Bischöfe Einspruch gegen den Versuch des Kanzlers, auf die Papstwahl Einfluß zu gewinnen, mit dem Bemerken, „daß über die Gültigkeit der Papstwahl jederzeit nur die Autorität der Kirche zu entscheiden hat, deren Entscheidung jeder Katholik wie in allen Ländern, so auch in Deutschland, rückhaltlos sich unterwerfen wird". Darauf hielt es Pius IX. für angebracht, in einem Breve an den Episkopat in Deutschland, den Bischöfen seine besondere Anerkennung für ihre gemeinsam abgegebene Erklärung auszusprechen[71]). — So blieben die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Kirche nach wie vor gespannt, und es bestand noch keine Aussicht auf eine Besserung dieses Verhältnisses, zumal da bald wieder neue Auseinandersetzungen auch die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich trüben sollten.

c) Die „Krieg in Sicht"-Krise vom Jahre 1875.

Im Frühjahr des Jahres 1875 zog in Europa eine neue außenpolitische Krisis von großer Tragweite herauf. Eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und dem revanchelustigen Frankreich schien unmittelbar bevorzustehen. Neue französische Rüstungen legten die Befürchtung nahe, daß man in Paris den Krieg wolle und mit allen Mitteln vorbereite. Schon im März 1875 erregten große Pferdeeinkäufe für die französische Armee die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung, sodaß man sich genötigt sah, dagegen ein Pferdeausfuhrverbot zu erlassen. Besonderes Mißtrauen mußte es jedoch in Deutschland hervorrufen, als die Franzosen dazu übergingen, ein sogen. Cadresgesetz einzuführen, nach dem es möglich wurde, mit Hilfe eines Kriegsetats von 200—300 Mann für die Kompagnie die aktive Feldarmee um 100 000—150 000 Mann zu vermehren, ohne jedoch die Friedenspräsenz zu erhöhen[72]). Der deutsche Generalstab erblickte darin eine Vorbereitung auf den Krieg um so mehr, als das deutsche Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874, dessen Gültigkeit auf sieben Jahre festgesetzt war, noch die alte im Jahre 1867 auf 1 % der Bevölkerungszahl festgesetzte Friedenspräsenzstärke zugrunde gelegt hatte, ohne den inzwischen eingetretenen Bevölkerungszuwachs von 2 Millionen zu berücksichtigen. Der Reichskanzler erkannte, daß die Rüstungsmaßnahmen der französischen Regierung eine Veränderung in dem Verhältnis der beiden Armeen zur Folge haben mußten. Der Kanzler erblickte darin eine unmittelbare Bedrohung des Friedens durch Frankreich. Es kam hinzu, daß gerade in jenen Tagen neue europäische Konstellationen am politischen Horizont erkennbar wurden, die geeignet waren, noch weitere Konflikte herbeizuführen. Die Gefahr einer klerikalen Verschwörung unter Leitung Frankreichs schien unmittelbar vor der Tür zu stehen, als die Absicht des Kaisers Franz Joseph bekannt wurde, in nächster Zeit mit Viktor Emmanuel von Italien in Venedig zusammenzukommen. Fürst Bismarck erblickte darin eine Bedrohung seiner Politik, da er auch diesmal wieder die Bildung einer Koalition gegen Deutschland auf kurialer Grundlage fürchten zu müssen glaubte.

Ohne Frage machten sich gerade in jenen Monaten die klerikalen Strömungen in Europa wieder außerordentlich stark bemerkbar. In Wien, Paris und Rom waren Kräfte am Werk, die, wären sie zur Macht gekommen, vielleicht eine ungeheure Gefahr für Europa bedeutet hätten. Da sie jedoch in allen Ländern zunächst nur eine Minderheit darstellten, hatten sie keine andere als eine unterirdische Wirkung zur Folge, die immerhin oft stark genug war, eine große Beunruhigung unter den Mächten, vor allem in Deutschland, zu verursachen. In dem Augenblick, als das Gerücht von der bevorstehenden Monarchenzusammenkunft in Venedig auftauchte, wurde es von der gesamten ultramontanen Presse freudig aufgegriffen, um es für ihre Zwecke auszunutzen. So knüpften die klerikalen Kreise in Wien an die Reise des Kaisers nach Venedig sofort die Hoffnung auf Gründung einer katholischen Liga zwischen Österreich, Frankreich und Italien; genau wie jene österreichischen Ultramontanen es begrüßt hätten, wenn Österreich im

Jahre 1870 gegen Deutschland marschiert wäre, so wiederholten sie jetzt wieder ihr „Ceterum censeo Germaniam esse delendam"[73]). Und wenn auch andere Blätter wie die „Wiener Abendpost" diesen Aschauungen entgegentraten, so hatten sie doch ohne Zweifel ihre Wirkungen schon getan[74]). Auch in Paris wurde die Reise des österreichischen Kaisers nach Italien mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet. Im allgemeinen erwartete man dort ebenfalls eine Erkaltung in den Beziehungen zwischen Deutschland einerseits, Italien und Österreich-Ungarn andererseits[75]). Die Pariser Tagespresse war sich darüber ziemlich einig, daß sich die Begegnung in Venedig gegen Deutschland richte, und daß der Anschluß Italiens an Österreich-Ungarn gegen das Deutsche Reich jetzt zur Tatsache werden würde[76]). — In Italien verbreiteten die ultramontanen Blätter ebenfalls das Gerücht von einer im Entstehen begriffenen katholischen Liga. Die „Capitale" behauptete bereits, die Basis einer österreichisch-französisch-italienischen Allianz sei schon fixiert, und der Vatikan werde alsbald seinen Widerstand gegen Deutschland mit Hilfe der italienischen Regierung bis zum äußersten treiben. Der Artikel der „Capitale" schloß mit den Worten: „Heute denkt das Ministerium, sich mit dem Vatikan auszusöhnen; der Vatikan fordert die Erhebung gegen Deutschland, und die Regierung macht die österreichisch-französisch-italienische Allianz."[77]) Man war sich in den klerikalen Kreisen also durchaus darüber einig, daß die Monarchenbegegnung in Venedig ihre Spitze nur gegen Deutschland richten könne, und man tat alles, um dieser Meinung auch in der Öffentlichkeit Boden zu bereiten.

Aber auch die deutsche ultramontane Presse legte sich wie gewöhnlich wenig Mäßigung auf und ließ ihren Ansichten freien Lauf. So erklärte am 1. April 1875 die „Augsburger Postzeitung", es könne auf die Dauer nicht die Aufgabe der beiden katholischen Mächte sein, „den Herren an der Spree zum Stützpunkt ihrer aggressiven Tendenzen zu dienen". „Wenn es aber jeder einzelnen Macht schwer fallen mag, sich der preußischen Zumutungen zu erwehren, so wird ein Verständnis über die einzuschlagenden Wege und zu erreichenden Ziele den Widerstand wesentlich erleichtern." Besonders sei die Tatsache, daß Graf Andrassy seinen Kaiser begleite, nicht dazu angetan, „jeden politischen Hintergrund der Entrevue als Fabel erscheinen zu lassen"[78]). Und wenige Tage danach schrieb dasselbe Blatt, es dürfte in Venedig wohl eine Verabredung über die einzuschlagende Haltung stattfinden, die Österreich und Italien in dem Streit zwischen der Kurie und der deutschen Regierung einnehmen würden. Von Österreich habe ja Italien jetzt nichts mehr zu fürchten, ebensowenig wie von der französischen Republik, solange diese konservativ sei; so könne die italienische Regierung tun, was sie wolle. Freudig ruft das bayrische Zentrumsblatt deshalb aus: „Die Reise des österreichischen Kaisers ist eine Niederlage Preußens."[79]) Auch die „Kölnische Volkszeitung" war der Ansicht, daß Gegenstand der Besprechungen in Venedig die Haltung der beiden Mächte zum Kulturkampf in Deutschland sein werde[80]). Auffallend ist die Wandlung in der Beurteilung Italiens seitens der Zentrumspresse. Während man noch vor einigen Jahren den italienischen Staat mit den schimpflichsten Ausdrücken und Beleidigungen belegt hatte, tritt jetzt hierin eine erhebliche Änderung

ein. So bemerkte die „Kölnische Volkszeitung", die sich auch für die italienisch-französisch-österreichische Koalition begeisterte, in zynischem Ton, daß „unter diesen Verhältnissen" die italienische Regierung kein „Bedürfnis nach der Freundschaft des Berliner Kabinetts" mehr habe, und daß man nunmehr den Papst als Oberhaupt der Kirche „freiwalten" lassen wolle[81]). Mit Entrüstung weist das rheinische Zentrumsblatt daher die Behauptung der „Neuen Freien Presse" in Wien zurück, die „der Welt allen Ernstes einreden" wolle, Kaiser Franz Joseph sei gleichsam als Delegierter Bismarcks nach Venedig gefahren, um „Italien in das Dreikaiserbündnis hineinzuziehen"[82]). Welche Hoffnungen das Zentrum auf die neue italienische Politik setzt, beweist die Tatsache, daß die Ultramontanen jetzt auf einmal sogar ihre Sympathien für die „nationale Einheit und Unabhängigkeit" des italienischen Volkes entdecken. Die „Kölnische Volkszeitung" stellte fest, die Italiener seien „noch immer gut katholisch", und der eigentliche Feind des Papstes sei eben nur die revolutionär-republikanische Partei, auf die man jetzt alle Schuld abzuwälzen suchte[83]). Dem Gedanken einer katholischen Liga zwischen Frankreich, Italien und Österreich standen also auch die deutschen Ultramontanen durchaus wohlwollend gegenüber; gingen sie doch sogar soweit, ihr zuliebe ihre bisher feindselige Haltung dem jungen Königreich Italien gegenüber aufzugeben, dem sie allerdings nur solange feindlich waren, als die Möglichkeit bestand, daß Italien der Verbündete der amtlichen deutschen Politik hätte sein können. Im Augenblick aber, wo diese Schranke für das Zentrum gefallen zu sein schien, war man auch bereit, sich für den Staat des „König-Ehrenmann" zu begeistern[84]).

Obwohl die Monarchenzusammenkunft, die vom 5.—7. April stattfand, in ihrem Verlauf wesentlich harmloser war, als man es in der ultramontanen Presse wahr haben wollte, zumal man tatsächlich nur eine Wiederherstellung des guten Einvernehmens zwischen Wien und Rom damit erreichen wollte[85]), mußte Bismarck infolge der von klerikaler Seite verbreiteten Gerüchte durchaus in Sorge vor einem deutschfeindlichen Komplott sein. Adalbert Wahl hat darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler im Frühjahr 1875 wieder die Gefahr einer „katholischen Verschwörung" fürchtete[86]). Damals erschienen in der Presse zwei Artikel, die als offiziös betrachtet wurden[87]). Der Kanzler hatte sie zwar nicht veranlaßt, aber sie erschienen ihm geeignet, auch dem Ausland gegenüber den Standpunkt der deutschen Regierung deutlich zu machen. Der erste Artikel war am 5. April in der „Kölnischen Zeitung" als Wiener Brief unter dem Titel „Neue Allianzen" erschienen. Darin hieß es, daß, obwohl Andrassy der Leiter der österreichischen Politik sei, in Österreich eine Partei bestehe, die auf ein Revanchebündnis mit Frankreich abzele. Auch die Kaiserreise nach Venedig habe nur einen Zweck, nämlich ein Bündnis mit Frankreich und Italien gegen Deutschland in die Wege zu leiten. Der zweite Artikel erschien am 8. April in der „Post" mit der Überschrift „Ist der Krieg in Sicht?" und behandelte die französischen Rüstungen sowie das Streben der Franzosen nach einer Tripleallianz, das gelegentlich des Monarchentreffens in Venedig besonders deutlich geworden war. Hinauszuschieben sei der Krieg am ehesten durch einen Sieg der republikanischen Partei bei den nächsten

Wahlen zur französischen Kammer. „Der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolken sich zerstreuen."[88]) Am 10. April brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" noch einen Artikel, der sich mit den beiden anderen aus der „Kölnischen Zeitung" und der „Post" auseinandersetzte, indem sie bemerkte, daß der „Seitenblick auf Österreich-Ungarn und Italien" nicht der wahren Sachlage entspreche. Daß es in beiden Ländern eine päpstliche Partei gäbe, sei zwar richtig; aber der Einfluß dieser Richtung sei nicht stark genug, um dem guten Einvernehmen der Regierungen von Österreich und Italien Eintrag zu tun[89]), worauf die „Staatsbürgerzeitung" entgegnete, daß der Einwand der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nur solange gelte, wie Graf Andrassy Ministerpräsident in Österreich-Ungarn sei[90]). Auch das „Berliner Tageblatt" stellte fest, daß die Situation eine „kriegerische Färbung" anzunehmen drohe. Die Bildung einer katholischen Liga sei im Gange, an deren Spitze der „hundertarmige Papst" Frankreich, Österreich und Italien in einen Krieg gegen Deutschland hetzen werde[91]). Die Preußischen Jahrbücher bemerkten noch in Bezug auf Italien, man lasse „nach alter savoyischer Tradition" eine Allianz im Stich, „wenn sie hinreichend ausgebeutet ist"[92]). — Die Kaiserreise nach Venedig wurde also in Berlin durchaus nach den Gerüchten beurteilt, die insbesondere die ultramontane Presse daran geknüpft hatte. Auch die Regierung verfolgte die Ereignisse mit großer Besorgnis. Die beabsichtigte Reise Kaiser Wilhelms I. nach Italen wurde sogar abgesagt und verschoben, als man von der Monarchenbegegnung in Venedig erfuhr[93]).

Immerhin war durch jene Alarmnachrichten aus Berlin erreicht worden, daß die Pariser Presse sich wieder an einen etwas gemäßigteren Ton gewöhnen mußte. Hatte doch der größte Teil der französischen Zeitungen bis zu dem Augenblick, wo die „Post" ihren Artikel schrieb, fast täglich wiederholt, daß es Pflicht einer jeden französischen Regierung sei, den Revanchekrieg gegen Deutschland vorzubereiten[94]). Namentlich der „Moniteur" betonte jetzt in seiner Beantwortung des Artikels der „Post", daß die Nationalversammlung in Frankreich durchaus der Ansicht sei, daß der Frieden erhalten werden müsse[95]). Auch sei die Reorganisation der französischen Armee gar nicht derartig, daß sie den Frieden gefährden könnte[96]). — So war inzwischen wieder eine gewisse Beruhigung eingetreten, und die Krisis schien zum Stillstand gekommen zu sein.

Aber bald ereigneten sich wieder neue Vorfälle, die abermals eine Erhöhung der politischen Spannung zur Folge hatten. Am 21. April hatte der französische Botschafter eine Unterredung mit Herrn von Radowitz, der als Vortragender Rat im Auswärtigen Amt tätig war. Im Verlauf des Gesprächs hatte Radowitz eine Äußerung getan, die geeignet war, die Politik der deutschen Regierung zu kompromittieren[97]). Diese unvorsichtige Redewendung wurde von dem französischen Botschafter sofort aufgegriffen und dem Herzog von Decazes nach Paris übermittelt[98]), was für diesen ein günstiger Vorwand war, die Hilfe der Mächte anzurufen. Hinzukam, daß einige Tage später, am 30. April, auch Moltke zum belgischen Gesandten, Baron Nothomb, gesagt hatte: „Wir dürfen nicht warten, bis Frankreich fertig ist, und es ist unsere Pflicht, ihm zuvorzukommen."[99]) Diese Äuße-

rung des Chefs der deutschen Armee, die ohne Kenntnis Bismarcks getan war, und die eigentlich die amtliche Befugnis Moltkes schon überschritt, mußte natürlich gefährlich erscheinen. Am 5. Mai sprach überdies der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, beim Herzog von Decazes vor, um ihm klar zu machen, daß die französischen Rüstungen schließlich zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich führen müßten[100]). Eine Forderung nach Rüstungsbeschränkung ist bei dieser Gelegenheit von der deutschen Regierung nicht gestellt worden[101]). Der Herzog von Decazes stellte sich jedoch, als hätte Bismarck ultimativ eine Rüstungsbeschränkung gefordert und wandte sich an die übrigen Großmächte. Einen besonderen Erfolg hatte er damit in London, wo man der Überzeugung war, daß Deutschland einen Präventivkrieg führen wolle. Am 6. Mai erschien bereits in der „Times" ein Artikel, der auf den Herzog von Decazes zurückging, und in dem gegen die deutsche Kriegspartei der Vorwurf erhoben wurde, auf den Krieg hinzuarbeiten und den Frieden Europas zu stören[102]). Deshalb glaubte die Königin Viktoria Veranlassung zu haben, den Zaren Alexander durch einen persönlichen Brief für einen diplomatischen Schritt in Berlin zu gewinnen. Außerdem entschloß sich das englische Kabinett, durch eine Zirkulardepesche, die am 8. Mai nach Petersburg, Wien und Rom abging, die Großmächte zu einer gemeinsamen diplomatischen Aktion in Berlin zu veranlassen[103]). Der englische Botschafter, Lord Odo Russel, war zudem angewiesen worden, in Berlin die Vermittlung Englands angesichts der deutsch-französischen Spannung anzubieten, was jedoch von Bismarck kurzweg abgelehnt wurde[104]). In Wien und Rom war England ebenfalls auf Ablehnung gestoßen, da die Regierungen nicht bereit waren, sich an dem Kollektivschritt in Berlin zu beteiligen. Nur der russische Kaiser benutzte die Gelegenheit eines Besuches in Berlin, um mit dem Fürsten Gortschakow zusammen den Friedensengel zu spielen[105]). Bismarck sagt, diese Rolle, die besonders geeignet war, Gortschakows Selbstgefühl zu befriedigen, sei von Gontaut-Biron in Berlin vorbereitet worden[106]). Aber sowohl der Zar wie auch Gortschakow mußten bald einsehen, daß sie in Berlin nichts mehr zu tun vorfanden. Dennoch hielt es der russische Staatsmann für notwendig, bei seiner Abfahrt von Berlin am 13. Mai eine Zirkulardepesche an die Mächte ergehen zu lassen, in der es hieß: „Le maintien de la paix est assuré."[107]) Er erweckte damit den Eindruck, als wäre der Frieden nur durch russischen Einspruch wiederhergestellt worden. Bismarck war über dieses Verhalten Gortschakows sehr erzürnt und machte ihm deshalb große Vorwürfe. Der Kanzler beschwerte sich überdies hierüber beim Zaren Alexander, der ihm den Rat gab, diese vanité sénile seines Ministers nicht zu ernst zu nehmen[108]).

Kaiser Wilhelm war von all den Ereignissen fast unberührt geblieben. Er wollte von dem Präventivkrieg, den der Generalstab befürwortete, nichts wissen[109]). Auch Bismarck hat nach seiner eigenen Aussage damals ein Krieg völlig ferngelegen[110]). Für Bismarck lag es allein daran, eine Einwirkung auf die französischen Rütsungen zu erreichen[111]). Obwohl ein Gegner des Präventivkrieges, mußte der Kanzler doch den Feind fühlen lassen, daß er bereit war, sich im äußersten Fall der Revanchepolitik Frankreichs ent-

gegenzustellen. Deshalb machte er durchaus von „den Methoden der Einschüchterung" Gebrauch, soweit dies ihm erforderlich schien, um den Frieden aufrecht zu erhalten"[112]). Schließlich verzog sich die Wolke der deutsch-französischen Spannung so, wie sie gekommen war. Eine neue Klarheit unter den großmächtlichen Beziehungen in Europa war das Ergebnis. Bald sollte aber eine neue Krisis — diesmal vom Orient her — Europa abermals in Spannung versetzen.

Auch der Alarm von 1875 war nicht zuletzt hervorgerufen durch Gerüchte und Machinationen, die von ultramontaner Seite ins Werk gesetzt waren. Bismarck mußte sich hier wieder zur Wehr setzen, um zu verhindern, daß die Pläne, die von klerikaler Seite gegen das Deutsche Reich geschmiedet wurden, Wirklichkeit würden[113]).

V. Das Zentrum und die orientalische Frage.

a) Der Ausbruch der Balkanwirren im Jahre 1875/76.

Im Krisenjahr 1875 brach auch auf dem Balkan ein Brand aus, der von neuem die Mächte vor schwere Entscheidungen stellen sollte. Die christlichen Völker in der Herzegowina und in Bosnien hatten sich gegen ihre türkischen Machthaber erhoben. Die europäischen Mächte waren wieder einmal gezwungen, zu den durch die Balkanwirren aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen[1]). Was Deutschlands Haltung anbetraf, so hatte Bismarck stets den Standpunkt vertreten, daß das Reich an den orientalischen Dingen absolut uninteressiert sei. Die deutsche Regierung trat für Erhaltung des status quo auf dem Balkan ein, und Bismarck ließ keinen Zweifel daran, daß es für Deutschland in erster Linie auf die Aufrechterhaltung des Friedens ankäme, und daß deshalb für das Reich die Freundschaft mit England ebenso wichtig sei wie mit Österreich und Rußland; ja der Kanzler war sogar bereit, die englische Orientpolitik zu unterstützen, um Britannien für die deutsche Friedenspolitik zu gewinnen[2]). Im Mai 1876, als die Dreibundmächte auf einer Ministerkonferenz zu Berlin sich in einem Memorandum über ihr gemeinsames Vorgehen in der orientalischen Frage geeinigt hatten, ließ Bismarck nochmals die englische Regierung wissen, daß Deutschland eine Verständigung mit England in den Balkanfragen besonders begrüßen würde; der Kanzler versuchte, sich dadurch auch gegen seine Verbündeten, gegen Rußland und Österreich, zu sichern, zwischen denen er eine Einigung gegen das Deutsche Reich immerhin für möglich hielt[3]). Bereits am 3. Juli, noch ehe die Regierung Englands sich offiziell geäußert hatte, wußte die „Kölnische Volkszeitung" zu melden, daß die britische Regierung nicht länger gewillt sei, „den Dreikaiserbund als eine Vormacht Europas zu respektieren und sich dessen Beschlüsse aufdrängen zu lassen"[4]). Dem Lenker der deutschen Politik kam es jedoch im wesentlichen darauf an, ausgleichend zwischen allen europäischen Mächten zu wirken, um neuen Konflikten vorzubeugen, in die das Deutsche Reich hätte hineingezogen werden können. Die Erhaltung des Friedens in Europa war daher die einzige Auf-

gabe, die Bismarck während der ganzen orientalischen Krise der deutschen Außenpolitik gestellt hatte.

Diese Friedenspolitik des Kanzlers, der die unbedingte Neutralität des Reiches in Balkanfragen vertrat, wurde von den Ultramontanen aufs schärfste bekämpft. Die Kritik des Zentrums richtete sich genau wie in den Tagen der Dreikaiserzusammenkunft gegen ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland. Voller Empörung schrieb die „Germania" im Mai 1876, Rußland und Deutschland geböten jetzt allein über Krieg und Frieden in Europa. Aber die preußische Politik der letzten 10 Jahre habe „die Machtverhältnisse, auf welchen der europäische Frieden beruhte, vollständig über den Haufen geworfen". Mit Bedauern fügt das Blatt hinzu, Frankreich sei derart niedergeworfen, daß es vorläufig „aus dem europäischen Konzerte" ausgeschieden sei[5]). Auch das Dreikaiserverhältnis stieß auf die einmütige Ablehnung der Ultramontanen. Darauf sei „nicht das geringste Gewicht zu legen", lautete kurz das Urteil der Zentrumspresse[6]). Es sei erwiesen, erklärten die „Historisch-Politischen Blätter" im Juni 1876, daß die „Nordische Allianz" nun ernstlich in Frage gestellt sei; jedenfalls sei es jetzt klar, daß sie den Ruhm, „die sicherste Garantie des Weltfriedens zu sein, in der Richtung auf den Orient nicht verdient hat"[7]). Aber die ultramontanen Blätter begnügten sich nicht nur damit, Rußland und das Dreikaiserverhältnis von ihrem Parteistandpunkt aus zu befehden, sondern gingen in ihrer Opposition sogar soweit, daß sie auch jetzt wieder die übrigen europäischen Mächte, namentlich England, offen aufforderten, sich gegen den Bund der drei Kaiser zur Wehr zu setzen. Die Frucht der Jahre 1866 und 1870 sei eben zu voller Reife gelangt, bemerkte die „Augsburger Postzeitung": „Weder Frankreich noch Österreich, noch Großbritannien allein oder selbst im engsten Bündnis wären imstande, den beiden Kolossalstaaten die Bahnen ihrer Bewegung zuzuweisen." Österreich sei überhaupt nur ein „Spielball" in der Hand der übrigen Mächte. „Um die Freiheit des Welttteils ist es geschehen, das neue Völkerrecht wird in den Kabinetten von Berlin und St. Petersburg gemacht, am Leben bleiben darf, was sich in den Rahmen der Politik der verbündeten beiden Kaiserreiche einfügt. Europa hat — immer wieder mit Ausnahme Englands — bei den Herren von Bismarck und Gortschakow zu Lehen zu gehen."[8]) Ganz besondere Hoffnungen setzten die Klerikalen dabei auf den russisch-englischen Gegensatz, dessen baldigen Austrag man erwartete. Bei jeder Koalition gegen das Zarenreich müsse Großbritannien an der Spitze stehen. Unverhohlen gaben auch die „Historisch-Politischen Blätter" ihrer Freude Ausdruck, über die englische Ablehnung des zwischen den Mächten des Dreikaiserbundes vereinbarten Memorandums, das „rund und nett" abgewiesen worden sei; da hätte es einen Augenblick scheinen können, als sei „der britische Löwe erwacht", um seine Führerrolle in Europa zu übernehmen[9]). Aber nicht nur England wurde von den Ultramontanen zum Kampf gegen den Dreikaiserverband aufgerufen, sondern auch Frankreich. Überhaupt könne nur „die einmütigste und vollste Entschlossenheit Großbritanniens und Frankreichs" an der Situation etwas ändern. Aber Frankreichs Isolierung sei ja solange besiegelt, wie „die Intimität zwischen Spree und Newa" Bestand habe[10]). —

Um die außenpolitischen Maßnahmen der deutschen Regierung in Mißkredit zu bringen, unterließ die ultramontane Presse es nicht, das Reich wieder einmal in den Verdacht größerer Eroberungsabsichten zu bringen. Deutschland werde von den übrigen Nationen und Staaten Europas als „beständige Kriegsdrohung" betrachtet, äußerte die „Germania". „Jeder neue Machtzuwachs, jede neue Erwerbung, mag es Holland, Belgien oder eine französische Provinz oder gar Deutsch-Österreich sein, würde den Grund zu einem Weltreich legen, durch welches jede unabhängige staatliche Existenz bedroht wäre."[11]) Kriegerische Intentionen würden, so meinte das Berliner Zentrumsorgan, nur dem neuen Deutschen Reiche zugetraut, dessen „urplötzliches Heranwachsen" und dessen „eigentümliche Gestaltung" dem Ausland wie ein Abenteuer erscheinen[12]).

In dem Machtstreit zwischen dem Zaren und dem Sultan nahmen die Ultramontanen mehr die Partei für die Türkei als für Rußland. „So sehr wir als Bekenner des Kreuzes wünschen müssen, daß endlich der Halbmond von der Hagia Sofia verschwindet, ebensosehr, ja noch mehr müssen wir vor dem schismatischen Doppelkreuze auf der Hut sein", erklärte die „Augsburger Postzeitung"[13]). Auch die „Germania" war der Ansicht, daß das „sich christlich nennende" Rußland kaum einen Vorzug vor der Türkei verdiene[14]). Deshalb trat das Zentrum für die Erhaltung des türkischen Reiches ein und protestierte scharf gegen die Gründung einer oder mehrerer slawischer Staaten auf dem Balkan[15]). An der Spitze dieses Reiches sollte jedoch nach Wunsch der „Historisch-Politischen Blätter" in Zukunft ein christlicher Fürst „unter allgemeinen Protektion und Kontrolle der europäischen Mächte" stehen[16]). Nur dann hätte das Vorgehen der europäischen Diplomatie einen Sinn, wenn das osmanische Haus zur Abdankung gezwungen und ein abendländischer Fürst auf den Thron gebracht werden würde[17]). — An Stelle einer deutschen Nationalpolitik, für die man im Zentrum nicht allzuviel Verständnis hatte, erhoben die Ultramontanen die Forderung nach einer „christlichen Politik". Eine solche Politik habe bei einer etwaigen Beseitigung des Sultanats in Konstantinopel nach Meinung der „Germania" es als ihre vornehmste Aufgabe anzusehen, daß die „Mutterkirche" auch im Orient in ihr Recht wieder eingesetzt werde. Danach sollte in Palästina ein christliches Regiment eingesetzt, und an Stelle des türkschen Reiches sollte nach Ansicht der Klerikalen das alte griechische Kaisertum wiederhergestellt werden[18]). Das Zentrum empfahl dem Deutschen Reiche also nicht mehr und nicht weniger als die Wiederaufnahme der alten mittelalterlichen Kreuzzugspolitik. Die Kreuzzüge seien „die Erfüllung einer wohlerkannten Pflicht", schrieb der „Germania". „Wäre eine solche Vogtei über Christenheit und Kirche, wie die Kaiser sie zu üben, sich zur höchsten Ehre schätzten, noch vorhanden, . . . so würde . . . die Türkenherrschaft bald beseitigt sein."[19]) — In den alten mittelalterlichen Heerfahrten nach dem Süden, als das Kaisertum noch den Dienst an der Kirche als seine Hauptaufgabe betrachtete, sahen die Zentrumspolitiker das Ideal erfüllt, das sie in der Gegenwart nicht zu erreichen vermochten. „Begeisterung für die edelste Sache, Selbstlosigkeit und Hingabe feierten in den Kreuzzügen ihre herrlichsten Triumphe", hieß es in der ultramontanen

Presse[20]). Deshalb war die Wiederkehr einer Epoche, wo die Völker noch „das Schiedsrichteramt des Papstes" und „die Schirmvogtei eines Kaisers" anerkannten, das eigentliche Ziel der ultramontanen Wünsche[21]).

Inzwischen hatten die Serben und die Montenegriner im Juli 1876 sich gegen die Türkei erhoben. Rußland und Österreich waren am 8. Juli zu Reichstadt zusammengekommen, um sich auf ein gemeinsames Vorgehen im Orient zu einigen. Falls die Balkanstaaten eine Niederlage davontrügen, kam man überein, für den Bestand von Serbien und Montenegro einzutreten. Wenn aber die Türkei zusammenbrechen sollte, wurde verabredet, daß die Donaumündungen an Rußland, Bosnien und die Herzegowina an Österreich-Ungarn kommen sollten. Bismarck, der auch jetzt wieder eine zu enge Verbindung zwischen Österreich und Rußland fürchtete, die sich leicht gegen Deutschland auswirken könnte, versuchte abermals Fühlung mit England zu bekommen. — Unterdessen hatten die Türken nicht nur gegen die Angriffe der Balkanvölker sich behauptet, sondern waren im Juli 1876 sogar siegreich gegen Serbien vorgedrungen. Damit war Rußland vor die Notwendigkeit gestellt, in den Krieg auf dem Balkan einzugreifen. Eine Auseinandersetzung mit der Türkei erschien der russischen Politik aber nur dann möglich, wenn eine entsprechende europäische Sicherung vorhanden wäre. So versuchte Rußland, die Hilfe Deutschlands für sein Balkanunternehmen zu gewinnen. In dieser Absicht unternahm die russische Diplomatie mehrere Versuche, um eine tatkräftige Unterstützung von der deutschen Regierung für ihre Balkanpolitik zu erlangen. „Und so beginnt eine Reihe von Aktionen, in denen immer dringlicher die Gewissensfrage in Berlin gestellt wurde: eine Welle des russischen Forderns nach der anderen, immer höher ansteigend, immer sichtbarer über den Kopf des Reichskanzlers hinweg auf die persönlichen Empfindungen des alten Kaisers zielend, drohte das Programm Bismarcks, die deutsche Mittlerstellung in der Hinterhand, zu überfluten: von dem Monarchen gedachten der Zar und Gortschakow zu erlangen, was die deutsche Staatsraison, so wie Bismarck sie vertrat, ihnen versagte."[22])

Am 6. August leitete Gortschakow diese Politik mit einem Antrag ein, den er bei der deutschen Regierung vorbrachte. Danach sollte Deutschland den Zusammentritt einer Konferenz der sechs Großmächte veranlassen. Bismarck sah sich genötigt, Rußland eine Absage zu erteilen, da er das Reich damals nicht in eine unangenehme Schiedsrichterrolle bringen lassen wollte[23]). Da der Kanzler diesen Entschluß dem Zaren möglichst schonend beibringen wollte, ließ er den Feldmarschall von Manteuffel durch den Kaiser nach Warschau zu den russischen Manövern entsenden, um dem Kaiser von Rußland die Mission überbringen zu lassen. Das dem Zaren von Manteuffel überreichte Schreiben schloß mit dem Satze: „Le souvenir de votre attitude pour moi et pour mon pays depuis 1864 jusqu'en 1870/71 guidera ma politique vis-à-vis de la Russie quoi qu'il arrive."[24]) Dazu kam, daß die Art, wie Manteuffel sich seines Auftrages entledigte, in Warschau wohl einen übertriebenen Eindruck von der Hilfsbereitschaft Deutschlands gegenüber dem Zarenreich hervorgerufen hatte, so daß die Russen dies als eine Ermutigung zum Türkenkrieg auslegten[25]). Deshalb ließ Gortscha-

kow am 14. September in Berlin anfragen, wie sich Deutschland verhalten würde, wenn Rußland gezwungen wäre, selbständig im Orient vorzugehen, und welche diplomatischen Schritte Bismarck zu tun gedenke, wenn er Bedenken hätte, eine Konferenz einzuberufen. Darauf ließ der Reichskanzler dem Großfürsten Nikolaus eine Erklärung durch Kaiser Wilhelm zugehen, in der es hieß, daß Rußland bei einem Kriege gegen die Türkei auf die wohlwollende Neutralität des Deutschen Reiches fest rechnen könne, und daß die deutsche Regierung bemüht sein werde, die übrigen europäischen Mächte mit dem Vorgehen Rußlands zu befreunden. Gortschakow jedoch wollte sich mit dieser Erklärung nicht begnügen. So ließ die russische Regierung am 1. Oktober durch den deutschen Militärbevollmächtigten in Petersburg, General von Werder, in Berlin anfragen, wie sich Deutschland in einem österreichisch-russischen Krieg verhalten würde[26]). Bismarck war über diese Frage außerordentlich erregt. Zudem tadelte er das Verfahren der Russen, die den deutschen Militärbevollmächtigten in Petersburg als Organ benutzten, „um uns jene Doktorfrage vorzulegen"[27]). Rußland verlangte danach eine Erklärung von Deutschland, daß es bereit wäre, Österreich-Ugarn im Falle eines Krieges mit Rußland notfalls preiszugeben. Fürst Bismarck, dem es darauf ankam, einen solchen Krieg unter allen Umständen zu vermeiden, war es unmöglich, sich so fest und bedingungslos an Rußland zu binden. Die Folge davon wäre ohne Zweifel gewesen, daß in Österreich die damals noch lebendigen Revanchestimmen gegen Deutschland sofort die Oberhand bekommen hätten, und nach dem Sturz Andrassys sich eine österreichisch-französische Koalition auf klerikaler Basis gebildet hätte, der sich vielleicht auch England als Gegner Rußlands angeschlossen hätte. So war die Antwort auf die russische Frage in der Tat für Deutschland eine außerordentlich schwere Entscheidung. Der Reichskanzler antwortete jedoch erst, als Kaiser Alexander noch einmal die Anfrage durch den russischen Botschafter in Berlin stellen ließ[28]). Durch den Botschafter v. Schweinitz ließ Bismarck alsdann in Petersburg die deutsche Note übermitteln, die im Grunde trotz ihrer vorsichtigen Formulierung eine Ablehnung der russischen Wünsche darstellte. Der Reichskanzler betonte in seiner Instruktion für den deutschen Botschafter in Petersburg als erstes die Notwendigkeit, „die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Wenn dies zu unserem Schmerze zwischen Rußland und Österreich nicht möglich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet oder geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet werde"[29]). Als Schweinitz im Auftrage Bismarcks die Möglichkeit einer russischen Garantie Elsaß-Lothringens anschnitt, ließ Gortschakow sich nicht weiter darauf ein. In Petersburg war man über die Erklärung der deutschen Regierung unbefriedigt[30]). Man empfand diese Antwort als eine Option Deutschlands für Österreich-Ungarn, obwohl Bismarck durchaus daran gelegen war, die Freundschaft mit Rußland aufrecht zu erhalten. Bismarck

wollte einen Krieg zwischen Rußland und der Türkei lokalisieren, falls er zum Ausbruch käme. So hatte es der Kanzler in einer Rede vor dem Vorstand des deutschen Reichstages am 1. Dezember 1876 hervorgehoben. „Nur wenn Österreich eine ‚lebensgefährliche Verwundung' erhalten solle, könne der Moment eintreten, in welchem Deutschland aus seiner Neutralität heraustreten müsse."[31]) — Bismarck hatte damals den neuen Weg seiner Politik bekannt gegeben, den er in Zukunft zu beschreiten gedachte. Eine bedeutsame Wendung bahnte sich damit an, die für Deutschland noch von großer Bedeutung werden sollte.

Obwohl der Kanzler also jede einseitige Festlegung auf Rußland abgelehnt hatte, war das Zentrum mit Bismarcks Antwort nicht einverstanden. Die „Historisch-Politischen Blätter" warfen der deutschen Regierung vor, sie habe eine Entscheidung getroffen, welche „die Hoffnungen vieler enttäuscht und den nationalen Stolz nicht weniger an einer empfindlichen Stelle getroffen" habe. Mit Bedauern stellten die „Historisch-Politischen Blätter" fest, daß Deutschland nur dann in die orientalischen Wirren eingreifen wolle, wenn aus der Balkankrise eine österreichische Frage werden würde[32]). Ein aktives Eingreifen der deutschen Politik auf dem Balkan hätte demnach im Sinne der klerikalen Wünsche gelegen. Auch Windthorst hatte am 3. November im Reichstag gesagt, Deutschland habe ein unmittelbares Interesse daran, „daß die Donau nicht in Hände kommt, welche eine schärfere Benachteiligung deutscher Interessen herbeiführen könnten, als die schwache Türkei das vermag"[33]). Zu einer längeren Aussprache über die Balkankrisis kam es am 6. November im Reichstag[34]). Der Zentrumsabgeordnete Dr. Jörg bezeichnete die orientalische Frage als „die wichtigste Frage des Jahrhunderts". Nach einigen Ausführungen über den Islam betonte er die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens der europäischen Mächte auf dem Balkan. Er wandte sich scharf gegen jede Zertrümmerung des türkischen Reiches, für dessen Erhaltung er sich mit Nachdruck einsetzte; an die Spitze der Türkei sollte nach seiner Meinung in Zukunft ein „europäischer Vertragsfürst" gesetzt werden, der das Land anstelle der alten Dynastie regieren solle. Auf die österreichische Frage eingehend, sagte Jörg: „Wenn das Deutsche Reich begierig ist, früher oder später die 8 oder 10 Millionen Österreicher zu uns hereinzuholen, . . . um dann die kolossale slawische Weltmacht unmittelbar an seinen Grenzen zu haben, bis an das Adriatische Meer — dann ist die preußisch- oder deutsch-russische Allianz, dann ist sie der rechte Weg zum Ziel." Diese Worte zeigen abermals, daß das Zentrum eine Annexion Deutsch-Österreichs als durchaus im Bereiche der Möglichkeiten liegend ansah. Hatten doch auch die „Historisch-Politischen Blätter" denselben Gedanken schon öfter zum Ausdruck gebracht, was die Ultramontanen in Wien jedoch ihnen außerordentlich übel genommen hatten[35]). Bismarck sah sich deshalb veranlaßt, sich ausdrücklich von den Worten Jörgs zu distanzieren, indem er einige Wochen darauf in Bezug auf die Rede des bayerischen Zentrumsabgeordneten erklärte, „Deutschland wolle und könne keine Gebietserweiterung auf Kosten des Kaiserstaates machen"[36]). — Dr. Jörg hatte zum Schluß seiner Ausführungen genau wie in seiner Rede im Jahre 1874 die

russische Freundschaft einer Kritik unterzogen. Dabei mußten einige alte partikularistische Erinnerungen aus der Zeit, da Bayern noch ein souveräner Staat war, dazu dienen, um das Eigenleben der süddeutschen Staaten, die an die Donau grenzen, auf außenpolitischem Gebiet unter Beweis zu stellen. „Wundern Sie sich nicht", sagte Jörg, „wenn man bei uns in Süddeutschland die Wellen dieses Flusses betrachtet, wie sie stromabwärts fließen und die Gewißheit haben muß, daß sie demnächst dem russischen Machtbereich zufließen werden."[37]) Windthorst warf schließlich noch in die Debatte ein, er könne sich zwar zu „dieser Höhe des Vertrauens nicht versteigen", wie es von anderen Parteien der Außenpolitik des Reichskanzlers entgegengebracht werde. Aber er könne sich über das gute Verhältnis Deutschlands zum Zarenreich „nur herzlich freuen", und er wolle nichts sagen, „was irgendwie verletzend für Rußland sein könnte". Auch diesmal hatte Windthorst mit größerer Vorsicht als sein Fraktionskollege aus Bayern den Standpunkt des Zentrums zur Außenpolitik des Kanzlers dargelegt.

In der Reichstagssitzung vom 5. Dezember nahm Bismarck noch einmal Stellung zur außenpolitischen Lage[38]). Der Kanzler betonte, daß das Dreikaiserbündnis auch heute noch seinen Namen verdiene. An den Balkanfragen jedoch sei Deutschland völlig unbeteiligt. Bismarck fügte noch einmal hinzu, er würde alles daransetzen, um einen Krieg zwischen Rußland und der Türkei zu lokalisieren, denn die orientalische Frage wäre nicht „die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert". Windthorst ergriff die Gelegenheit, um nochmals darauf hinzuweisen, daß wir „direkte Interessen an der unteren Donau" hätten[39]). Er beleuchtete die Situation gewissermaßen vom großdeutschen Standpunkt, als er hervorhob, wir könnten es unmöglich mit ansehen, wenn an der Donau „ein Kreis rein slavischer Bevölkerungen und Staaten unter russischem Schutze uns umgebe". Windthorst äußerte sogar seine Befriedigung darüber, daß das Dreikaiserverhältnis noch bestehe: „Solange wir das Dreikaiserbündnis haben, sehe ich wenig Gefahr, und ich habe die Überzeugung, daß dann auch die Interessen Österreichs und mit diesen die von Deutschland gewahrt werden." Ein wesentlich versöhnlicherer Ton sprach aus diesen Worten, als man es bisher von den Ultramontanen gewöhnt war. Ohne Zweifel hatte die Wendung in großdeutscher Richtung, die Bismarck in den letzten Wochen eingeschlagen hatte, auch im Zentrum Anklang gefunden. Auf der großdeutschen Basis schienen sich die beiden unversöhnlichen Gegner — Bismarck und das Zentrum — allmählich einander näherzukommen.

Am 23. Dezember 1876 trat die Botschafterkonferenz zu Konstantinopel zusammen. Schon im November schrieb die „Germania", Rußland werde sich auf dieser Konferenz nicht mit den anderen Mächten vergleichen, sondern werde allein deren Unterwerfung unter seinen Willen verlangen. Noch einmal wies das Berliner Zentrumsorgan auf den unversönlichen Gegensatz zwischen der römischen Kirche und dem Zarenreich hin: „Jeder Sieg des schismatischen Rußland ist einer Niederlage der katholischen Kirche gleichzuachten; jede Niederlage desselben ist ein Gewinn der letzteren."[40])

Der Verlauf der Konferenz in Konstantinopel, die am 20. Januar 1877

ihren Abschluß fand, war ziemlich ergebnislos. Bismarck beobachtete mißtrauisch die sich bildende russisch-französische Annäherung, die während der Verhandlungen zutage getreten war[41]). Nachdem die Verhandlungen zu Konstantinopel zu keinem Ziele geführt hatten, wurde die Auseinandersetzung zwischen Rußland und der Türkei bald unvermeidlich. Den Schutz der Christen auf dem Balkan bezeichneten die Russen als ihre Aufgabe. Die ultramontane Presse meinte aber, dies sei nur ein „Vorwand und willkommener Anlaß zum Kriege"[42]). Nicht für eine „Idee" werde Rußland kämpfen, äußerte die „Kölnische Volkszeitung", sondern allein um die Erringung realer Vorteile[43]). — Immer drohender zogen die Kriegswolken am Horizont herauf. Im März 1877 schickte die russische Regierung den General Ignatiew noch einmal an die europäischen Höfe, um zu sondieren, welche Haltung die Großmächte in einem russisch-türkischen Krieg einnehmen würden[44]). Bismarck, den der russische General ebenfalls aufsuchte, verhielt sich auch weiterhin neutral. Er war bereit, Rußland bis zu einem gewissen Grade zu unterstützen, ohne jedoch den Russen die Verantwortung für ihr Vorgehen abzunehmen[45]). Dennoch meinte die „Kölnische Volkszeitung", das Petersburger Kabinett werde nicht überall soviel Entgegenkommen finden wie bei Bismarck; namentlich England habe wiederholt erklärt, daß „ein Einlenken in die Bahn der russischen Politik" nicht in Frage kommen könne[46]). — Jetzt trieben die Dinge ihrer Entscheidung zu. Der Ausbruch eines Krieges zwischen Rußland und der Türkei stand unmittelbar bevor.

b) Der russisch-türkische Krieg vom Jahre 1877/78.

Am 24. April 1877 erklärte Rußland der Türkei den Krieg. Die Verbsserung der Lage der Christen auf dem Balkan hatte die russische Regierung als das Ziel des Krieges bezeichnet, um ihr Vorgehen von den europäischen Mächten zu rechtfertigen. In Wahrheit sympathisierte Rußland mit den von den Türken unterworfenen slavischen Balkanvölkern, und sein eigentliches politisches Ziel war dabei, sich zum Herrn des Schwarzen Meeres zu machen. „Imperialistische Machtpolitik, christliche und panslavistische Ideale gingen in diesem Falle Hand in Hand."[47]) — Zwei Tage, nachdem der Krieg ausgebrochen war, nahm der Zentrumsabgeordnete Jörg im Reichstag das Wort, um noch einmal die Haltung seiner Partei zur Orientfrage und zu dem ausgebrochenen russisch-türkischen Krieg darzulegen; „Wenn Sie bedenken", so sagte er in haßerfülltem Ton, „mit welcher tiefen Wut der moskowitische Asiatismus gegen unsere Glaubensgenossen in seinem Bereich vorgeht, . . . dann werden Sie es begreiflich finden, wenn ich Ihnen sage, daß es unter meinen politischen Freunden in der Tat mehr sogenannte ‚Türken' als sogenannte ‚Russen' gibt."[48]) — Die Ultramontanen standen ja mit ihren Sympathien in diesem Kampf zwischen dem Zaren und dem Sultan mehr auf Seiten der Türken als der Russen. Die „heilsame Lösung" dieser „letzten großen politischen Frage des Jahrhunderts" bestände nach Jörg darin, daß ein „abendländisch-christliches Regiment", zu dem er jedoch Rußland nicht rechnen könne, dort einge-

setzt werde, „wo durch göttliches Verhängnis nunmehr der Tod, der Wahnsinn und das unheilvolle Siechtum herrscht". Und abermals erinnerte Dr. Jörg in diesem Zusammenhange die Regierung daran, daß sie die Verpflichtung übernommen habe, die bayrischen Interssen nach außen wie ihre eigenen zu vertreten: „Bayern aber ist und bleibt ein Donaustaat." Es sei zwar den Bayern „der Machtkitzel gründlich genug ausgetrieben worden", aber er müsse doch darauf verweisen, daß noch im Jahre 1856 Bayern Mitglied einer europäischen Kommission gewesen ist, die im Pariser Frieden ein Wort bei der Regelung der neuen europäischen Ordnung mitzusprechen hatte. Auf dem Wege über den bayrischen Partikularismus also versuchte Jörg die meist von katholischen Gesichtspunkten diktierten Interessen des Zentrums zu rechtfertigen. Sein Fraktionskollege Windthorst stimmte ihm dabei in allen wesenlichen Punkten ausdrücklich zu[49]). Um dem Panslavismus wirksam entgegentreten zu können, so führte Windthorst aus, sei die Erhaltung der Türkei das einzige Mittel; deshalb dürfe Konstantinopel unter keinen Umständen in russische Hände kommen. Das Problem bestände darin, einmal die Türkei als Gegengewicht gegen Rußland zu erhalten, zum anderen die türkische Herschaft zu beseitigen, wie sie gegenwärtig bestehe. Und abermals stimmte Windthorst das großdeutsche Motiv an, indem er die Gemeinsamkeit der Interessen Deutschlands und Österreichs hervorhob: „Friede ist unser Wahlspruch, freilich aber nur, soweit es sein kann, ohne die Interessen Deutschlands zu verletzen, und verletzt sind sie, wenn die Russen Miene machen, Konstantinopel und die europäische Türkei für sich zu nehmen." Eine Intervention zugunsten der Türkei, falls sie von Rußland überrannt werde, bezeichnete Windthorst somit als die Aufgabe der deutschen Politik auf dem Balkan.

Auch die ultramontane Presse nahm gleich bei Kriegsaubruch Stellung zu der neugeschaffenen Situation. Rußland verfolge jetzt seine Interessen im Kriege „gegen die östlichen Türken", schrieben die „Historisch-Politischen Blätter"; es könne deshalb keinen Widerstand leisten, wenn Preußen die Gelegenheit wahrnehmen sollte, um „gegen seine westlichen Türken" vorzugehen[50]). Auch in diesem Falle machte man der deutschen Regierung den versteckten Vorwurf, Kriegsabsichten zu hegen, um die Politik des Reiches vor der Welt möglichst anzuschwärzen. — Noch einmal wurde England bei dieser Gelegenheit vorgeworfen, daß es die Umwälzungen von 1866 und 1870 zugelassen habe. „Die heutigen Erfahrungen werden England notwendig dahin bringen, den Bewegungen auf dem Kontinent wieder die frühere Aufmerksamkeit zuzuwenden und insbesondere gegen eine weiter Schwächung Frankreichs auf der Hut zu stehen."[51]) Eine Unterstützung der französischen Politik durch England war ja im Sinne der ultramontanen Ziele. Diesen Gedanken brachte insbesondere die „Germania" zum Ausdruck, indem sie erklärte, an und für sich ständen wie im Jahre 1854 Österreich, England und Frankreich den russischen Angriffen feindlich gegenüber; aber diese Mächte wären „zur Untätigkeit gezwungen" durch das Deutsche Reich, das auch auf die übrigen Staaten im Sinne der Neutralität einzuwirken bemüht wäre[52]). Die Wiederholung der Krimkriegsituation, diesmal unter Beteiligung Deutschlands, war also während des

russisch-türkischen Krieges das außenpolitische Desiderat des Zentrums. Da jedoch die Erfüllung dieses Wunsches wenig Aussicht auf Erfolg hatte, versuchten die Ultramontanen auch in diesem Fall, Frankreich, England und Österreich gegen die Politik der deutschen Regierung aufzuwiegeln, in der sie das eigentliche Hindernis ihrer Ziele erblickten. So ließ sich die „Germania" im Juni 1877 folgendermaßen vernehmen: „Daß Österreich und Frankreich als unversöhnte Feinde das neu-deutsche Reich mit größter Mißgunst ansehen müssen, ist selbstverständlich; Englands Widerwille gegen die Verschiebung der kontinentalen Machtverhältnisse ist bekannt . . ."[53]) Um seine Stellungnahme zur Außenpolitik zu rechtfertigen, fügte das Berliner Zentrumsorgan hinzu, auch „der glühendste Patriotismus" dürfe niemals soweit gehen, „einem Unternehmen Gedeihen zu wünschen, welches wohl des Vaterlandes Ansehen und Besitz vermehren kann, aber den Interessen der Kirche und der Moral Eintrag tut. Über dem irdischen steht das himmlische Vaterland . . ." Damit gestand die „Germania" unumwunden ein, daß das Zentrum die Außenpolitik allein vom konfessionellen Standpunkt aus beurteilte. Man begnügte sich im ultramontanen Lager damit, die Dinge lediglich durch die katholische Brille zu sehen. Von einem Verständnis für die vitalen Interessen des Staates, wie es insbesondere die Außenpolitik erfordert, kann dabei nicht die Rede sein. Gab doch die „Germania" ganz offen zu: „Staatliche Interessen verschwinden . . . vor denen der Kirche."[54]) So kann es nicht verwunderlich sein, wenn die Ultramontanen auch die Außenpolitik nur ihren Zielen und Zwecken dienstbar zu machen versuchten.

Bismarck hatte sich bald nach Kriegsausbruch von der politischen Bühne zurückgezogen. Gleich in den ersten Wochen nahm er seinen Urlaub und zog sich auf seine Besitzungen in Pommern zurück, um allen Ereignissen, die in der Welt vor sich gingen, entrückt zu sein, und um den dauernden Anfragen der Diplomaten enthoben zu sein. Der Kanzler bemühte sich in jenen Wochen, zwischen England und Rußland einen Ausgleich herbeizuführen, um einen Krieg zwischen beiden Mächten zu vermeiden; aus diesem Grunde versuchte er abermals, den Engländern bei einer etwaigen Erwerbung Ägyptens behilflich zu sein[55]). — Inzwischen war nach einem schnellen Vormarsch des russischen Heeres im Anfang bald darauf ein Stillstand eingetreten. Vergeblich versuchten die Russen am 20. und 30. Juli Plewna einzunehmen. Bis in den Winter schleppte sich der Krieg hinein. Groß war daher die Freude in der Zentrumspartei, wo man nichts sehnlicher herbeiwünschte als eine Niederlage der Russen. Es sei menschlich und natürlich, meinten die „Historisch-Politischen Blätter" nach der Niederlage von Plewna, „wenn dem hochmütigen und großmäuligen Russentum, das mit seinen Pfiffen und Schlichen die Welt bereits in seine Taschen bekommen zu haben glaubte, die empfangenen Schläge von Herzen vergönnt werden"[56]). Auch die „Germania" wünschte den Russen „den möglichsten Mißerfolg" und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, England möge nunmehr sich auf die Seite „der streitbaren Türken" stellen[57]).

Einer starken Kritik unterzogen die Ultramontanen von jeher das Zusammengehen Deutschlands und Rußlands in der polnischen Frage, auf der

ja im Grunde die Freundschaft zwischen beiden Mächten überhaupt beruhte. Schon im Jahre 1875 schrieb die „Germania", daß die Wiederherstellung Polens zum politischen Programm des Zentrums gehöre[58]). Auch jetzt wieder sprach die Zentrumspresse von dem Polen als dem „Märtyrervolk". In Preußen müßten die Polen tragen und dulden, „bis eine für sie günstige Konjunktur" eintrete. „Denn gegen die ungeheure Militärmacht des Deutschen Reiches anzukämpfen, würde Wahnsinn sein."[59]) Das Beste, was die deutsche Regierung tun könne, wäre „den polnischen Raub" zurückzugeben; dann sei Deutschland wenigstens von jeder Rücksichtnahme auf Rußland frei. Wenn man aber das nicht tun wolle, so solle man wenigstens Polen als Bundesstaat aufziehen, denn die Erfahrung lehre, „daß ein Bundesstaat einen eminent friedlichen Charakter hat", wofür der Deutsche Bund ein besonders gutes Beispiel sei. „Über eine Lostrennung von Preußen oder Deutschland sich zu beklagen, aber würden die Deutschen kein Recht haben, weil sie bei der Ansiedlung wußten, daß sie ich auf polnischem Grund und Boden niederließen."[60]) Die Wiederherstellung Polens wurde damit ausdrücklich als zum ultramontanen Programm gehörig bezeichnet. Auch hier wieder handelte das Zentrum nach rein konfessionellen Gesichtspunkten, indem es für die katholischen Glaubensgenossen in Polen eintrat. Nicht zu verwundern ist es unter diesen Umständen, wenn die „Kölnische Zeitung" den Klerikalen wegen ihrer Parteinahme für die Polen Landesverrat vorwarf[61]).

Im russisch-türkischen Krieg trat gegen Ende des Jahres 1877 eine Wendung zugunsten Rußlands ein: nach langen Kämpfen gelang es den Russen schließlich im Dezember Plewna einzunehmen. Von neuem setzte die russische Armee ihren Vormarsch fort. Das türkische Heer mußte sich zurückziehen; am 22. Januar 1878 nahmen die Russen Adrianopel ein und erreichten das Marmara-Meer. Der Sultan sah sich schon um Weihnachten 1877 gezwungen, Englands Hilfe zu erbitten[62]). — Bei den Ultramontanen hatte der russische Erfolg naturgemäß ein nicht geringes Entsetzen hervorgerufen. Empört schrieben die „Historisch-Politischen Blätter", Europa habe „kein Wort der Entrüstung für das Beginnen Rußlands" gehabt. Nach der Zertrümmerung der Türkei würden Deutschland und Rußland eine „eiserne Diktatur", „die Weltherrschaft in neuer dualistischer Form" beginnen. Künftig würde man fragen können: „Wer vermag etwas wider Berlin und St. Petersburg?" Wenn Europa sich dagegen nicht zur Wehr setze, so werde in Zukunft „die Pickelhaube und der Kosackenspieß" herrschen, und die Geschichte werde einen neuen Zeitabschnitt registrieren: „Die Welt unter Führung von Deutschen und Kosaken."[63]) Und wiederum riefen die Ultramontanen die europäischen Mächte auf gegen die „russisch-deutsche Diktatur", die von den Westmächten „nur mit Widerwillen" ertragen werden könne[64]). England und Österreich würden bei den Friedensverhandlungen schon dafür sorgen, „daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen", bemerkte die „Kölnische Volkszeitung"[65]). Die britische Staatskunst könne als Grund für ihre bisherige Zurückhaltung allerdings auf die „Lähmung Frankreichs" verweisen, erklärten noch einmal die „Historisch-Politischen Blätter"; es sei aber „ein nicht mehr gutzumachender Fehler,

daß man Frankreich seiner Praeponderanz entkleidete, um zwei andere Großmächte mit der europäischen Diktatur auszurüsten"[66]). Und abermals traf England der Vorwurf der Klerikalen, welche die Haltung Großbritanniens im Jahre 1870 auch jetzt noch nicht verwinden können. Mit einer gewissen Erleichterung bemerkte deshalb die „Kölnische Volkszeitung", es seien jetzt Anzeichen dafür vorhanden, daß die französische Regierung nunmehr doch ihrer passiven Rolle in der orientalischen Krisis „recht überdrüssig" sei[67]). — Was Österreich anbetraf, so sprachen insbesondere die „Historisch-Politischen Blätter" von der drohenden Umklammerung durch Rußland, gegen die sich Österreich-Ungarn nur mit Gewalt wehren könne. Die neuen Grenznachbarn Österreichs würden einmal die entschiedensten Gegner der Habsburger Monarchie werden. Wenn Österreich dabei nicht alles verlieren wolle, so werde es einmal gezwungen sein, für seine Interessen mit dem Schwerte zu kämpfen[68]). — Ende Januar 1878 glaubte die „Kölnische Volkszeitung" noch einmal Rußland wegen seiner Haltung bei den Friedensverhandlungen warnen zu müssen. Wenn es dabei seine Forderungen nicht mäßigen sollte, so bestände die Möglichkeit, daß der Dreikaiserbund gesprengt werde, „und eine Koalition der mit den rusissch-deutschen Prätensionen unzufriedenen Mächte sich bilde". Dann wäre das Signal zum europäischen Kriege gegeben[69]).

In dieser Zeit, die voll von politischen Spannungen war, hielt es Bismarck für notwendig, die Stellung Deutschlands vor der Welt zu der neuen politischen Lage klarzulegen. Jetzt war ihm der Augenblick gekommen, wo er aus seiner Verborgenheit heraustreten konnte, um zu den Ereignissen sich zu äußern[70]). In der Reichstagssitzung am 19. Februar 1878 hatte Rudolf von Bennigsen eine Interpellation über die außenpolitische Lage eingebracht, wobei dieser erklärte, daß der Reichstag die Politik des Kanzlers zu unterstützen bereit sei. — Die „Kölnische Volkszeitung" sprach deshalb von der „Vertrauensseligkeit der augenblicklich tonangebenden Parteien"[71]). Auf Bennigsens Anfrage hin nahm Bismarck zur außenpolitischen Lage in einer längeren Rede Stellung. Der Kanzler bezeichnete Deutschlands Politik in der orientalischen Frage als die eines „ehrlichen Maklers"[72]). Er betonte die Einigkeit der drei Kaisermächte und sprach insbesondere von dem guten Verhältnis zu England. Zum Schluß hob Bismarck noch einmal die absolut friedlichen Ziele der deutschen Politik hervor: „Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige Votum des Bundesrates, sondern auch die volle Überzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt — nur einen solchen Krieg bin ich bereit, dem Kaiser anzuraten."[73]) In der Debatte sagte Windthorst, es handle sich in der orientalischen Frage darum, ob „das germanische Element oder das slavische Element" die Welt beherrschen solle[74]). Durch das Vorgehen Rußlands auf dem Balkan seien die Slaven in Vorsprung gekommen. Und wieder hob Windthorst im großdeutschen Sinne die Übereinstimmung zwischen den deutschen und den österreichischen Interessen hervor. Windthorst ermahnte schließlich den Kanzler, dafür Sorge zu tragen, daß „das germanische Interesse" im Orient

nicht zu kurz komme, worauf der Kanzler ihm erwiderte, daß während des Krimkrieges vielelicht auch das „germanische Interesse" ein Eingreifen in den Krieg erfordert hätte, daß aber der Deutsche Bund damals dennoch nicht dieser Ansicht gewesen sei.

Am 13. Februar 1878 war die englische Flotte ins Marmara-Meer eingelaufen. Damit hatte sich die Situation ungeheuer verschärft: ein Krieg zwischen Rußland und England schien bevorzustehen, dem sich leicht auch Österreich und Frankreich wie im Jahre 1854 hätten anschließen können. Da Rußland jedoch in seiner damaligen Lage keinen Krieg führen konnte, schloß man am 3. März den Vorfrieden von San Stefano[75]). Auf Andrassys Antrag hin wurde alsdann eine Konferenz nach Berlin einberufen, nachdem auch Gortschakow am Tage des Friedens von St. Stefano hierzu seine Zustimmung gegeben hatte[76]).

c) Der Berliner Kongreß im Jahre 1878.

Bevor es zum Zusammentritt des Kongresses in Berlin kommen sollte, waren noch eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. Der Gegensatz zwischen Rußland und England war zu groß, als daß eine Einigung ohne weiteres möglich war. Die englische Regierung forderte, daß auf dem Kongreß alle aus dem russisch-türkischen Krieg sich ergebenden Fragen zur Sprache kämen, während Rußland nur einige Bestimmungen des Friedensvertrages den Mächten zur Behandlung vorlegen wollte. Als Rußland nicht nachgeben wollte, ging man in England am 27. März dazu über, die Reserven einzuberufen. Die Gefahr, daß es zum Kriege käme, schien ungeheuer groß zu sein[77]). Schon schrieb die „Kölnische Volkszeitung", daß, nachdem Rußland die Forderung Englands, die Friedenspräliminarien von San Stefano als Grundlage der Kongreßverhandlungen anzusehen, abgelehnt habe, der Kongreßplan wohl als gescheitert anzusehen sei. Die Aussichten auf eine Verständigung zwischen den beiden Mächten seien jetzt sehr gering[78]). Auch die „Germania" glaubte bereits prophezeien zu können, daß ein englisch-russischer Krieg „in Sicht" sei; gleichviel ob Frankreich seine Unterstützung England gewähren werde oder nicht, so handele es sich für Großbritannien doch um Fragen „so ernster Natur", daß es im äußersten Fall sogar den Krieg allein mit Rußland aufnehmen müsse[79]). Selbstverständlich gab die ultramontane Presse auch diesmal wieder die Schuld an dem „Scheitern" der Verhandlungen dem Berliner Kabinett, durch dessen „Widerstand" die Vermittlungsversuche Österreichs und Englands illusorisch geworden seien[80]). Die Entscheidung über Krieg und Frieden bliebe jetzt bei der österreichischen Regierung, die es in der Hand habe, sich dem Vorgehen Englands anzuschließen, meinte die „Germania"[81]). — Obwohl die Lage äußerst kritisch war und auf des Messers Schneide zu stehen schien, gelang es der Diplomatie Bismarcks auch jetzt wieder, Europa vor dem Ausbruch eines Krieges zu bewahren. Er veranlaßte zunächst Rußland und England, daß sie ihre Streitkräfte vor Konstantinopel gleichzeitig zurückzogen. Alsdann leitete er einen Meinungsaustausch zwischen beiden Mächten ein, bei dem Rußland schließlich nach-

gab und einwilligte, den ganzen Friedensvertrag dem Kongreß vorzulegen[82]). Bismarcks Vermittlungspolitik hatte damit einen vollen Erfolg davongetragen, und der Durchführung eines Kongresses standen jetzt keine Schwierigkeiten mehr im Wege. — Über den Verlauf des Kongresses meinten die „Historisch-Politischen Blätter" voraussagen zu können, daß Rußland nur soweit Konzessionen machen werde, wie England sie „mit Entschiedenheit" verlange. Auch wenn Österreich etwas erreichen wolle, so werde es nur mit Hilfe Großbritanniens Erfolg haben. Als Hauptaufgabe, die der Kongreß zu lösen habe, bezeichnete man selbstverständlich die Erhaltung der „Integrität und Unabhängigkeit des türkischen Länderbestandes"[83]). Auch jetzt wieder wie bei allen Gelegenheiten betrachtete man in großdeutschem Sinne das Interesse Österreichs als Interesse des Deutschen Reiches. Und da die Erhaltung der Türkei an Stelle der slavischen Nationalstaaten im Interesse der österreichischen Politik lag, so sollte nach Meinung der Ultramontanen auch die deutsche Politik darin ihre Hauptaufgabe sehen.

Durch Bismarcks Vermittlung war es gelungen, das Zustandekommen der Konferenz zu sichern. Bevor sich die Minister und Diplomaten der einzelnen Staaten in Berlin einfanden, hatte der Reichskanzler noch eine Unterredung mit dem russischen Vertreter auf dem Kongreß, Grafen Schuwalow[84]). Dabei stellte der russische Diplomat „die Frage eines russisch-deutschen Schutz- und Trutzbündnisses". Als Bismarck auf die Schwierigkeiten und Gefahren hinwies, die ein solches Bündnis für Deutschland mit sich brächte, sagte Schuwalow in der Diskussion zum Kanzler: „Vous avez le cauchemar des coalitions." Am 13. Juni 1878 endlich trat der Kongreß unter Leitung Bismarcks in Berlin zusammen[85]). Mit Vertrauen blickte Europa auf den Mann, dem es allein darauf ankam, den Frieden unter den Mächten aufrechtzuerhalten. Jetzt wurde es klar vor aller Welt, daß Deutschland, ohne für sich Kompensationen zu beanspruchen, allein der „ehrliche Makler" sein wollte, dem es lediglich darauf ankam, eine friedliche Auseinandersetzung der Staaten zu erreichen. Bismarck war daran gelegen, überall, wo Reibungsflächen vorhanden waren, ausgleichend zu wirken[86]). Österreich sollte soweit unterstützt werden, wie es möglich war, ohne einen Bruch mit Rußland herbeizuführen, während auch die russischen Ansprüche nur soweit gefördert werden durften, wie sie nicht mit den österreichischen in Kollision gerieten. Dieselbe Politik des Ausgleichs betrieb Bismarck gegenüber Rußland und England, wodurch er sich sogar das Vertrauen des englischen Vertreters auf dem Kongreß, Lord Beaconsfield, erwarb[87]). Zwar lag es Bismarck daran, der russischen Politik nach Möglichkeit seine Förderung angedeihen zu lassen. Aber dennoch durfte dies nur in der Weise geschehen, daß eine Entfremdung zwischen Deutschland einerseits, Österreich und England andererseits verhindert und somit nicht der Anlaß zu einer deutschfeindlichen Koalition gegeben wurde. Dabei war es natürlich unmöglich, auch die überspannten Forderungen der Russen zu unterstützen, wie man sie bei Ausbruch des Krieges an die Deutschen gestellt hatte. Obwohl insbesondere Graf Schuwalow Deutschlands Dienste für Rußland anerkannte, ließ Gortschakow, der in Privatbriefen an den Zaren seine Meinung kundtat, in Petersburg verbrei-

ten, der Kongreß sei „die europäische Koalition gegen Rußland unter Führung des Fürsten Bismarck"[88]). So trat allmählich eine Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland ein, zumal Gortschakow auch weiterhin sich bemühte, um die Schuld an dem unbefriedigenden Kriegsausgang Deutschland zuzuschreiben. Dennoch tat Bismarck auch in der Zukunft alles, um die Beziehungen zu Rußland nicht abbrechen zu lassen. Aber die russischen Rüstungen, die bald nach Beendigung des Kongresses durchgeführt wurden, mußten ihn beunruhigen[89]). Der Kanzler erkannte, daß er jetzt auf die russische Freundschaft nicht mehr wie früher rechnen konnte. „In politischen Dingen von Dankbarkeit zu sprechen, ist bekanntlich Anomalie. Je größer die Dienste sind, welche eine Großmacht im Interesse des Friedens ihren Freunden zu leisten vermag, um so bitterer scheinen diese zu empfinden, daß eine so leistungsfähige Großmacht überhaupt existiert", bemerkten die Preußischen Jahrbücher in Bezug auf die russische Undankbarkeit[90]). — Es konnte nicht ausbleiben, daß Bismarck nunmehr endgültig dazu überging, einen neuen Kurs seiner Politik einzuschlagen.

Auch die Zentrumsleute waren mit den Ergebnissen des Berliner Kongresses nicht zufrieden. Insbesondere die neuen slavischen Staaten an der Grenze Österreich-Ungarns hatten wenig Anklang gefunden. Deshalb sprachen die „Historisch-Politischen Blätter" von der „Zwangslage", in der sich Österreich jetzt befinde, und die das Werk „der vereinten Kräfte Großbritanniens, Deutschlands und des Moskowitertums" sei[91]). Wenn auch „möglicherweise auf einige Jahre" der Frieden gesichert sei, so bleibe doch „das Damoklesschwert der orientalischen Verwicklung" über Europa unverrückt hängen. Überhaupt sei der Berliner Vertrag rein „preußischen Ursprungs": „Ohne die Ereignisse von 1866 und 1870 wäre der Berliner Vertrag nicht auf der Welt." Im Grunde sei niemand damit recht zufrieden. „Am wenigsten jene ‚interessanten Nationalitäten', welche man die Wohltat der Befreiung vom Joche hat antun wollen."[92]) Auch die „Germania" glaubte bezweifeln zu müssen, „daß die neue Friedensära von langer Dauer sein" werde[93]). Von neuem setzen die Ultramontanen ihre Hoffnung auf eine Koalition zwischen England, Österreich und Frankreich, der sich jetzt — nach dem Berliner Kongreß — sogar Italien anschließen werde, wie die „Germania" im November 1878 schrieb, „um der Ausführung des Berliner Vertrages nötigenfalls Nachdruck zu verschaffen"[94]).

Inzwischen nahm die panslavistische Agitation in Rußland immer schärfere Formen an. Die nationale Erregung der Russen, die in dem Ergebnis des Kongresses eine russische Niederlage sahen, richtete sich leidenschaftlich gegen Bismarck. Selbst der Zar war allmählich in das nationalistisch-panslavistische Fahrwasser geraten[95]). Unter diesen Umständen mußte Bismarck sich so schnell wie möglich nach neuen Bundesgenossen umsehen. Österreich erschien ihm dabei als der geeignete Partner, mit dem er jetzt in ein engeres Verhältnis zu kommen versuchte. Diese Wendung bahnte sich allmählich an und sollte bald bestimmtere Formen annehmen. — Auffällig ist, daß die Ultramontanen jetzt auch allmählich zum Einlenken bereit zu sein schienen. Am 8. März erklärte August Reichensperger im Reichstag, daß er sich durchaus nicht berufen fühle, in die auswärtige Po-

litik hineinzureden oder Ratschläge zu erteilen[96]), und am 28. März sprach Windthorst ausdrücklich seine Billigung zu dem „Friedenswerk" des Berliner Vertrages aus, an dem, wie er anerkennend hervorhob, Deutschland einen bedeutenden Anteil habe[97]). — Eine gewisse Beruhigung zwischen der Regierung, deren Leitung in der Hand Bismarcks lag, und seinen ultramontanen Gegnern machte sich schon jetzt bemerkbar. Auf beiden Seiten war man allmählich zum Nachgeben bereit. Nur kurze Zeit sollte es noch dauern, bis Bismarck den entscheidenden Schritt tat, der schließlich eine gewisse Aussöhnung herbeiführen sollte.

VI. Das Deutsch-österreichische Bündnis vom Jahre 1879 und das Zentrum.

Im Jahre 1879 endlich trat in dem Kampf zwischen Bismarck und dem Zentrum, der fast das ganze erste Jahrzehnt nach der Reichsgründung erfüllt hatte, ein Stillstand ein. Auf finanzpolitischem Gebiet wurde zuerst eine Einigung im Reichstag erzielt. Die Bundesgenossenschaft des Reichskanzlers mit den Nationalliberalen war in die Brüche gegangen, als man über die Schutzzollfrage zu keiner Einigung mehr gelangen konnte. In diesem Augenblick, als der Reichskanzler eine parlamentarische Mehrheit für seine Finanzpolitik benötigte, hatte das Zentrum in geschickter Weise Bismarck seine Hilfe angeboten. Aus den Reihen der Konservativen und des Zentrums hatte sich eine Mehrheit von 204 Reichstagsabgeordneten gebildet, die sich zu einer „freien wirtschaftlichen Vereinigung" zusammentaten, um die Zollpolitik der Regierung zu unterstützen[1]). Mit Hilfe dieser parlamentarischen Koalition war es Bismarck möglich, den neuen Zolltarif durchzuführen. Allerdings mußte er dabei auch dem Zentrum eine Konzession machen, indem er der Franckensteinschen Klausel seine Zustimmung gab, nach der unter Beibehaltung der Matrikularbeiträge die etwaigen Überschüsse aus den Finanzzöllen den Bundesstaaten überwiesen werden sollten[2]). Diese neuen Maßnahmen bedeuteten in der Tat einen Wendepunkt in der Innenpolitik des Reiches. Freudig schrieb Heinrich von Treitschke damals: „Zum ersten Male, seit sie besteht, hat die klerikale Partei schaffend und fördernd bei einem großen Werk der Reichsgesetzgebung mitgewirkt und die unfruchtbare Haltung einer schlechthin verneinenden Opposition aufgegeben."[3]) — Nicht ohne Bedeutung war es fernerhin, daß im Jahre 1878 Pius IX. gestorben war, und ein neuer, versöhnlicherer Papst an seine Stelle getreten war. Es war ohne Zweifel das Bemühen Leos XIII., der am 20. Februar 1878 den päpstlichen Thron bestiegen hatte, auch mit dem Deutschen Reiche wieder in ein besseres Verhältnis zu treten[4]). Noch am Tage seiner Wahl richtete er an Kaiser Wilhelm I. ein Schreiben in dem er ihm von seiner Thronbesteigung Kenntnis gab. Darin sprach er als Oberhaupt der Kirche sein Bedauern aus, daß die Beziehungen zwischen Preußen und dem päpstlichen Stuhl nicht mehr dieselben seien, wie sie früher bestanden hätten. Darauf antwortete der Kaiser in einem Schreiben vom 24. März 1878, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Papst seinen Einfluß dahin geltend machen möge, daß

in Zukunft alle Katholiken „den Gesetzen des Landes, in dem sie wohnen, sich fügen werden"[5]). Schließlich war es auch nicht ohne Rückwirkungen für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche geblieben, daß der Kultusminister Falk, der eigentliche Urheber und Verfechter der Kulturkampfgesetze, im Juli 1879 seinen Abschied genommen hatte. Zum Nachfolger Falks war der bisherige konservative Oberpräsident R. V. von Puttkammer von Schlesien ernannt worden[6]). Selbst die „Germania" konnte sich damals des Lobes über Bismarcks politische Erfolge nicht enthalten und sprach voll Begeisterung von den „staatsmännischen Leistungen des deutschen Reichkanzlers"[7]). Zum Abgang des Kultusministers Falk und der übrigen Minister schrieb das Berliner Zentrumsorgan am 16. August 1879, dies seien „wahrhaft historische Ereignisse", die alle Deutschen angingen[8]). — So machten sich seit dem Sommer des Jahres 1879 deutlich die ersten Einigungsbestrebungen bei den streitenden Parteien bemerkbar. Und wenn auch nicht sofort greifbare Ergebnisse erzielt wurden, so war man doch auf beiden Seiten jetzt bereit, den Kampf zumindest nicht mehr zu verschärfen, sondern nach Möglichkeit beizulegen. Nachdem überdies die Freundschaft zwischen Bismarck und den Nationalliberalen ihr Ende gefunden hatte, hatte es Windthorst in kluger Wise verstanden, sich an dem Punkt einzuschalten, „an dem auch Bennigsen mit dem Reichskanzler nicht mehr zusammengehen konnte"[9]). „Der gefährlichste parlamentarische Gegner, den Bismarck je gefunden hat, bot statt der reinen Opposition seine großmütige Hilfe an."[10]) Gleichzeitig mit den Verhandlungen, die schließlich zu dem Bündnis mit der Donaumonarchie führen sollten, begann Bismarck bei seinem Aufenhalt in Gastein im September 1879 die ersten Beziehungen mit der Kurie wieder anzuknüpfen. Mit dem Wiener Nuntius Jacobini hatte Bismarck damals einige Besprechungen, die, wenn sie auch noch zu keinem positiven Resultat führten, immerhin bedeutsam für die sich anbahnende Einigung zwischen dem Deutschen Reich und dem römischen Stuhl waren[11]). So war allmählich in der Innenpolitik des Reiches eine Wendung eingetreten, die schließlich eine Einigung zwischen dem Reich und der ultramontanen Opposition anzubahnen geeignet war. Von Bedeutung war es dabei, daß auch in der Außenpolitik jetzt eine grundlegende Änderung eintrat, die sich günstig auf die Beziehungen zwischen der Regierung und dem Zentrum auswirken sollte.

Diese Kursänderung der deutschen Außenpolitik war in erster Linie durch die Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland bewirkt, die sich im Verlauf der orientalischen Krisis und des Berliner Kongresses ergeben hatte. Nachdem es der russischen Politik nicht gelungen war, das Deutsche Reich so für seine Orientpolitik einzuspannen, daß es dem Willen der Russen allein gefügig war, versuchte der Zar schließlich durch persönliche Einwirkung auf Kaiser Wilhelm, eine deutsche Parteinahme für Rußland durchzusetzen. Am 7. August 1879 fühlte sich der Zar veranlaßt, dem deutschen Botschafter von Schweinitz gegenüber Klage darüber zu führen, daß die deutschen Delegierten bei allen Abstimmungen stets für Österreich und gegen Rußland Stellung nähmen. Der Zar bemerkte bei dieser Gelegenheit, er werde dem Kaiser hierüber in einem Schreiben Mitteilung

machen[12]). Am 15. August folgte der angekündigte Brief Alexanders II. an Kaiser Wilhelm I. In diesem Schreiben machte der Zar den deutschen Kaiser auf die Folgen aufmerksam, die sich aus einer Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen ergeben könnten: „Ich begreife durchaus, daß Sie auf die Pflege Ihrer guten Beziehungen zu Österreich halten, aber ich begreife nicht das Interesse Deutschlands, das russische Interesse zu opfern. Ist es eines wahren Staatsmannes würdig, einen persönlichen Schritt ins Gewicht fallen zu lassen, wenn es sich um das Interesse zweier großen Staaten handelt, die geschaffen sind, im Einverständnis zu leben, und von denen der eine dem anderen im Jahre 1870 einen Dienst geleistet hat, den Sie nach Ihrem eigenen Ausdruck niemals vergessen zu wollen, erklärt haben? Ich würde mir nicht erlaubt haben, Sie daran zu erinnern, aber die Lage wird zu ernst, als daß ich Ihnen meine Befürchtungen verbergen dürfte, deren Folgen verhängnisvoll für unsere beiden Länder werden können."[13]) Bismarck erblickte darin eine äußerst gefährliche Drohung der Russen, welche die Möglichkeit eines Krieges nicht ausschloß[14]). Dies veranlaßte ihn, nunmehr nicht mehr zu zögern, sondern sofort eine Annäherung an Östererich-Ungarn zu suchen. Ohne lange abzuwarten, ließ der Kanzler noch von Gastein aus, wo er sich zur Kur aufhielt, sofort den Grafen Andrassy um eine Unterredung bitten, die am 27. und 28. August stattfand. Mit großer Schnelligkeit einigten sich alsdann die beiden Minister prinzipiell über den Abschluß eines deutsch-österrechischen Bündnisses[15]).

Es verstand sich von selbst, daß ein derartiges Bündnis die unbedingte Zustimmung des deutschen Volkes, insbesondere aber der Katholiken finden mußte[16]). Schon im August 1879 betonte das „Schwarze Blatt", daß das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich nicht auf der Freundschaft von Bismarck und Andrassy beruhe, sondern einzig und allein in der gemeinsamen Geschichte und den Banden des Blutes begründet sei[17]). Obwohl man in den ultramontanen Kreisen zwar im allgemeinen von der Unterredung zwischen Bismarck und Andrassy befriedigt war, war man im Anfang doch noch ein wenig skeptisch. Man hielt es offenbar für richtiger, zunächst noch mit einem abschließenden Urteil wenigstens solange zurückzuhalten, bis ein positives Ergebnis aus den Verhandlungen gezeitigt wurde. So meinte die „Augsburger Postzeitung" noch am 24. September an den Abschluß eines förmlichen Bündnisses zwischen den beiden Staaten noch nicht glauben zu können. Das Blatt schrieb, die Reise Bismarcks nach Wien habe eher die Bedeutung eines Epilogs als eines Prologs, indem sie der während der letzten Orientkrise bestandenen deutsch-österreichischen Intimität nachträglich das Siegel aufdrücke[18]). Allgemein jedoch wurden von der Zentrumspresse jetzt die Verdienste des Grafen Andrassy an dem Zustandekommen der deutsch-österreichischen Einigung anerkannt: „Als . . . Graf Andrassy an die Stelle Beusts trat, — da war der Weg zur Freundschaft geebnet", schrieb das „Schwarze Blatt" bereits am 25. September, indem es der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß nunmehr jener „unnatürliche Dreikaiserbund", der im Jahre 1872 durch das Dazwischentreten Rußlands entstanden sei, zu einem natürlichen Bündnis

zwischen Deutschland und Österreich erwachsen möge. Freudig begrüßte man die Auflösung des Dreikaiserbundes und die Herstellung des Zweikaiserbundes als ein „welthistorisches Ereignis": „Unsere Stammesbrüder in Österreich und wir deutsche Reichsbürger sind ohne Parteiunterschied alle einig darin, daß keine richtigere und segensreichere Politik denkbar ist, als die möglichst enge und herzliche Freundschaft zwischen dem deutschen und dem österreichischen Kaiserreiche."[19]) Aller Zorn und alle Unzufriedenheit über die Halbheit der kleindeutschen Lösung von 1870 schien mit einem Male vergessen zu sein über der Freude, nunmehr wieder fester mit den deutschen Stammesbrüdern in der Donaumonarchie vereinigt zu sein. Allgemein war die Begeisterung über die sich anbahnende Verständigung zwischen den beiden Brudervölkern, und auch die Katholiken schienen jetzt auf einmal allen Groll gegen das protestantische Kaisertum begraben zu haben. Alle Deutschen, ohne Unterschied der Partei und der Konfession, begrüßten einstimmig die Einigung, die jetzt von den Regierungen in Berlin und Wien angestrebt wurde. Auch die „Germania" billigte vorbehaltlos die neue Politik Bismarcks: „Wenn jemals der Reichskanzler auf die allgemeine Zustimmung der Nation rechnen konnte, so kann er es jetzt bei der Begründung und Pflege der über die Grenzen der gewöhnlichen internationalen Freundschaft hinausgehenden Intimität zwischen Deutschland und Österreich." Jetzt endlich, nachdem der „unheimliche Dritte" aus dem Bunde herausgedrängt sei, könnten sich die beiden Bruderstämme „in einer Art brüderlicher Freundschaft und Gemeinschaft" zusammenfinden[20]). Selbst die „Augsburger Postzeitung", die sich noch einige Tage zuvor eine gewisse Zurückhaltung auferlegen zu müssen glaubte, erklärte am 27. September, daß jetzt in Europa ein Machtverhältnis geschaffen sei, das nach menschlicher Voraussicht jede Friedensstörung als unmöglich erscheinen lasse. Die Wehrkraft beider Großmächte sei der Waffengewalt der übrigen Staaten Europas zusammengenommen mehr als gewachsen. Gerade das negative Ziel des Bündnisses, das ja nur auf Abwehr eingestellt sei, müßte alle Freunde der Humanität und Zivilisation mit Freude erfüllen. Dennoch aber kann das bayrische Zentrumsorgan eine Kritik an den Wiener Ereignissen nicht unterdrücken. Die Erinnerung an das Jahr 1866 läßt das Blatt nicht zur Ruhe kommen: voller Entrüstung schreibt die „Augsburger Postzeitung" deshalb, sie könne sich nicht jeden Tadels in Bezug auf die Haltung des Wiener Publikums enthalten, das, ohne Zweck und Ziel des diplomatischen Besuches zu kennen, bei der Ankunft des Reichskanzlers in ein „wildes Beifallsgejohle" ausgebrochen sei. — Nicht ohne Bitterkeit bemerkt das Blatt zum Schluß: „Was soll sich Fürst Bismarck für einen Begriff von Wien oder den Österreichern machen, wenn sie ihm, dem eigentlichen Urheber des unglücklichen Krieges von 1866, demjenigen, der Österreich aus Deutschland verbannte und uns (den Katholiken) soviele und schwere Übel zufügte, sinnlos zujauchzen und um seinen Wagen, wie die Juden vor der Bundeslande singen und tanzen? Wo bleibt da das Selbstgefühl und die Ehre des Volkes?"[21]) Einen ähnlichen Ton stimmten auch die Münchener „Historisch-Politischen Blätter" an, die ebenfalls eine gewisse Skepsis nicht unterdrücken konnten[22]), was

für diese jedoch nicht allzu verwunderlich war. Hatten sie doch noch im Jahre 1878 geschrieben, daß es eigentlich die Pflicht jeder „vernünftigen" Politik in Österreich gewesen wäre, im Jahre 1870 mit Frankreich zu gehen[23]). Das zeigt, daß die bayrischen Ultramontanen auch jetzt noch nicht ihren alten Groll vollkommen unterdrücken können, und die Erinnerung an das Jahr 1866 immer noch so lebendig bei ihnen ist, daß es ihnen schwer wird, die Erfolge der Bismarckschen Politik ohne Vorbehalt anzuerkennen. Aber dennoch war die Begeisterung auch bei dem katholischen Volksteil über die Verhandlungen in Wien so allgemein, daß jene bayrischen Stimmen nicht allzusehr in die Waagschale fielen. Die Zustimmung auch der deutschen Katholiken zu dem neuen Bündnis wurde dadurch jedenfalls nicht beeinflußt. Erklärten doch selbst die „Historisch-Politischen Blätter", im September 1879, es sei „eben ein schwerer Irrtum" 1870 gewesen, zu glauben, „daß es für Österreich eine so einfache Sache sei, von Deutschland loszukommen". Es habe sich doch erwahrt: „Großdeutschland muß doch sein, so oder so, offen oder latent. Fürst Bismarck selber ist in dieser Weise ein Großdeutscher geworden, und als solcher produziert er sich jetzt in Wien."[24])

Für Bismarck waren es in erster Linie realpolitische Erwägungen gewesen, die ihn zu dem Bündnis mit Österreich führten. Es versteht sich von selbst, daß dem Kanzler eine so grundlegende Veränderung in seiner Politik nicht leicht gefallen ist. Den Ausschlag gab ohne Zweifel die Tatsache, daß in Rußland der Panslavismus derartige Formen annahm, daß er schließlich die Oberhand zu gewinnen und maßgebenden Einfluß auf die amtliche russische Politik zu erlangen drohte. Bismarck selbst sagt hierüber, daß für die russische Freundschaft, die im wesentlichen auf der dynastischen Interessengemeinschaft der beiden Monarchen beruhte, die einzige Bürgschaft die Persönlichkeit des regierenden Zaren gewesen sei[25]). Bei dem ständigen Umsichgreifen des russischen Nationalismus aber stand zu fürchten, daß der Zar trotz seiner persönlich deutschfreundlichen Gesinnung auf die Dauer der Bewegung keinen Widerstand mehr entgegensetzen könnte, und die Politik Rußlands einen deutschfeindlichen Kurs einschlagen würde. Damit verbunden war die Gefahr einer russisch-französischen Annäherung, die infolge des Anwachsens der panslavistischen Bewegung immer akuter wurde. Die Anzeichen für eine Verständigung zwischen Paris und Petersburg machten sich gerade damals zum ersten Male bemerkbar[26]). Nichts erschien Bismarck gefährlicher als ein französisch-russisches Bündnis, demgegenüber er eine Sicherung suchen mußte. So versuchte er zu handeln, ehe es zu spät war. Vor allem kam es dem Kanzler darauf an, das Bündnis möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen, bevor der Rücktritt Andrassys Tatsache wurde, mit dem man damals rechnete, was leicht zu einer Änderung des außenpolitischen Kurses in Österreich hätte führen können[27]). Die Möglichkeit einer klerikalen Konspiration gegen Deutschland unter Beteiligung Österreichs, Frankreichs und der Kurie lag also auch im Jahre 1879 noch im Bereiche der politischen Möglichkeiten, und Bismarck suchte dem zuvorzukommen, indem er das Bündnis mit Wien zum Abschluß brachte[28]). Vor allem aber war die

Volkstümlichkeit der neuen Allianz ein Faktor, den auch Bismarck in seine Rechnung mit einbezog. Wenn auch das realpolitische Motiv für Bismarck auch diesmal wieder das Primäre war, so verkannte er doch nicht die Wirkungskraft des großdeutschen Gedankens, mit dem er sogar operierte, als es galt, den alten Kaiser von der Notwendigkeit des Wiener Bündnisses zu überzeugen: „Schließlich gestatte ich mir, mit Bezugnahme auf die nationalen Empfindungen im gesamten Deutschland noch auf die geschichtliche Tatsache ehrfurchtsvoll hinzuweisen, daß das deutsche Vaterland nach tausendjähriger Tradition sich auch an der Donau, in Steiermark und in Tirol wiederfindet, in Moskau und Petersburg aber nicht."[29]) Das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Deutschen in Österreich war dem Kanzler besonders zum Bewußtsein gekommen, als er auf seiner Reise von Gastein über Salzburg sowie bei seiner Ankunft in Wien von der Bevölkerung begeistert empfangen wurde[30]). Dabei hatte Bismarck Gelegenheit, sich persönlich von der Wirkungskraft der großdeutschen Idee zu überzeugen, die auch in Österreich fest im Volke wurzelte.

Alle diese Gründe veranlaßten den Reichskanzler, seinen Standpunkt auch dem Kaiser gegenüber zu vertreten, der von einem Bündnis mit Wien nichts wissen wollte. Von vornherein versuchte Kaiser Wilhelm, Bismarck die Reise nach Wien zu untersagen, weil er davon eine ungünstige Aufnahme in Petersburg fürchtete[31]). Der Kaiser betrachtete das Bündnis mit Rußland als ein „Vermächtnis seiner Eltern", an das er bereits seit früher Jugend gewöhnt war[32]). Eine Trennung von der althergebrachten traditionellen preußisch-russischen Freundschaft erschien ihm eine Unmöglichkeit. Bei seinem hohen Alter war eine so grundlegende Wendung der deutschen Außenpolitik nur schwer durchführbar. Schon während Bismarck in Gastein und Wien mit Andrassy bereits Verhandlungen eingeleitet hatte, war Kaiser Wilhelm nach Alexandrowo gefahren, um sich mit dem Zaren auszusöhnen[33]). Vergebens hatte der Kanzler versucht, diese Reise des Kaisers zu verhindern. Es kam schließlich zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Monarchen und seinem leitenden Minister, die in einer Kanzlerkrisis gipfelte. In langen Berichten bemühte sich Bismarck, dem Kaiser die Notwendigkeit des österreichischen Bündnisses vor Augen zu führen. Bismarck bediente sich dabei der Unterstützung des Kronprinzen und Moltkes und führte schließlich das preußische Staatsministerium und den Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ins Feld, um den alten Kaiser für die Kursänderung der deutschen Außenpolitik zu gewinnen. Der Kanzler drohte zum Schluß mit seinem Rücktritt, falls der Monarch nicht nachgeben würde[34]). Noch am 6. Oktober äußerte Bismarck in einem Gespräch: „Ich bin auch russisch, aber nicht blind russisch wie der Kaiser, neben dem nur sein Herr Bruder, der Prinz Karl, und die Prinzessin Alexandrine stehen, sonst kein Mensch am Hofe. Er sieht nicht und hört nicht und keine Vorstellungen verfangen bei ihm, keine Beweise. Er ist nach Alexandrowo gegangen, trotzdem daß ich wiederholt ganz entschieden dagegen protestierte[35]). Endlich gelang es dem Grafen Stolberg, der die Verhandlungen in Bismarcks Auftrage weiterführte, den Monarchen zum Nachgeben zu veranlassen. Überzeugt war der Kaiser durch die Argu-

mente des Kanzlers nicht worden. Da er es aber für notwendig hielt, daß Bismarck im Amte blieb, fügte er sich schließlich nach langen inneren Kämpfen dem Drängen seiner Berater[36]). Am 16. Oktober ratifizierte der Kaiser das deutsch-österreichische Bündnis[37]). Er beharrte aber gleichzeitig darauf, den Zaren in einem besonderen Schreiben von dem Abschluß des Bündnisvertrages in Kenntnis zu setzen[38]). Das Resultat der Verhandlungen in Wien war ein besonders gegen Rußland gerichtetes Defensivbündnis[39]). Bismarcks Absicht war es, auch England für das neue Bündnis zu gewinnen. Deshalb hatte er bereits am 26. September von Gastein aus eine Sondierung bei der englischen Regierung in dieser Richtung vornehmen lassen. Lord Beaconsfield schien in der Tat geneigt, auf den Vorschlag Bismarcks einzugehen. Dennoch war der Reichskanzler mit der Antwort der Engländer nicht zufrieden, da die englische Regierung sich nicht genügend geäußert hatte, wie sie sich bei einem etwaigen Angriff Rußlands gegen Deutschland verhalten würde. So blieben die Verhandlungen, die man mit London eingeleitet hatte, schließlich erfolglos. — Bismarck hatte bei seinen Unterhandlungen mit Andrassy angeregt, ein unauflösliches „ewiges Bündnis" abzuschließen, das in Deutschland und in Österreich unter Mitwirkung der konstitutionellen Faktoren für alle Zeiten verankert werden sollte. Diese Vorschläge des Kanzlers wurden jedoch nicht verwirklicht, da Andrassy nicht darauf einging[40]). — Eine neue Epoche der deutschen Politik wurde mit dem Abschluß des Bündnisvertrages eingeleitet. Das alte Bündnis war in der Tat an jenen Zeitabschnitt gebunden gewesen, in dem der preußisch-österreichische Gegensatz vorherrschte. Jetzt begann eine neue Ära, in der das deutsch-österreichische Bündnis die politischen Machtverhältnisse in Europa maßgebend beeinflussen sollte.

Hatten bereits die ersten Ankündigungen der Bündnisverhandlungen in Wien die allgemeine Zustimmung des gesamten deutschen Volkes gefunden, so hatte der eigentliche Abschluß des Bündnisses nicht minder den freudigen Beifall ganz Deutschlands gefunden. Auch die Ultramontanen stimmten jetzt wieder in den allgemeinen Jubel ein. „Uns freut das so recht von Herzen, und wir wünschen nur, daß die deutsch-österreichische Liebe und der russisch-deutsche Haß recht lange dauern mögen", bemerkte das „Schwarze Blatt" am 9. Oktober. Jetzt könne die österreichische Politik ihren Schwerpunkt mehr nach Osten verlegen, „ohne für den Westen fürchten zu müssen"[41]). Die „Germania" meinte, das deutsch-österreichische Bündnis werde besonders in England als „eine freudige Meldung und eine frohe Botschaft aufgenommen werde, was den „antirussischen Charakter der Allianz" besonders deutlich werden lasse. Kein Ereignis seit dem Juli 1870 in der auswärtigen Politik Deutschlands habe „eine so begeisterte und so durchaus ungeteilte Zustimmung beim deutschen Volke gefunden als die Anbahnung des engeren Bundes mit Österreich"[42]). Auch die „Augsburger Postzeitung" war mit dem Ergebnis der Bündnisverhandlung zufrieden: „Von nun darf man erst mit voller Zuversicht annehmen, daß der Friede nicht auf dem Wunsch, ihn zu erhalten, sondern nur noch auf der Unmöglichkeit, ihn zu brechen, beruht."[43]) Die „Historisch-Politischen Blätter" erklärten zwar, die Monarchen hätten bisher nur ihr „Videt" zu

dem neuen Vertrag gegeben, und man könne deshalb eher von einem „Zweimnisterbund" als von einem „Zweikaiserbund" sprechen. Aber dennoch gaben auch sie zu, daß „die September-Nachrichten aus Wien fast ohne Unterschied der Parteien mit heller Freude begrüßt" worden seien. Das nationale Gefühl käme der neuen Politik ebenso sehr entgegen, wie es durch die künstliche Abmachung von 1872 abgestoßen worden sei. Die Tatsache, daß „ein konservativer Hauch das neu eingegangene Verhältnis in der auswärtigen Politik" belebe, habe erst den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses ermöglicht[44]).

So war der Gedanke des engeren und des weiteren Bundes, der schon in der Paulskirche eine Rolle gespielt hatte, doch noch in einem gewissen Sinne verwirklicht worden. Bismarck selbst hatte das Werk zur Vollendung gebracht; er hatte damit wenigstens bis zu einem gewissen Grade die Wunden geheilt, die seine Politik im Jahre 1866 in Deutschland hinterlassen hatten. Die großdeutsche Partei, die im Katholizismus ihr stärkstes Bindeglied besaß, und die dem Begründer des kleindeutschen Reiches wegen des Ausschlusses von Deutsch-Österreich einst gegrollt hatte, konnte jetzt, fast ein Jahrzehnt später, dem Reichskanzler ihre Anerkennung nicht versagen. Der großdeutsche Gedanke, der einst Bismarck und die Ultramontanen nicht nur getrennt, sondern zum schärfsten Kampfe gegeneinander geführt hatte, führte jetzt die beiden feindlichen Parteien wieder zusammen. Indem Bismarck in Wien seine Hand zur Versöhnung anbot, tat er gleichzeitig den ersten Schritt zur Aussöhnung mit dem deutschen Katholizismus. Das großdeutsche Motiv war jetzt das ausgleichende und einigende Moment geworden, das mäßigend auf beide Parteien wirkte. Zwar ist auch mit dem Jahre 1879 die Epoche der ultramontanen Opposition gegen die deutsche Außenpolitik noch nicht ganz abgeschlossen[45]). Aber dennoch hatte die Zeit, in der der großdeutsche Gedanke die Geister auseinander- und gegeneinander führte, im Jahre 1879 ihr Ende gefunden. Es war das Verdienst Bismarcks, daß der großdeutsche Gedanke für einige Jahrzehnte eine Lösung gefunden hatte. Aber auch diese Lösung war keine endgültige gewesen. Von neuem wurde die großdeutsche Frage zum Problem, das zunächst noch ungelöst geblieben ist.

Literaturverzeichnis.

I. Darstellungen.

Bachem, Karl: Politik und Geschichte der Zentrumspartei, Köln 1918.
—, Vorgeschichte, Geschichte und Politik des deutschen Zentrums, 1. bis 3. Bd., Köln 1927.
Bazin, G.: Windthorst, ses alliés et ses adversaires, Paris 1896.
Becker, Otto: Bismarcks Bündnispolitik, Berlin 1923.
Bernheim, Ernst: Mittelalterliche Zeitanschauungen in ihrem Einfluß auf Politik und Geschichtsschreibung, Tübingen 1918.
Fürst v. Bismarck, Otto: Gedanken und Erinnerungen, 2. Bd., Berlin 1922.
Brück, Heinrich: Die Kulturkampfbewegung in Deutschland, Münster 1901.
Dreux, André: Dernières années de l'ambassade en Allemagne de M. Gontaut-Biron, 1874—1877, Paris 1907.
„Germanikus": Ein Spiegelbild des Zentrums, Berlin 1911.
Goyau, Georges: Bismarck et l'Eglise, 1. Bd., Paris 1911.
Hahn, Ludwig: Geschichte des „Kulturkampfes" in Preußen, Berlin 1881.
Heller, Eduard: Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis in Bismarcks Außenpolitik, Berlin 1925.
Hüsgen, Eduard: Ludwig Windthorst, Köln 1907.
Freiherr v. Ketteler, Wilhelm Emmanuel: Deutschland nach dem Kriege von 1866, Mainz 1867.
Kißling, Johann, B.: Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reich, 1.—3. Bd., Freiburg 1911.
Knopp, J.: Ludwig Windthorst, Dresden u. Leipzig 1898.
Krückemeyer: Aus Windthorsts Zeit, Saarbrücken 1929.
Lenz, Max: Geschichte Bismarcks, Leipzig 1902.
Majunke, Paul: Das evangelische Kaisertum, Berlin und Leipzig 1881.
—, Geschichte des „Kulturkampfes" in Preußen-Deutschland, Paderborn 1890.
Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsraison, München und Berlin 1924.
Näf, Werner: Bismarcks Außenpolitik 1871—1890, St. Gallen 1925.
Oncken, Hermann: August Reichensperger, H. Z., 88. Bd.
—, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, 1. Bd., Leipzig 1933.
—, Deutschland und Österreich seit der Gründung des neuen Reiches, Deutsche Rundschau, 147. Bd., 1911.
—, Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854 bis 1871, 2. Bd., Berlin und Leipzig 1927.
—, Rudolf von Bennigsen, 2. Bd., Stuttgart und Leipzig 1910.
Pastor, Ludwig: August Reichensperger, 1. und 2. Bd., Freiburg 1899.
Pfülf, Otto: Bischof von Ketteler, 2. und 3. Bd., Mainz 1899.
Ritter von Poschinger, Heinrich: Fürst Bismarck und die Parlamentarier, 2. Bd., Breslau 1894.
Rachfahl, Felix: Windthorst und der Kulturkampf, Preußische Jahrbücher, 135. Bd., 1909.
Reumont, A.: Ludwig Windthorst, München-Gladbach, 1913.
Rogge, Walter: Österreich seit der Katastrophe, Hohenwart-Beust, 2. Bd., Leipzig und Wien 1879.
Scheller, Ernst: Bismarck und Rußland, Marburg 1926.
Schmidt, Franz: August Reichensperger, München-Gladbach 1918.
—, Peter Reichensperger, München-Gladbach 1913.
Spahn, Martin: Das deutsche Zentrum, Kultur und Katholizismus, 5. Bd., Kirchheim 1906.

Schrörs, Heinrich: Deutscher und französischer Katholizismus in den letzten Jahrzehnten, Freiburg 1917.
v. Sybel, Heinrich: Klerikale Politik im 19. Jahrhundert, Bonn 1874.
v. Treitschke, Heinrich: Zehn Jahre deutscher Kämpfe, 3. Aufl., Berlin 1879.
Wahl, Adalbert: Deutsche Geschichte von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, 1. Bd., Stuttgart 1926.
—, Vom Bismarck der 70er Jahre, Tübingen 1920.
Windthorst, E.: Die Jesuitengefahr, Eine Reichstagsrede aus dem Jahre 1872, Heidelberg 1930.
Weden, Fritz: Das Zentrum und die auswärtige Politik des Deutschen Reiches in dem Jahrzehnt von 1873—83, Dissert., Rostock 1928.
Zimmermann, Paul: Das Zentrum, Berlin 1909.

II. Quellen.

Augsburger Postzeitung, 1870, 1871, 1872, 1875, 1876, 1879.
Busch, Moritz: Tagebuchblätter, 1. und 2. Bd., Leipzig 1899.
Germania, Berlin, 1871—1879.
Die Große Politik der Europäischen Kabinette, 1871—1914, herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Friedrich Thimme, Berlin 1922, 1.—3. Bd. (abgek. Gr. Pol.).
Historisch-Politische Blätter, München, 71. u. 72. Bd., 1873; 73. Bd., 1874; 77. u. 78. Bd., 1876; 80. Bd., 1877; 1. u. 2. Bd., 1878; 2. Bd., 1879.
Frh. v. Kettler, Wilh. Emmanuel: Briefe, hrsg. von I. M. Raich, Mainz 1879.
Kohl, Horst: Die politischen Reden des Fürsten v. Bismarck, 5. Bd., Stuttgart 1893.
Kölnische Volkszeitung, Köln, 1870/78.
Kölnische Volkszeitung, 2. 12. 1920, Nr. 944.
Mirbt, C.: Quellen zur Geschichte des Papsttums, 3. Aufl. 1911.
Neue Preußische Zeitung, Berlin, 1870, 1872 und 1875.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Berlin, 1872 und 1875.
Die Post, Berlin, 13. 4. 1875, Nr. 85.
Preußische Jahrbücher, 28. Bd., 1871; 35. Bd., 1875; 44. Bd., 1879.
Provinzial-Correspondenz, Berlin, 5. 4. 1871, Nr. 14.
Siegfried, Nicolaus: Aktenstücke betr. den preußischen Kulturkampf, Freiburg 1882.
Schwarzes Blatt, Berlin 1879.
Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, 1., 2. und 5. Band, Freiburg 1926, 1927 und 1932.
Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages, 19. Bd., 1871; 24. Bd., 1872; 34. Bd., 1874; 41. Bd., 1876; 45. Bd., 1877; 47. Bd., 1878; 52. Bd., 1879.
Stenographische Berichte des Preußischen Abgeordneten-Hauses, 1. Bd. 1871/72.

Anmerkungen.

Einleitung.

Partei und Außenpolitik.

1. Staatslexikon der Görresgesellschaft, Freiburg 1926, I, S. 518.

1. Kapitel:

Vom Ursprung und Werden der Zentrumspartei.

I. Der großdeutsche Gedanke im politischen Katholizismus der Epoche von 1848 bis 1870.

1. Bachem, K., Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, I, S. 118, Anm. 1: Görres war ein Gegner der „Pfaffheit". — 1799 war ar als Abgeordneter des Rhein-Moseldepartements in Paris.
2. Vgl. Anm. 1: 1806 kam Görres als Privatdozent nach Heidelberg.
3. Vgl. Bachem, K., Vorgeschichte, Gesch. u. Pol. d. Zentr. I, S. 120: Der „Rheinische Merkur" wurde später von der preußischen Regierung verboten.
4. Ebd., II, S. 53.
5. Oncken, H., August Reichensperger, H. Z., 88. Bd., S. 251. — Schmidt, Franz, August Reichensperger, S. 35. — Bachem, K. Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr. II, S. 37: A. Reichensperger war Mitglied des „Katholischen Klubs".
6. Schmidt, Franz, Peter Reichensperger, S. 12: P. Reichensp. geb. 1810 zu Koblenz, seit 1859 war er Obertribunalrat in Berlin.
7. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr. II, S. 54: Nur Radowitz und Max v. Gagern stimmten für Friedrich Wilhelm IV.
8. Oncken, H., Rudolf v. Bennigsen, II, S. 214 f.
9. Bachem, K., Politik u. Gesch. d. Zentrumspartei, S. 112 ff.
10. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol., I, S. 193.
11. Schmidt, F., August Reichensperger, S. 34: Angabe aus Reichenspergers Tagebuch.
12. Bachem, K., Pol. u. Gesch. d. Zentr., S. 115. — Schmidt, F., Hermann von Mallinckrodt, geb. 1821 zu Minden i. Westf. Seit 1852 im Wahlkreis Beckum-Ahaus gewählt. 1860 Regierungsrat in Düsseldorf. Er entstammte einer westfäl. Adelsfamilie.
13. Vgl. Kißling, Joh. B., Gesch. d. Kulturkampfes im Deutschen Reiche, I, S. 334: K. sagt, die Fraktion habe sich gebildet, da die Gefahr bestand, „daß der politische Protestantismus sich seines Einflusses auf die preußische Regierung bedienen würde".
14. Spahn, M., Das deutsche Zentrum, S. 13.
15. Bachem, K., Pol. u. Gesch. d. Zentr., S. 119.
16. Spahn, a.a.O., S. 14: Spahn sagt, daß seit Ausbruch des Krieges von 1859 die Partei von ihren Wählern im Stich gelassen wurde.
17. Kißling, Kulturkampf, I, S. 335.
18. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 215. — Bachem, Julius, Preußen und die kathol. Kirche, Köln 1885, S. 66.
19. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., II, S. 191.

20. Ebd., II, S. 192
21. Ebd., II, S. 192.
22. Vgl. Hüsgen, E., Ludwig Windthorst: L. Windthorst wurde geb. am 17. 1. 1812 zu Kaldenhof b. Osnabrück. Von 1851—1853 und 1863 bis 1865 war er hannoverscher Justizminister.
23. Knopp, I., Ludwig Windthorst, S. 63.
24. Hüsgen, Ludwig Windthorst, S. 2.
25. Reumont, A., Ludwig Windthorst, S. 12.
26. Reumont, S. 19.
27. Spahn, M., Das deutsche Zentrum, S. 30.
28. Knopp, S. 63 u. 66. — Rachfahl, F., Windthorst und der Kulturkampf, S. 224: Windthorst ließ sich im Wahlkreis Meppen-Lingen-Bentheim wählen.
29. Knopp, S. 66. — Rachfahl, F., a.a.O., S. 236.
30. Bachem, Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr. III, S. 2 f.
31. Rachfahl, a.a.O., S. 228 f.
32. Vgl. Pfülf, O., Bischof v. Ketteler, 2. Bd.
33. Frh. v. Ketteler, Wilhelm Emmanuel, Deutschland nach dem Kriege von 1866.
34. Ebd. S. 83: Ketteler empfindet die Trennung von Österreich „mit tiefster Wehmut".
35. Ebd. S. 83.
36. Ebd. S. 73.
37. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 218.

II. Die Neugründung der Zentrumspartei im Winter 1870/71.

a) Der Gegensatz zwischen Katholizismus und Liberalismus.

1. Zimmermann, P., Das Zentrum, S. 8.
2. Bachem, K., Pol. u. Gesch. d. Zentr., S. 132.
3. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 218.
4. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., III, S. 88. — 535 Bischöfe stimmten mit „Placet"; 56 Bischöfe der Opposition hatten am Tage vorher Rom verlassen.
5. Ebd. III, S. 87.
6. Rachfahl, F., a.a.O., S. 229 f.
7. Hüsgen, E., Ludwig Windthorst, S. 79. — Krueckemeyer, Aus Windthorsts Zeit, S. 5.
8. Bachem, K., Pol. u. Gesch. d. Zentr., S. 134: Im August 1869 fand unter der Bevölkerung Berlin-Moabits ein Sturm auf ein von zwei Dominikanerpatres bewohnten Niederlassung statt.
9. Hüsgen, E., Ludwig Windthorst, S. 80: Diese Vorgänge hätten auch die vertrauensseligsten Katholiken stutzig gemacht.
10. Ebd., S. 81.
11. Kißling, Kulturkampf, I. S. 332: Die Katholiken wollten im Landtag eine Diskussion über den „Klostersturm" herbeiführen, was der Präsident Forkenbeck verhindert habe. — Knopp, Ludwig Windhorst, S. 116: Mallinckrodt hatte am 10. 2. 1870 beantragt, die Klosterpetitionen auf die Tagesordnung zu setzen.
12. Krueckemeyer, a.a.O., S. 5: Windthorst sagte am 10. 12. 1873 im preuß. Abgeordnetenhause über den Klostersturm: „Diese und ähnliche Wahrnehmungen haben es veranlaßt, daß die Katholiken . . . . bei den Wahlen des Jahres 1870 und auch 1869 Bedacht darauf nahmen, Männer zu wählen, die bereit waren-, das Kirchenstaatsrecht nach dem System Friedrich Wilhelms IV. zu verteidigen. Dies ist die ganze Mobilmachung; das ist die ganze Schuld der Herren, die sich zur Zentrumspartei vereinigten."
13. Kißling, Kulturkampf, I, S. 335.

14. Abgedr. b. Bachem, K., Pol. u. Gesch. d. Zentr., S. 135 f.
15. Kißling, Kulturkampf, I, S. 335 f. — Spahn, M., Das deutsche Zentrum, S. 37: Spahn nennt den Aufruf „eine noch unverfälschte Kundgebung der alten liberalen Auffassung vom Wesen des Parlaments".
16. Bachem, K., Pol. u. Gesch. d. Zentr., S. 137.
17. Reumont, Ludwig Windthorst, S. 33: „Daß die kirchenpolitischen Artikel der preußischen Verfassung . . . . bedroht waren, konnte . . . keinem Zweifel unterliegen. Dazu war während des Krieges noch die Sorge um die Freiheit und Unabhängigkeit des Oberhauptes der Kirche, des Papstes, gekommen, den am 20. 9. 1870 die Italiener . . . . den letzten Rest westlichen Besitzers, Rom selber, entrissen hatten. War es unter diesen Umständen nicht eine ganz selbstverständliche und wohlberechtigte Tat, wenn sich die Katholiken in Preußen wie im Reiche zur entschiedenen Vertretung ihrer Interessen parlamentarisch zusammenschlossen?"
18. Schrörs, H., Deutscher u. französischer Katholizismus in den letzten Jahrzehnten, S. 130 f.: Sch. sagt, der Klostersturm sei nur ein „Wetterzeichen" gewesen und habe weniger stark auf die Wahlen gewirkt wie die Raumerschen Erlasse. Der entscheidende Grund für die Auferstehung des Zentrums sei gewesen, daß die katholische Weltanschauung ihren Platz im staatlichen Leben sich sichern mußte.
19. Frh. v. Ketteler, Wilhelm Emmanuel, Briefe, herausg. von I. M. Raich, S. 425, Brief Nr. 230. Am 1. 10. 1870 schrieb Ketteler an Bismarck: „Auch in dieser Hinsicht halte ich daher die Aufnahme der Bestimmungen der preuß. Verfassung in die deutsche Reichsverfassung für den höchsten Akt politischer Klugheit. Ohne religiösen Frieden wird die Zukunft Deutschlands nie gesichert sein." — Ketteler erhielt jedoch von Bismarck keine Antwort.

b) Die Sendung des Erzbischofs Ledochowski in Versailles und die Neugründung des Zentrums.

20. K. V. Z., 25. 9. 1870, Nr. 265, 2. Bl., Viktor Emmanuel in Rom.
21. K. V. Z., 3. 10. 1870, Nr. 273, 2. Bl., Aus Süddeutschland.
22. K. V. Z., 30. 9 1870, Nr. 270, 1. Bl., Der Aufruf „An die Katholiken Deutschlands", der im Inseratenteil erschienen war, war u. a. von folgenden Männern unterzeichnet: Karl Fürst zu Löwenstein-Wertheim, Caius Graf zu Stolberg-Stolberg, Felix Freiherr von Loë, Freiherr von Schorlemer-Alst, Joseph Lingens, Chr. Moufang.
23. K. V. Z., 6. 10. 1870, Nr. 276, 2. Bl., Meldung aus Fulda. Die K. V. Z. schrieb, auf der Tagung in Fulda werde die römische Frage an erster Stelle stehen.
24. K. V. Z., 6. 10. 1870, Nr. 276, 2. Bl., Meldung aus Fulda.
25. Es ist möglich, daß die Adresse an die deutschen Fürsten auf Anraten des Papstes beschlossen wurde. — Genaue Quellen waren mir hierüber nicht erreichbar.
26. K. V. Z., 15. 10. 1870, Nr. 285, 2. Bl., Die Erklärung der Katholikenversammlung zu Fulda vom 12. Oktober 1870.
27. K. V. Z., 10. 10., 13. 10., 18. 10., 31. 10., 4. 11., 30. 10., 15. 10., 16. 10., 28. 10. 1870: Adressen ergingen aus Berlin, Breslau, Hildesheim, Freiburg, Paderborn, Münster, Wiesbaden, Trier usw.
28. K. V. Z., 6. 10. 1870, Nr. 276, 2. Bl., Meldung aus Fulda.
29. K. V. Z., 27. 10. 1870, Nr. 297, 1. Bl., Meldung aus Nassau.
30. K. V. Z., 16. 10. 1870, Nr. 286, 2. Bl., Inseratenteil, Einladung an die Bürger Kölns a. Rh. zur Versammlung am 19. 10. 1870.
31. K. V. Z., 26. 10. 1870, Nr. 296, 1. Bl., Meldung aus Berlin.
32. K. V. Z., 4. 11. 1870, Nr. 305, 2. Bl., Inseratenteil, Einladung zu einer Katholikenversammlung in Krefeld am 6. 11. 1870: „Der unerhörte Rechtsbruch und empörende Gewaltakt, welcher vor wenigen Wochen

in Rom und dem Kirchenstaat vorgegangen, erfüllt die katholische Welt mit gerechter Entrüstung und Schmerz. Papst Pius IX. sieht sich am Abend seines Lebens des Restes der Länder beraubt, deren Besitz dem Oberhaupt der Kirche volle Freiheit und Unabhängigkeit gewährleistete . . . . Aller Katholiken heilige Pflicht ist es, diesen brutalen Gewaltakt gegen das Oberhaupt und den Besitzstand unserer hl. Kirche öffentlich zu richten, und dann mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß unser schwer geprüfter hl. Vater aus den Händen seiner Feinde befreit . . . . werde."

33. Vigener, Fritz, Ketteler, S. 615.
34. Bachem, K., Vgsch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., III, S. 113 f. Das Soester Programm war verfaßt von Dr. Hülskamp und von Freiherr von Schorlemer-Alst.
35. K. V. Z., 5. 11. 1870, Nr. 306, 2. Bl., Zu den Wahlen II.
36. K. V. Z., 19. 10. 1870, Nr. 289, 2. Bl., Meldung aus Berlin; N. A. Z., 18. 10. 1870.
37. K. V. Z., 22. 10. 1870, Nr. 292, 2. Bl., Meldung aus Köln. — K. V. Z., 13. 10. 1870, Nr. 283, 1. Bl.: Der Erzbisch. Paulus von Köln hatte in einem Hirtenbrief v. 8. 10. 1870 der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß König Wilhelm seinen mächtigen Einfluß dahin verwenden werde, daß dem gegenwärtigen unerträglichen Zustande der Dinge in Rom ein Ende gemacht . . . . werde".
38. K. V. Z., 27. 10. 1870, Nr. 297, 2. Bl., Aus der Diözese Culm.
39. K. V. Z., 3. 11. 1870, Nr. 304, 2. Bl., Erzbisch. Erlaß, die Wahlen der Volksvertreter betreffend.
40. K. V. Z., 5 11. 1870, Nr. 306, 1. Bl., Zu den Wahlen.
41. K. V. Z., 2. 11. 1870, Nr. 303, 2. Bl., Wochen-Rundschau.
42. Vigener, a.a.O., S. 572 ff. Ketteler schrieb im Februar 1869 eine Schrift über „Das allgemeine Konzil und seine Bedeutung für unsere Zeit."
43. Ebenda, S. 599.
44. Siegfried, N., Aktenstücke, S. 21, Hirtenbrief deutscher Bischöfe aus Fulda vom August 1870 und S. 24, Schreiben des Heiligen Vaters vom 28. 10. 1870 an die deutschen Bischöfe, welche den gemeinsamen Hirtenbrief von Fulda erließen. Darin heißt es: „Vollständiger würde jedoch unser Trost gewesen sein, wenn wir die Namensunterschriften aller Bischöfe Deutschlands unter Eurem Schreiben gelesen hätten."
45. Mumbauer, Johannes, Wilhelm Emm. von Kettelers Schriften, I, S. 408, An Bismarck in Versailles, Mainz, 1. 10. 1870.
46. Vigener, a.a.O., S. 614.
47. Ebenda, S. 614 f. — Der Hirtenbrief, der im Mainzer Journal, 5. 11. 1870, Nr. 257, abgedruckt ist, lag mir nicht vollständig vor.
48. Ebenda, S. 615.
49. Germania, 18. 12. 1895, Nr. 292, 1. Bl., Von der Wiege der Germania I. — Bischof Ketteler richtete am 27. 12. 1870 ein Schreiben an die „Germania".
50. Vigener, S. 617, V. sagt, Pilgram sei ein Mann gewesen, der kirchlich, philosophisch, national gleich enthusiastisch gestimmt war. — Er wurde schon im März 1871 durch Paul Majunke abgelöst.
51. Germania, 19. 12. 1870, Nr. 293, 2. Bl., Von der Wiege der Germania II.
52. Vigener, S. 618 ff., Die Katholiken im Deutschen Reiche. Entwurf zu einem politischen Programm, Mainz 1873.
53. Ebenda, S. 624 f.
54. Vigener, S. 626.
55. Ebenda, S. 625, Anm. 2: Ketteler in seiner Friedenspredigt vom 5. 3. 1871.
56. K. V. Z., 4. 11. 1870, Nr. 305, 2. Bl., Meldung aus Berlin, Erzbischof Ledochowski machte zuerst den Ministern in Berlin Besuche, um wegen seiner Mission Fühlung zu nehmen.

57. K. V. Z., 7. 11. 1870, Nr. 308, 2. Bl., Meld. aus Berlin, Die K. V. Z. schreibt, Ledochowski habe von Bismarck eine sehr verbindliche Antwort erhalten, „in welcher dieser dem Kirchenfürsten anzeigte, daß der König ihn mit Freuden empfangen werde".
58. Neue Preußische Zeitung, 3. 11. 1870, Nr. 257, Nach einer Meldung aus München hat sich der Erzbischof von München an König Ludwig von Bayern gewandt, um Bayern für eine Intervention zugunsten des Kirchenstaates zu gewinnen.
59. K. V. Z., 15. 11. 1870, Nr. 316, 2. Bl.
60. Oncken, H., Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854—1871, II, S. 189 f.
61. Oncken, H., Großherz, Friedr. I., II, S. 189 f.
62. Bismarck, Gedanken u. Erinnerungen, II, 1922, S. 150.
63. Ebd., II, S. 151.
64. Oncken, H., Großherzog Friedrich I., II, S. 191, Tagebuch v. 19. 11. 1870: Bismarck erwiderte: „Die Gewährung eines Aufenthaltsortes schließe in sich, daß der Betreffende sich den Landesgesetzen unterordne."
65. Busch, M., Tagebuchblätter, I, S. 372: Äußerung Bismarcks am 9. 11. 1870 zu Versailles.
66. Ebd. I, S. 372.
67. Kißling, a.a.O., I, S. 358, Anm. 2: Wagener, Bismarck nach dem Kriege, S. 13 f.
68. Meißner, Heinrich Otto, Kaiser Friedrich III, Das Tagebuch von 1870/71, Leipzig und Berlin, 1926, S. 181, Versailles, 10. 10. 1870.
69. Vgl. Kißling, a.a.O., I, S. 538 f. — Vgl. H. v. Poschinger, Neue Tischgespräche und Interviews, Stuttgart 1895, S. 68 f. — Kißling, I, S. 361, sagt, die Ansicht, Bismarck habe schon während des deutsch-französischen Krieges gegen die katholische Kirche Pläne gehabt, sei „nicht haltbar".
70. Rachfahl, F., a.a.O., S. 239 f.: Auch Rachfahl hebt zu den Äußerungen Bismarcks hervor, daß „von irgendwelcher Animosität gegen Papst u. Katholizismus" in diesen Worten nichts zu spüren sei.
71. Rachfahl, F., a.a.O., S. 242: Rede Bismarcks im Reichstag am 30. 1. 1872.
72. Oncken, H., Großherzog Friedrich I., II, S. 179: Tagebuch v. 16. 11. 1870.
73. Ebd., II., S. 163, Tagebuch v. 9. 11. 1870: „Ledochowski ist hier im Auftrag des Papstes, um beim König ein Asyl in Deutschland zu erbitten, wenn er sich genötigt sehe, Rom zu verlassen. Der Bundeskanzler sei für Gewährung dieser Bitte, der König sei dagegen." Ebd., II, S. 192, Tagebuch v. 19. 11. 1870: „Bismarck . . . . bedauerte, daß der König sich nicht habe entschließen wollen, etwas mehr Entgegenkommen zu gewähren." — Kißling, Kulturkampf, I, S. 355 f.
74. Majunke, P., Gesch. d. „Kulturkampfes" in Preußen-Deutschland, S. 32. M. sagt, der Kaiser habe eine „entgegenkommende Zusage" gegeben. — Hüsgen, E., Ludwig Windthorst, S. 111: „Ich sehe in der Okkupation Roms einen Gewaltakt und eine Anmaßung Italiens und werde nach Beendigung des Krieges mit anderen Fürsten Schritte dagegen in Betracht ziehen."
75. K. V. Z., 22. 12. 1870, Nr. 353, 2. Bl., Meldung aus Berlin. Die K .V. Z. erklärt alle Gerüchte für falsch, die behaupten, der Erzbischof sei nach Rom gereist.
76. K. V. Z., 24. 12. 1870, Nr. 355, 2. Bl. Italien. Wie die Genfer-Korrespondenz berichtet, entsandte der Erzbischof von Posen nach seiner Unterredung mit dem preußischen König einen Boten nach Rom, „nicht etwa um einen Brief des Königs von Preußen zu überschicken, sondern nur um die Einzelheiten der . . . . Zusammenkunkt zur Kenntnis Seiner Heiligkeit zu bringen".
77. K. V. Z., 15. 11. 1870, Nr. 316, 2. Bl., Meldung aus Rom. Die Kardinäle hatten sich am 10. November im Vatikan versammelt, um über

das Schicksal des Papstes zu beraten, da er dauernden Demonstrationen vor und im Vatikan ausgesetzt war.

78. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 219.

79. Abgedr. b. Bachem, K., Pol. u. Gesch. d. Zentr., S. 142 f.: Auf Einladung Peter Reichenspergers und Savignys kam man am 13. 12. 1870 im „Englischen Haus" zu Berlin zusammen; am 14. 12. 1870 trat der Preuß. Landtag zusammen.

80. Kißling, a.a.O., I, S. 336 f.: Der Name „Zentrum" wurde auf Vorschlag von Savigny und A. Reichensperger gewählt. — Der Vorschlag des geistl. Rates Müller, die Partei „Katholische Fraktion" zu nennen, wurde abgelehnt. Am 1. Januar 1871 wurde die „Germania" gegründet, die später unter Leitung des Kaplans Paul Majunke stand.

81. Spahn, M., Das dt. Zentrum, S. 46: Windthorst unterzeichnete am 11. 1. 1871 den Aufruf zu den Reichstagswahlen. — Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr. III, S. 122 ff.: Windthorst stimmte gegen die Versailler Verträge zwischen den norddeutschen und süddeutschen Staaten, da sie ihm nicht die gleiche Garantie für die Religionsfreiheit boten wie die preußische Verfassung.

82. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., I, S. 25.

83. Ebd., I, S. 26.

84. Ebd., I, S. 24 f.

85. Abgedr. b. Bachem, K., Pol. u. Gesch. d. Zentr., S. 144.

86. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., III, S. 157.

87. Pastor, Ludwig, August Reichensperger, II, S. 10: A. Reichensperger schrieb am 21. 12. 1870 an Dr. Crull in Wismar u. a.: „Weit wichtiger als unser Landtag nun wird der bevorstehende ‚deutsche' Reichstag werden. In dieser Versammlung nun wird dann auch eventuell der ‚kühne Griff' des Königs Biedermann (Viktor Emmanuel) zur Sprache gebracht werden können, da auswärtige Angelegenheiten dem Abgeordnetenhaus abhanden gekommen sind. Wie wird der neue Kaiser sich überhaupt zu dem alten Papst stellen?"

88. Germania, 10. 2. 1871, Nr. 33, Vom deutschen Reichstage.

89. Vgl. Anm. 88: Was die Katholiken unter „Freiheit der Kirche" verstehen, geht aus folgender Äußerung der „Germania" hervor: „Mit dem Recht, in der Religion und in der Kirche als Katholiken völlig frei zu sein, wie es ihre Überzeugung fordert, ist das Recht gegeben, zu verlangen, daß auch die Bedingungen zu solchem Frei-sein, die die Jahrhunderte unter sichtbarer Führung der Vorsehung im Kirchenstaate hervorgebracht haben, in ihrem Dasein erhalten und geschützt werden."

90. Ebd.

91. Germania, 11. 2. 1871, Nr. 34, Vom deutschen Reichstage.

92. Vgl. Anm. 91: „Über den politischen Zwecken vergessen oft nur gar zu viele die kirchlichen Zwecke, die ja doch das höchste Ziel unserer Bestrebungen bilden müssen . . ."

93. Ebd. — Vgl. Sten. Ber. Dtsch. Rchstg., 19. Bd., 1871: Während der Adreßdebatte am 30. 3. 1871 betonte der Abgeordnete Völk, daß das Zentrum bei den Wahlen aufgefordert habe, katholische Männer zu wählen, die auf eine Intervention in Italien hinwirken können.

94. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 219.

95. Abgedr. b. Hahn, Ludwig, Gesch. d. „Kulturkampfes" in Preußen, S. 41 f.

96. Hüsgen, E., Ludwig Windthorst, S. 111: König Wilhelm I. hatte 1867 in der Thronrede gesagt: „Das Bestreben Meiner Regierung wird darauf gerichtet sein, den Ansprüchen Meiner katholischen Untertanen auf Meine Fürsorge für die Unabhängigkeit ihres Oberhauptes gerecht zu werden."

97. Prov. Correspondenz., 5. 4. 1871, Nr. 14, Die katholische Partei im Reichstage: „Vor allem ist durch die wichtigen Vorgänge, welche in

den letzten Jahren die katholische Kirche bewegt haben, namentlich durch die Ereignisse, welche das Oberhaupt derselben seiner weltlichen souveränen Herrschaft beraubt haben, die katholische Bevölkerung im allgemeinen zu einem geschlosseneren Auftreten auch in politischer Beziehung veranlaßt worden."

98. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 216.
99. Rachfahl, F., Windthorst u. d. Kulturkampf, S. 226.
100. Vgl. Pfülf, O., Bischof v. Ketteler, III, S. 146 f. — Bachem, K., Pol. u. Gesch. d. Zentr., S. 155: Ketteler trat am 20. 3. 1871 der Reichstagsfraktion bei.
101. Ged. u. Erinn. II, 1922, S. 152.
102. Frh. v. Ketteler, Wilhelm Emmanuel, Briefe, herausg. von I. M. Raich, S. 430 f., Brief Nr. 235: Ketteler schrieb am 14. 3. 1871 an den „Pfälzer Boten": „Dagegen alle Wahlen, welche nicht im nationalliberalen und fotrschrittlichen Sinne stattgefunden haben, als undeutsch . . . . oder als Opposition gegen das Kaisertum der Hohenzollern zu bezeichnen, ist eine freche Parteilüge . . . ."
103. Bachem, K., Pol. u. Gesch. d. Zentr., S. 139 ff., Programmentwurf des Bischofs von Ketteler, Punkt 1, 2 und 3. — Dieser Entwurf, den K. als ein „Programm für die Katholiken in Deutschland" bezeichnet, wurde erst im Jahre 1873 veröffentlicht. — Abgedr. in Kettelers Schrift „Die Katholiken im Deutschen Reiche", Mainz 1873, S. 6 ff.
104. Weden, Fritz, Diss., Rostock 1928, S. 27, kommt auch zu dem Ergebnis, daß das Zentrum „durch seine religiöse Einstellung zu einer direkten reichsfeindlichen Haltung bestimmt wird".

III. Das Zentrum, eine katholische Partei.

1. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., I, S. 25 ff.
2. Kißling, Kulturkampf, I, S. 340. Als protestantische Mitglieder waren dem Zentrum beigetreten Ernst Ludwig v. Gerlach, der ehemalige Mitarbeiter der „Kreuzzeitung" und der ehemalige hannoversche Staatsmann Ludwig Brüel, sowie noch einige Hospitanten.
3. Rachfahl, F., Windthorst u. d. Kulturkampf, S. 236 f. bis S. 237, Anm. 1.
4. Kölnische Volkszeitung, 3. 11. 1870, Nr. 304, Zu den Wahlen.
5. Spahn, M., Das deutsche Zentrum, S. 34 f.
6. Nach „Germanikus", Ein Spiegelbild des Zentrums, S. 28: Der Zentrumsabgeordn. Graf Ballestrem sagte auf dem Parteitag 1892: „Wir sind unzertrennlich vom Papste; wir betrachten uns als eine Garde Seiner Heiligkeit in Rom."
7. Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, V, S. 1579: Das Staatslexikon sagt, das Zentrum sei „im wesentlichen die staatspolitische Vertreterin des katholischen Volksteiles" gewesen.
8. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., I, S. 21.
9. Ebd. I, S. 12.
10. Bernheim, E., Mittelalterliche Zeitanschauungen in ihrem Einfluß auf Politik und Geschichtsschreibung, S. 202.
11. Bernheim, E., a.a.O., S. 223.
12. Mirbt, C., Quellen zur Geschichte des Papsttums, 3. Aufl. 1911, S. 163 ff.: „Unum caput, non duo capita quasi monstrum, Christus scilicet et Christus vicarius Petrus successor . . ."
13. Meinecke, Fr., Die Idee der Staatsraison, S. 33.

2. Kapitel.

Das Zentrum und die deutsche Außenpolitik in den Jahren 1870 bis 1879.

I. Die Interventionsforderung des Zentrums und die römische Frage.

a) Die Adreßdebatte im Reichstag und die Opposition des Zentrums.

1. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 213.
2. Rudolf v. Bennigsen war Führer der Nationalliberalen; er unterstützte Bismarcks Außenpolitik im ersten Jahrzehnt des neuen Reiches.
3. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstgs. 19. Bd., S. 52, Sitzung am 30. 3. 1871.
4. Nach Hahn, Ludwig, Gesch. d. „Kulturkampfes" in Preußen, S. 46 f.: Rede des Abg. v. Bennigsen im Reichstag am 30. 3. 1871.
5. Vgl. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstgs. 19. Bd., S. 52, Rede des Abg. Aug. Reichenspergers am 30. 3. 1871.
6. Vgl. Staatslexikon d. Görresgesellschaft, V, S. 1579.
7. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstgs., 19. Bd., S. 65, Rede Windthorsts am 30. 3. 1871. — Trotzdem hat es Windthorst am 19. 4. 1875 im Herrenhaus für nicht zutreffend erklärt, daß das Zentrum die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes im Jahre 1871 gefordert habe. —
8. Majunke, P., Gesch. d. „Kulturkampfes" in Preußen-Deutschland, S. 41: Der Adreßentwurf des Abg. v. Bennigsen wurde mit 243 gegen 63 Zentrumsstimmen angenommen.
9. Majunke, P., a.a.O., S. 41.
10. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 152.
11. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 152: „In diesem Sinne hatte ich einige Auseinandersetzungen mit Herrn v. Ketteler bezüglich seines genauer akzentuierten Anspruches auf ein verfassungsmäßiges Recht seiner Kirche, das heißt der Geistlichkeit, auf Verfügung über den weltlichen Arm."
12. Busch, M., Tagebuchbl., II, S. 228: In einer Instruktion an W. in München vom 17. 4. 1871 heißt es u. a. „In dieser Erwartung hatte die Regierung eine freundliche Haltung gegenüber der Partei gewahrt und bei der Adreßdebatte gegen die unverhüllt hervortretenden Erwartungen einer deutschen Intervention in Italien sich jeden Widerspruchs enthalten, um dem Ausdruck der verschiedenen Wünsche und Anschauungen freien Lauf zu lassen."
13. Oncken, H., Das Deutsche Reich u. die Vorgesch. d. Weltkrieges, I, S. 125.
14. Rachfahl, F., Windthorst u. d. Kulturkampf, S. 243. — Busch, M., a.a.O., II, S. 228: „Der Regierung hat die Fraktion . . . es als eine Art Kriegserklärung angerechnet, daß von bundesrätlicher Seite keine Unterstützung der klerikalen Bestrebungen stattgefunden hat."
15. Germania, 25. 4. 1871, Nr. 93.
16. Germania, 4. 4. 1871, Nr. 77, Meldung aus Rom: Die „Germania" spricht hier von dem „seit dem 20. September eingedrungenen Gesindel und den Glücksrittern".
17. Germania, 4. 4. 1871, Nr. 77.
18. Vgl. Germania, vom 9. und 12. 7. 1871, Nr. 152 u. 154.
19. Germania, 3. 6. 1871, Nr. 124, Meldung aus Rom.

b) Bismarcks Haltung zur Forderung des Zentrums.

20. Ged. u. Erinn., 2. Bd., 1922, S. 152.
21. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 129.

22. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 228.
23. Busch, M., Tagebuchbl., II, S. 228: In einer Instruktion an W. in München heißt es u. a.: „Die Regierungen finden dagegen, daß die aggressive Tendenz der Fraktion . . . natürlich auch auf die Stellung der Regierung einwirken, und die letztere zu einer Defensive drängen muß, in welcher sie um wirksamer Abwehr willen, sich genötigt sehen kann, auch ihrerseits aggressiv gegen die Partei aufzutreten."
24. Majunke, P., a.a.O., S. 44. — Spahn, M., Gesch. d. dt. Zentr., S. 56. — Kißling, a.a.O., I, S. 373, Anm. 1: Wagener, Bismarck nach dem Kriege, S. 25: Wagener sagt, Bismarck wollte damit eine „Säuberung der Zentrumspartei von den kampflustigen und friedensstörerischen Elementen" erzielen.
25. Majunke, P., a.a.O., S. 46. — Graf Frankenberg war Katholik und Abgeordneter der Deutschen Reichspartei.
26. Majunke, P., a.a.O., S. 46 f.
27. Vgl. Anm. 26.
28. Busch, M., a.a.O., II, S. 269.
29. Majunke, P., a.a.O., S. 46.

II. Die Ursachen des Kulturkampfes und Bismarcks Bündnispolitik.

a) Die Frage nach den Ursachen des Kulturkampfes.

1. Majunke, P., Gesch. d. „Kulturkampfes" in Preußen-Deutschland, S. 36.
2. Majunke, P., Das „evangelische Kaisertum", S. 60.
3. Vgl. Pfülf, O., Bischof von Ketteler, II, S. 191: „Frankfurter Zeitung" v. 15. 11. 1874.
4. Pfülf, O., a.a.O., III, S. 166: Nach einer nicht vollendeten Schrift Kettelers über „Die wahre Bedeutung des Kulturkampfes".
5. Vgl. Goyau, G., Bismarck et L'Eglise, I, S. XIII. — So hat besonders Goyau behauptet: „Le Culturkampf apparaîtrait ainsi, de plus en plus nettement, comme le troisième acte d'une audacieuse trilogie: Premier acte, Sadowa: Luther vainqueur des Habsburgs, Seconde acte, Sedan: Luther vainqueur du catholicisme. Troisième acte, Le Culturkampf."
6. Ged. u. Erinn., II., 1922, S. 152: „Ich bin in konfessioneller Hinsicht jederzeit tolerant gewesen . . ."
7. Vgl. Kißling, Kulturkampf, II, S. 326. — Vgl. H. v. Poschinger, Bismarck-Portefeuille, IV, Stuttgart 1899, S. 125 f.: Bismarck zu Lothar Bucher.
8. Wahl, A., Vom Bismarck der 70er Jahre.
9. Köln. Vztg., 2. 12. 1920, Nr. 944, Kulturkampf u. auswärtige Politik: „Daß bei Bismarck . . . auch Gründe der äußeren Politik mitwirkten, ist immer betont, noch nie aber so klar nachgewiesen worden, wie es jetzt von Wahl in seiner . . . Studie geschieht."
10. Wahl, A., Vom Bism. d. 70er Jhr., S. 58 ff.
11. Wahl, A., a.a.O., S. 61. — Wahl, A., Dtsch. Gesch. v. d. Reichsgründung bis zum Ausbruch d. Weltkrieges, I, S. 342 f.
12. Wahl, A., Dtsch. Gesch., I, S. 343.
13. Germania, 20. 6. 1871, Nr. 136: In einer Meldung aus Warschau heißt es: „Trotz der fortwährend gewalttätigen Unterdrückung alles polnischen Lebens, und der raffinierten Verfolgung der katholischen Kirche in Rußland, faselt die rußlandfreundliche Presse Deutschlands von einer liberalen und humanen russischen Regierung, und hebt den Zaren Alexander II. bis in den Himmel . . ."
14. Wahl, A., V. Bism. d. 70er Jhr., S. 64.
15. Scheller, E., Bismarck u. Rußland, S. 25 ff.: Scheller bestreitet, daß Bismarck sein Bündnissystem auf der kurialen Frage aufgebaut habe.
16. Wahl, A., V. Bism. d. 70er Jhr., S. 66.

17. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 175.
18. Scheller, E., a.a.O., S. 27.
19. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 175.
20. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 229.

b) Bismarcks Sorge vor klerikalen Verschwörungen und der Beginn des Kulturkampfes.

21. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., III, S. 215.
22. Ebd., III, S. 215.
23. Rachfahl, F., Windthorst u. d. Kulturkampf, S. 241: „Niemand aber schien unter den Alliierten des Zentrums Bismarck gefährlicher als die Polen, und der Kampf gegen sie ward für ihn der Übergang und das Vorspiel zum ‚Kulturkampf'."
24. Ged. u. Erinn., II, S. 154. — Auch Weden, F., a.a.O., S. 16 verweist darauf, die Ursache des Kulturkampfes habe für Bismarck in der polnischen Frage gelegen, ohne allerdings näher auf dieses Problem einzugehen.
25. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 154 f.
26. Ebd., II, S. 155.
27. Vgl. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 132.
28. Gr. Pol. 95, I/159 und 160, 20. 12. 1872.
29. Vgl. Näf, W., Bismarcks Außenpolitik 1871—1890, S. 13.
30. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 196 f.: „Es war alsdann zu befürchten, daß . . . Österreich und Frankreich auf dem Boden der gemeinsamen Katholizität sich einander nähern und uns entgegentreten würden, und die Tatsache, daß es in Deutschland so wenig wie in Italien an Elementen fehlte, deren konfessionelles Gefühl stärker war als das nationale, hätte zur Verstärkung und Ermutigung einer solchen katholischen Allianz gedient. Ob wir ihr gegenüber Bundesgenossen finden würden, ließ sich nicht sicher veraussagen; jedenfalls hätte es in der Willkür Rußlands gestanden, die österreichisch-französische Freundschaft durch seinen Zutritt zu einer übermächtigen Koalition auszubilden, wie im Siebenjährigen Kriege . . ."
31. Köln. Vztg., 2. 12. 1920, Nr. 944, Kulturkampf u. auswärtige Politik.
32. Kißling, Kulturkampf, I, S. 382 ff.
33. Vgl. Pfülf, O., Bischof v. Ketteler, III, S. 162 ff. — Vgl. auch Spahn, M., Das deutsche Zentrum, S. 58 ff.: Gespräch Kettelers mit Bismarck am 16. 11. 1871. Sp. sagt über den Eindruck, den er von Bismarck hatte: „Ich fand den Reichskanzler ganz von einem Gedanken beherrscht, daß seinem Werke von Rom her Gefahr drohe, daß von dort . . . eine einheitliche Leitung gegen das Deutsche Reich stattfinde, und daß der erste und nächste Angriffspunkt in diesem Kampfe die preußisch-polnischen Länder seien . . . Alle Versuche, ihn von seinem Irrtum zu überzeugen, blieben gänzlich ohne Erfolg. Er erklärte vielmehr, daß es seine Hauptaufgabe sei, alle Gefahren, welche seine Schöpfung bedrohen, schon von ferneher ins Auge zu fassen und sie mit allen Mitteln . . . niederzuwerfen."
34. André, Dreux: Dernières années de l'ambassade en Allemagne. de M. Gontaut-Biron, S. 272: „Soit conviction sincère, soit mot d'ordre, il rencontrait partout la peur du cléricalisme."
35. Windthorst, E., Die Jesuitengefahr, Eine Reichstagsrede aus dem Jahre 1875: Die „Genfer Korrespondenz" ist das Organ der Jesuiten; die „Civilta Catolica" ist das bedeutendste offizielle Organ der römischen Kurie.
36. Vgl. Windthorst, E., a.a.O.: „Die „Civilta Cattolica" vom 20. 7. 1871 schreibt: „Der Papst ist nach göttlichem Rechte der höchste Ordner und Leiter der christlichen Staaten. Er hat das Recht, die christlichen Fürsten . . . zur Rechenschaft zu ziehen, zu strafen, eventuell abzusetzen."

37. Vgl. Windthorst, E., a.a.O.: „Genfer Korrespondenz" v. 20. 7. 1871. — Vgl. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., III. S. 216: Ketteler hat der „Genfer Korrespondenz" die Schuld gegeben, daß sie das Ansehen der deutschen Katholiken schädige.
38. Vgl. Windthorst, E., a.a.O.: Die „Genfer Korrespondenz" v. 20. 7. 1871 schreibt: „Könnte man all' diesen Ländern mit Gewißheit sagen, Österreich habe den ernstlichen Willen, sich an die Spitze der katholischen Bewegung zu stellen, so würde ein einstimmiger Freudenruf vom Rhein bis zur Donau erschallen."
39. Germania, 13. 7. 1872, Nr. 156, Das Nationalitätsprinzip und die katholische Kirche: Das Nationalitätsprinzip sei „widerrechtlich und unmoralisch", wenn es „absolute Geltung" haben soll.
40. Vgl. Nordd. Allgem. Ztg., 25. 6. 1872, Nr. 145, Politischer Tagesbericht.
41. Der Herausgeber des „Bayrischen Vaterland" ist Dr. Sigl, von dem selbst die übrige ultramontane Presse abrückt. Die „Augsbg. Poststg." v. 1. 3. 1871, Nr. 54, führt aus, Dr. Sigl sei „für Vernunftgründe rein unzugänglich". Denn er behandle diejenigen Katholiken, welche die Versailler Verträge als das geringere Übel angesehen hätten, wie „Putzlumpen".
42. Die Hist.-Pol. Bl., München, sind begründet im Jahre 1838 von Görres; die damaligen Herausgeber waren der Zentr.-Abg. Edm. Jörg u. Franz Binder. Die meisten außenpolitischen Artikel, die ohne Angabe des Autors sind, stammen von Jörg, der auch im Reichstag Bismarcks Außenpolitik kritisierte. Wenn K. Bachem in seiner Vorgesch.. Gesch. u. Pol. d. Zentr., III, S. 362 f., sagt, das Zentrum habe dem Fürsten Bismarck auf außenpolitischem Gebiet keine Schwierigkeiten gemacht u. zum Beweis den Abgeordneten Jörg anführt, der noch im Dezember 1870 gegen die Versailler Verträge stimmte, so muß festgestellt werden, daß gerade dieser Bismarcks Politik durchaus feindlich gegenüberstand. — Daß die Hist.-Pol. Bl. tatsächlich die Meinung des Zentr. zu den außenpolitischen Fragen wiedergeben, zeigt folgender Satz im 72. Bd. auf S. 635: „Mit einem Worte: sowohl der deutsche Episkopat als die Zentrumsfraktion können auf uns alle, die wir allerdings die versöhnlichste, gemäßigste, modernste Flanke des katholischen Lagers bilden, so fest und gewiß rechnen, wie nur auf irgendeinen Teil der Gesamtaufstellung."
43. Germania, 23. 4. 1873, Nr. 92: Die „Germania" sagt, das „Bayrische Vaterland" sei ein „Schmutzblatt".
44. Augsb. Pztg., 25. 6. 1872, Nr. 150, Österreich — Italien — Preußen.
45. Germania, 7. 6. 1871, Nr. 127. — Die „Germania" meint, von einer Wiedereinsetzung der Bourbonen habe Deutschland „wenig zu besorgen". — Heinrich V. sei „ein Katholik aus Überzeugung mit Leib und Seele".
46. v. Sybel, H., Klerikale Politik im 19. Jhdt., S. 119.
47. Hist. Pol. Bl., 73. Bd., 1874, S. 160, Briefe eines Amerikaners: „Frankreich zeigt sich z. Zt. von Thiers wie auch heute freundlich gegen die kathol. Kirche, und bald werden viele Katholiken sich daran gewöhnen, Frankreich als Protektor ihrer Kirche zu betrachten." — Noch im Jahre 1908 schrieben die Hist. Pol. Bl., I, S. 142: „Nichts ist so einleuchtend als der Satz, daß bei Königgrätz und Sedan die katholische Welt geschlagen wurde."
48. Vgl. Nordd. Allgem. Ztg., 10. 2. 1872, Nr. 34, Politischer Tagesbericht.
49. Vgl. Augsbg. Pztg., 3. 12. 1870, Nr. 293, Politischer Tagesbericht.
50. Vgl. Anm. 49.
51. Köln. Vztg., 5. 3. 1871, Nr. 64.
52. Köln. Vztg., 7. 3. 1871, Nr. 66, Deutsches Reich.
53. Augsb. Pztg., 9. 1. 1871, Nr. 8, Rückblick auf d. Jahr 1870, An der Art, wie die Beziehungen zu Österreich sein werden, würden wir

erkennen, „ob Graf Bismarck sich wirklich auf hohe Politik versteht oder nicht".

54. Hist. Pol. Bl., 71. Bd., 1871, S. 10. Die Situation pro 1873.
55. Bazin, G., Windthorst, Ses alliés et ses adversaires: „Lorsque la fille ainée de l'Eglise romaine serait dans l'impuissance de prêter son appui à la papauté qui pourrait désormais s'opposer à la lutte contre Rome?" — Vgl. auch Goyau, G., Was verdankt die katholische Welt Frankreich, Alsatia 1924, S. 18: „Der Katholizismus drängt nach stetem Wachstum, und in diesem ununterbrochenen Streben konnte er sich beständig die Unterstützung Frankreichs sichern."
56. Augsb. Pztg., 12. 1. 1871, Nr. 11, Rückblick auf das Jahr 1870.
57. Germania, 2. 7. 1871, Nr. 146: Über den Einzug Viktor Emmanuels in Rom schreibt die G. folgendes: „Wir erinnern uns keines Beispiels in der Geschichte, daß ein Fürst seinen Nachbarstaat meuchlings überfallen, um ihn sich anzueignen, und in dessen Hauptstadt den Sitz seiner eigenen Gewalt dauernd aufzuschlagen."
58. Germania, 14. 6. 1871, Nr. 132.
59. Germania, 20. 7. 1871, Nr. 161, Meldung aus Rom: „Welch' unwürdige Verkehrtheit der Begriffe, die ‚liberale' Italiener überall an den Tag legen! Mit solcher Bande soll Deutschland im Begriff stehen, sich in ein Bündnis einzulassen."
60. Vgl. Germania, 20. 7. 1871, Nr. 161, Meldung aus Rom.
61. Germania, 24. 9. 1872, Nr. 218; Meldung aus Italien: „Die heutigen Verhältnisse Roms sind mit einem Worte unerträglich."
62. Kohl, H., Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, V, 1871—1873, S. 285, Rede Bism. im Preuß. Landtag am 13. 2. 1873: „. . . Das Auftreten des Bayrischen Volksblattes, des Volksboten, der Donauzeitung, und wie sie alle heißen mögen, die den Franzosen als ihren einzigen Beschützer bezeichneten, ihren einzigen Retter in der Not in Deutschland . . . das sind alles Symptome der Parteinahme gegen die nationalen Institutionen, die in klerikalen Blättern vorkommen, wie sie . . . in Frankreich und in Polen nicht möglich gewesen wären."
63. Vgl. Knopp, I., Ludwig Windthorst, S. 145: Bismarck am 6. 3. 1874 im Herrenhaus.
64. Kißling, Kulturkampf, II, S. 39, Anm. 2: Sten. Ber. d. Abgeordnetenhauses, 1871/72, I, 537, Bismarck am 30. 1. 1872 im Abgeordnetenhaus: „Dogmatische Streitigkeiten über die Wandlungen oder Deklarationen, welche innerhalb des Dogmas der katholischen Kirche vorgegangen sein können, zu beginnen, liegt der Regierung sehr fern . . .; jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und soviele Millionen Landsleute treiben, muß für ihre Mitbürger und für die Regierung jedenfalls heilig sein."
65. Rachfahl, F., Windthorst, S. 246 f.: Bismarck teilte Beust in Gastein den „Feldzugsplan" für die Maßnahmen gegen das Zentrum mit.
66. Vgl. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., III, S. 259, Anm. 1: Bismarck im Herrenhaus am 10. 3. 1873.
67. Rachfahl, F., a.a.O., S. 244.
68. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 155: Bismarck sagt, die Kathol. Abteilung habe nur nach Anweisungen aus Rom gehandelt und sei polnischen Einflüssen zugänglich gewesen.
69. Vgl. Majunke, P., Gesch. d. „Kulturkampfes" in Preußen-Deutschland, S. 48 f.: Am 22. 6. 1871 erschien die „Kriegserklärung" im Leitartikel der Neuen Preuß. Ztg.
70. Der Direktor der Kathol. Abteilung, Dr. Krätzig, wurde zur Disposition gestellt.
71. Vgl. Hahn, L., Gesch. d. „Kulturkampfes" in Preußen, S. 49 ff.
72. Preuß, Jhrb., 28. Bd., 1871, S. 99, Pol. Korrespondenz v. 6. 7. 1871: Daß die Aufhebung der „Kathol. Abteilung" tatsächlich als Abwehrmaßnahme gegen die außenpolitische Haltung der Ultramontanen ge-

dacht war, beweist folgende Äußerung der Pr. Jhrb.: „Frankreich wird die deutsche und die italienische Einheit im Bunde mit dem Ultramontanismus bekämpfen . . . Das hohe Maß von Freiheit, welches der katholischen Kirche in Deutschland gewährt ist, wird den römischen Jesuitismus nicht abhalten, das Reich zu bekämpfen . . . Diese systematische Verhetzung der katholischen Volksteile zu politischen Zwecken scheint nun doch die Sorge und Energie des Reichskanzlers geweckt zu haben. Auf die vorläufigen Warnungen in der Presse werden weitere Maßregeln folgen müssen . . . Das erste und dringlichste dieser Mittel ist die Herstellung eines einheitlichen Staatswillens in der preuß. Verwaltung." Hieran wird die Forderung nach Aufhebung der Kathol. Abt. geknüpft.

73. Majunke, P., Gesch. d. „Kulturkampfes" in Preußen-Deutschland, S. 57 ff. — Der Kanzelparagraph wurde am 20. 12. 1871 eingeführt.

c) Die Zuspitzung der Krise in den Jahren 1872/73.

74. Hahn, L., Kulturkampf, S. 58. — Majunke, P., Kulturkampf, S. 62: M. sagt, Mühlers Entlassung wurde „von niemand betrauert". — Am 17. 1. 1872 erfolgte Mühlers Entlassung; am 22. 1. 1872 wurde Falk sein Nachfolger.
75. Bachem, K., Vorgesch., Gesch. u. Pol. d. Zentr., III, S. 259.
76. Abgedr. bei Siegfried, Nicolaus, Aktenstücke betr. den preuß. Kulturkampf, S. 94 f.: Das Schulaufsichtsgesetz trat in Kraft am 11. 3. 1872.
77. Sten. Ber. d. Abg.-Hauses, 1871/72, I, S. 537: Bismarck am 30. 1. 1872 im preuß. Abg.-Haus. Vgl. auch Hahn, L., Kulturkampf, S. 60.
78. Vgl. Hahn, L., a.a.O., S. 67 f.: Bismarck am 10. 2. 1872 im preuß. Abg.-Haus.
79. v. Treitschke, H., Zehn Jahre Deutscher Kämpfe, Die Aufgaben des neuen Kultusministers, 5. 2. 1872.
80. Köln. Vztg., 15. 3. 1872, Nr. 74, 2. Bl., Bismarck ließ den Brief Windthorsts polizeilich beschlagnahmen und durch die „Köln. Ztg." veröffentlichen.
81. Köln. Vztg., 19. 3. 1872, Nr. 78, 2. Bl., Meldung aus Dresden: Bismarck hatte den Brief Windthorsts an die verschiedenen deutschen Regierungen als Beweis für die Staatsgefährlichkeit des Zentrums gesandt.
82. Köln. Vztg., 20. 3. 1872, Nr. 79, 1. Bl., Wochenrundschau: Bismarck am 6. 3. 1872 im Herrenhaus.
83. Köln. Vztg., 20. 3. 1872, Nr. 79, 1. Bl.
84. Köln. Vztg., 20. 3. 1872, Nr. 79, 1 .Bl., Auszug aus der „Köln. Zeitung".
85. N. Pr. Ztg., 4. 4. 1872, Nr. 78, Blicke in die römische Kirche.
86. Rachfahl, F., Windthorst u. d. Kulturkampf, S. 248. — Gustav Adolf, Prinz zu Hohenlohe, war der Bruder des früheren bayr. Ministerpräsidenten, Fürsten Chlodwigs zu Hohenlohe.
87. Hahn, L., Kulturkampf, S. 71 f.: Erlaß Bismarcks an den Botschafter Grafen Arnim in Paris.
88. Hahn, L., a.a.O., S. 72: Schreiben Antonellis v. 2. 5. 1872, an Herrn v. Derenthal. — Majunke, P., Kulturkampf, S. 75: M. sagt, der eigentliche Grund zur Ablehnung sei die Tatsache gewesen, daß der Botschafter ernannt worden ist, bevor der Papst befragt worden war.
89. Vgl. Hahn, L., a.a.O., S. 72 f., Rede Bismarcks im Reichstag am 14. 5. 1872. — Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstg., 24. Bd., 1872, S. 354.
90. Sten. Ber. d. Rchstg., 24. Bd., 1872, S. 355.
91. Siegfried, N., Aktenstücke, S. 99.
92. Busch, M., Tagebuchbl., 2. Bd., S. 365 f.: Ber. Buchers aus Varzin am 10. 7. 1872: „. . . Wie wir hören, ist von der deutschen Reichsregierung eine Anregung . . . ausgegangen, aber bisher nur von zwei größeren Regierungen mit Entgegenkommen aufgenommen worden . . ."
93. Vgl. Majunke, P., a.a.O., S. 78 ff.

94. N. Pr. Ztg., 26. 5. 1872, Nr. 120, Kaisertum und Papsttum.
95. Augsb. Pztg., 10. 4. 1872, Nr. 87, Das neue Deutschland.
96. Köln. Vztg., 16. 6. 1873, Nr. 164, 2. Bl., Zum 16. Juni 1873.
97. Frh. v. Ketteler, Wilhelm Emmanuel, Briefe, herausg. v. I. M. Raich, Brief Nr. 269, S. 482 f.: Mainz, 9. 8. 1874, Ausschreiben des Bischofs von Mainz, die Sedanfeier betr.
98. Germania, 8. 1. 1873, Nr. 5, Meldung aus Frankreich.
99. Germania, 18. 1. 1873, Nr. 14, Meldung aus Paris.
100. Hist. Pol. Bl., 71. Bd., 1873, S. 969, Frankreich u. das Deutsche Reich.
101. Hist. Pol. Bl., 72. Bd., 1873, S. 400, Zeitläufe. — Ebd., S. 472, Propaganda in der Diplomatie: „Der Religionskrieg kann nur geführt und beendigt werden in der Weise des Islam, und die Zukunft zeigt sich rabenschwarz verhängt, wie immer die Würfel fallen mögen."
102. Graf Andrassy war seit Okt. 1871 Minister d. Auswärtigen in Österreich.
103. Hist. Pol. Bl., 71. Bd., 1873, S. 304 f., Wiener Brief.
104. Köln. Vztg., 16. 4. 1873, Nr. 104, 2. Bl., Wochenrundschau.
105. Hist. Pol. Bl., 71. Bd., 1873, S. 305, Wiener Brief.
106. Hist. Pol. Bl., 73. Bd., 1874, S. 644, Briefe eines Amerikaners: „Natürlich wird man im Hinblick auf eine etwaige englisch-französisch-österreichische Allianz Österreich und Frankreich zuvor isoliert niederzuwerfen oder zu schwächen suchen . . ."
107. Hist. Pol. Bl., 73. Bd., 1874, S. 643, a.a.O.
108. Köln. Vztg., 30. 1. 1873, Nr. 118, 2. Bl., Wochen-Rundschau: Die KVZ. betont, daß die panslavistische Idee die große Mehrheit d. russ. Volkes erfülle, und es sei eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß sie auch in der Regierung und in der Dynastie „zahlreiche glühende Anhänger" habe.
109. Hist. Pol. Bl., 73. Bd., 1874, S. 158, Briefe eines Amerikaners.
110. Hist. Pol. Bl., 73. Bd., 1874, S. 644: Rußland u. Preußen seien in der orientalischen Frage „eng verbündet und wird auch hierin ein russischer Thronwechsel keinen Unterschied machen, mögen die Zeitungen auch noch so viel von dem Deutschenhasse des Thronfolgers sprechen. Ehe die orientalische Frage nicht gelöst ist, werden die beiden Mächte sich nicht in die Haare fallen."
111. Vgl. Hahn, L., Kulturkampf, S. 118 ff.
112. Es handelt sich um folgende Gesetze: 1. Ges. über d. Vorbildung u. Anstellung d. Geistl. v. 11. 5. 1873, 2. Ges. über d. kirchl. Disziplinargewalt u. die Errichtung des Kgl. Gerichtshofes für kirchl. Angelegenheiten v. 12. 5. 1873, 3. Ges. über d. Grenzen d. Rechts z. Gebrauche kirchl. Straf- u. Zuchtmittel v. 13. 5. 1873, 4. Ges. betr. den Austritt aus d. Kirche vom 14. 5. 1873. — Abgedr. b. Siegfried, N., Aktenstücke, S. 177 ff.
113. Kollektiveingabe d. Preuß. Episkopats v. 26. 5. 1873, abgedr. b. Siegfried, N., a.a.O., S. 188 f.
114. Vgl. Majunke, P., Kulturkampf, S. 95 ff.: Bei den Wahlen am 14. 11. 1873 zum Preuß. Abgeordnetenhaus gewann das Zentrum 38 Abgeordnete. — Die Zahl d. Zentrumszeitungen sprang von 5 vor dem Kulturkampf auf 120 Ztg. am Ende des Jahres 1873.
115. Majunke, P., Kulturkampf, S. 104 f.
116. Majunke, P., a.a.O., S. 105: In der Antwort des Kaisers hieß es u. a.: „Der evangelische Glaube, zu dem Ich Mich, wie Euer Heiligkeit bekannt sein muß, bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herrn Jesum Christum anzunehmen."

III. Das Dreikaiserverhältnis in der Kritik des Zentrums.

a) Die Dreikaiserzusammenkunft im September 1872 in Berlin.

1. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 126.
2. Graf v. Beust, ehem. sächs. Min. d. Ausw., seit 1866 Außenminister, seit 1877 Min. Präs. in Österreich-Ungarn.
3. Näf, W., Bismarcks Außenpolitik, 1871—1890, S. 25, Anm. 1: Platzhoff, die Anfänge des Dreikaiserbundes, Pr. Jhrb., 188. Bd., 1922, S. 301.
4. Vgl. Näf, W., a.a.O., S. 26.
5. Augsb. Pztg., 21. 1. 1871, Nr. 19, Pol. Tagesber.
6. Köln. Vztg., 10. 5. 1871, Nr. 128, Wochen-Rundschau.
7. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 126, Anm. 1: E. v. Wertheimer, Andrassy, II, 110, 112: Als Andrassy 1874 in Petersburg in einer Rede bemerkte, man könne nicht wissen, ob Deutschlands Einigungsbestrebungen nicht auch einmal nach Österreich übergreifen würden, beruhigte ihn Bismarck, indem er am 25. 2. 1874 mitteilen ließ, man müsse doch in Wien wissen, daß das Deutsche Reich durch Verschmelzung mit den seit 400 Jahren von Deutschland getrennten österreichischen Erblanden eher verlieren als gewinnen könnte.
8. v. Treitschke, H., Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 2, 6 u. 17, Österreich und das Deutsche Reich.
9. Pr. Jhrb., 28. Bd., 1871, Aus Deutsch-Österreich, Okt. 1871, S. 561.
10. Germania, 19. 7. 1872, Nr. 161, Meldung aus Wien: „Die deutschen Österreicher sind Untertanen des Kaisers von Österreich . . . Österreichs Wohlfahrt und Gedeihen, der Glanz seines Kaiserhauses und seiner Kronen, die Befestigung seines Thrones muß ihnen vor allem am Herzen liegen, Deutschland erst in zweiter Linie und nur soweit, als es sich mit ihrer Treue gegen Österreich und gegen sein Kaiserhaus verträgt." — Köln. Vztg., 30. 4. 1873, Nr. 118, 2. Bl., Wochen-Rundschau: Die KVZ. wendet sich gegen jede Annexionsabsicht.
11. Hist. Pol. Bl., 73. Bd., 1874, S. 639, Der Reichstag.
12. Gr. Pol. Nr. 120, I/197, 17. 4. 1872: Kaiser Franz Josef teilte dem deutschen Botschafter seine Absicht mit, im Herbst einen Besuch in Berlin machen zu wollen.
13. Köln. Vztg., 19. 6. 1872, Nr. 167, 2. Bl., Wochen-Rundschau.
14. Gr. Pol. Nr. 121, I/197 ff., 16. 7. 1872.
15. Oncken, H., Deutsches Reich, I, S. 137.
16. Germania, 4. 8. 1872, Nr. 175, Wochen-Rundschau: Das Hauptthema der drei Monarchen werde die orientalische Frage sein.
17. Germania, 4. 8. 1872, Nr. 175, Meldung aus Wien.
18. Germania, 10. 8. 1872, Nr. 180, Meldung aus Wien: Auch das „Journal des Débats" schreibt in demselben Sinn: „Indem Rußland, Deutschland und Österreich sich nähern, neutralisieren sie sich und tragen zur Erhaltung des Status quo bei."
19. Germania, 18. 8. 1872, Nr. 187, Wochen-Rundschau.
20. Hist. Pol. Bl., 72. Bd., 1873, S. 465, Propaganda in der Diplomatie.
21. Näf, W., a.a.O., S. 27.
22. Vgl Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 138. — Wahl, A., Dtsch. Gesch., I, 31 f.

b) Das Dreikaiserabkommen im Jahre 1873.

23. Kaiser Wilhelm hielt sich vom 1.—8. Mai 1873 in Petersburg auf.
24. Köln. Vztg., 15. 4. 1873, Nr. 103, 2. Bl., Dtsch. Reich.
25. Näf, a.a.O., S. 28, Anm. I u. II: Reuß an Bismarck, 10. 2. 1873, Gr. Pol. Nr. 126, I/202, 10. 2. 1873 und Nr. 127, I/203, Text der Dtsch.-russ. Militärkonvention.
26. Becker, O., Bismarcks Bündnispolitik, S. 4.

27. Köln. Vztg., 11. 5. 1873, Nr. 129, 2. Bl., Dtsch. Reich.
28. Becker, O., a.a.O., S. 5, Anm. 4.
29. Becker, O., a.a.O., S. 5.
30. Becker, O., a.a.O., S. 5. — Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 139.
31. Köln. Vztg., 26. 6. 1873, Nr. 174, 1. Bl., Wochen-Rundschau. Für Deutschland u. Österreich sei es wohl das beste, „wenn sie sich aufrichtig befreundeten".
32. Köln. Vztg., 26. 6. 1873, Nr. 174, 1. Bl., Wochen-Rundschau. Der Vorwurf der Preisgebung der Türkei richtet sich gegen die deutsche Politik.
33. Köln. Vztg., 19. 2. 1874, Nr. 49, 2. Bl., Wochen-Rundschau.
34. Becker, O., a.a.O., S. 5.
35. Text Gr. Pol. 129, I/206 f.
36. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 139.
37. Ged. u. Erinn. II, 1922, S. 257.
38. Becker, O., a.a.O., S. 5. — Wahl, A., V. Bism. d. 70er Jahre, S. 52, Anm. 1: Gontaut-Biron, Mon ambassade, S. 356: Der Besuch Viktor Emmanuels in Berlin im September 1873 wird hier bezeichnet als „une démonstration antifrançaise et anticléricale".
39. Näf, a.a.O., S. 29.
40. Köln. Vztg., 7. 5. 1874, Nr. 125, 2. Bl., Dtsch. Rch.
41. Köln. Vztg., 18. 6. 1874, Nr. 166, 1. Bl.
42. Hist. Pol. Bl., 76. Bd., 1875, S. 465 f., Zeitläufe, 8. 9. 1875.
43. Germania, 14. 2. 1874, Nr. 36. — Köln. Vztg., 7. 1. 1874, Nr. 7, 1. Bl., Janus-Rundschau: „In den Bund der drei Großmächte Rußland, Österreich und Preußen trat auch Italien ein; England . . . kann stillschweigend als der Fünfte in dem Bunde gelten."
44. Oncken, H., Deutschland u. Österreich seit der Gründung des neuen Reiches, Deutsche Rundschau, 147. Bd., 1911, S. 132.

IV. Der Höhepunkt des Kulturkampfes und die „Krieg in Sicht"-Krise vom Jahre 1875.

a) Die Kulturkampfmaßnahmen im Jahre 1874/75.

1. Majunke, P., Kulturkampf, S. 118 f.: Erzbischof Ledochowski wurde am 3. 2. 1874 ins Gefängnis von Ostrowo gebracht.
2. Majunke, P., a.a.O., S. 119.
3. Abgedr. b. Siegfried, N., Aktenstücke, S. 214.
4. Abgedr. bei Siegfried, N., a.a.O., S. 216, 240 u. 243.
5. Kißling, Kulturkampf, III, S. 1.
6. Hahn, L., Kulturkampf, S. 151: Amtl. Depesche v. 13. 7. 1874.
7. Hahn, L., a.a.O., S. 155: Anklageschrift d. Schwurgerichts in Würzburg: Bei der Vernehmung erklärte Kullmann, er habe aus politischem Haß gehandelt, da Bismarck „seine Partei", das Zentrum, als reichsfeindlich bezeichnet habe.
8. Hahn, L., a.a.O., S. 151.
9. Siegfried, N., a.a.O., S. 251 f.
10. Edm. Jörg, geb. 1819 zu Immenstadt; 1852, nach Görres Tode übernahm er mit Fr. Binder zusammen die Leitung der „Hist. Pol. Bl.". Von 1865—1881 war er Mitgl. d. bayr. Kammer. 1870 stimmte er als Führer d. bayr. Partiotenpartei gegen den Anschluß Bayerns an das Deutsche Reich. Er starb 1901 in Landshut. Jörg war kathol. Publizist und Politiker zugleich; er war ein Gegner der kleindeutschen Lösung unter Preußens Führung. Die Hist. Pol. Bl. waren in ganz Preußen wegen ihrer extremen Haltung verboten.
11. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstgs., 34. Bd., S. 480 ff., Sitzg. v. 4. 12. 1874.
12. Ebd. S. 483.

13. Germania, 19. 12. 1874, Nr. 297, Die Politik des Gruselns.
14. Pr. Jhrb., 35. Bd., 1875, S. 94, Pol. Correspondenz v. 10. 2. 1875: „Aber während Mallinckrodt u. Windthorst sich wohl hüten, diese Verdächtigung anders als in hingeworfenen Andeutungen auszusprechen, beginnt Jörg die Torheit, sie durch eine Vorlesung über die auswärtige Politik des Jahres beweisen zu wollen."
15. Ebd. S. 95.
16. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstgs., 34. Bd., 1874, S. 484 ff.
17. Ebd., S. 486 ff.
18. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstgs., 34. Bd., 1874, S. 508 ff., Sitzg. v. 5. 12. 1874.
19. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstgs., 34. Bd., 1874, S. 510 ff., Sitzg. am 5. 12. 1874. — Die Äußerung d. päpstl. Nuntius Meglia wurde von dem früheren württemberg. Min. Präs. Abg. v. Varnbühler bestätigt.
20. Kißling, Kulturkampf, III, S. 12 f.
21. Kißling, a.a.O., III, S. 12, Anm. 1: Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstags 1874/75, 2. Bd., S. 756.
22. Von Poschinger, H., Fürst Bismarck u. d. Parlamentarier, I, S. 68: Bismarck nahm wegen dieser Abstimmung die Abg. Bennigsen, Miquel, Dr. Wehrenpfennig u. Löwe besonders „ins Gebet".
23. v. Poschinger, H., a.a.O., I, S. 69.
24. Kißling, a.a.O., III, S. 13 f. — Oncken, H., Bennigsen, II, S. 275.
25. Germania, 18. 1. 1875, Nr. 13, Neupreuß. Konservatismus.
26. Germania, 23. 1. 1875, Nr. 18, Wochen-Rundschau.
27. Kißling, a.a.O., III, S. 27: Die Enzyklika Pius' IX. war datiert v. 5. 2. 1875; sie wurde zuerst veröffentlicht im „Westf. Merkur" am 18. 2. 1875.
28. Abgedr. bei Siegfried, N., Aktenstücke, S. 267 ff.
29. N. Pr. Ztg., 5. 3. 1875, Nr. 54, Folgen d. päpstl. Bulle.
30. Vgl. Hahn, L., Kulturkampf, S. 165 f.: Prov. Correspondenz, 19. 2. 1875.
31. N. Pr. Ztg., 2. 3. 1875, Nr. 51. — Kißling, a.a.O., III, S. 31: Dieser Adresse sollen sich um 1700 Katholiken angeschlossen haben.
32. Das Ges. betr. die Zivilehe wurde f. d. Reich am 9. 2. 1875 eingeführt. — Abgedr. b. Siegfried, N., Aktenstücke, S. 299.
33. Hahn, L., a.a.O., S. 178 f.: Die Verfassungsänderung fand am 16. 4. 1875 im Abg.-Haus statt.
34. Hahn, L., a.a.O., S. 178 ff.: Rede Bismarcks im Abg.-Haus am 16. 4. 1875.
35. Abgedr. b. Siegfried, N., a.a.O., S. 277.
36. Abgedr. b. Siegfried, N., a.a.O., S. 298.
37. Abgedr. b. Siegfried, N., a.a.O., S. 295.
38. Abgedr. b. Siegfried, N., a.a.O., S. 281.
39. Abgedr. b. Siegfried, N., a.a.O., S. 294.

b) Die deutsch-französische Spannung im Jahre 1874.

40. Vgl. Kißling, Kulturkampf, II, S. 343, Anm. 1: Gabriel Hanotaux, Gesch. d. zeitgenössischen Frankreich, deutsch v. Th. Plange. Berlin 1905, II, S. 63 ff.: Die Errichtung der Kirche von Sacré-Coeur auf dem Montmartre wurde z. B. als nationale Angelegenheit betrachtet.
41. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 141 f.
42. Kißling, a.a.O., II, S. 344.
43. Dreux, A., Dernieres Années de l'ambassade en Allemagne de M. Gontaut-Biron, S. 17 f.: Am 13. Januar verlangte Bismarck von Gontaut-Biron eine neue Erklärung von der französischen Regierung, die schärfer als das Zirkular die Haltung der französischen Bischöfe mißbilligen sollte.
44. Dreux, A., a.a.O., S. 19: „. . . et, si les pouvoirs publics n'y font pas obstacles, ils organiseront une véritable croisade contre nous."

45. Dreux, A., a.a.O., S. 19 ff.: „Prenez garde que les masses ne soient fanatisées au nom de la religion catholique persécutée . . ."
46. Vgl. Kißling, a.a.O., III, S. 343 f. Nordd. Allgem. Ztg. v. 16. 1. 1874. — Dreux, A., a.a.O., S. 28.
47. Dreux, A., a.a.O., S. 29: Der „Univers" wurde am 19. Januar verboten.
48. Dreux, A., a.a.O., S. 31.
49. Kißling, a.a.O., III, S. 346, Anm. 1: Hanotaux, Gesch. d. zeitgen. Frankreich, II, S. 323.
50. Dreux, A., a.a.O., S. 34 ff.: Am 28. Januar brachte die offizielle Provinzial-Correspondenz einen Artikel, der beruhigende Erklärungen enthielt, und am 14. Februar schrieb Gontaut an Decazes: „Wir sind hier wieder zur Ruhe gekommen; warten wir geduldig die Zukunft ab . . ."
51. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 142.
52. Gr. Pol., Nr. 147, I/235, 23. 1. 1874, Bismarck an den Prinzen Reuß, den deutschen Botschafter in Petersburg.
53. Kißling, a.a.O., II, S. 347.
54. Kißling, Kulturkampf, III, S. 160 ff.
55. Germania, 4. 1. 1877, Rückschau und Ausschau zum Jahreswechsel.
56. Germania, 16. 2. 1874, Nr. 37, Meldung aus Paris.
57. Vgl. Anm. 56.
58. Köln. Vztg., 15. 4. 1874, Nr. 103, 1. Bl., Wochen-Rundschau.
59. Germania, 19. 12. 1874, Nr. 291, Wochen-Rundschau.
60. Vgl. Anm. 59.
61. Kißling, a.a.O., III, S. 20.
62. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 190.
63. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 189.
64. Ged. u. Erinn., II, S. 193. Bismarck sagt: „Mich trieb keine persönliche Rachsucht, sondern . . . eher bürokratische Rechthaberei eines in seiner Autorität mißachteten Vorgesetzten."
65. Busch, M., Tagebuchbl., II, S. 392: Tagebuchaufz. v. 15. 2. 1873.
66. Kißling, a.a.O., III, S. 162, Anm. 1: Chlodw. v. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, II, 157.
67. Kißling, a.a.O., III, S. 161, Anm. 1: Chl. v. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, II, S. 156. — Dreux, A., a.a.O., S. 318.
68. Kißling, a.a.O., III, S. 21 f. — Brück, Kulturkampf, S. 63.
69. Vgl. Köln. Ztg., 3. 1. 1875, Nr. 3, 2. Bl., Meldung aus Berlin.
70. Abgedr. bei Siegfried, N., Aktenstücke, S. 264 ff.
71. Päpstl. Breve v. 2. 3. 1875, abgedr. b. Siegfried, N., a.a.O., S. 270 f.

c) Die „Krieg in Sicht"-Krise im Jahre 1875.

72. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 146: Das Cadres-Gesetz wurde am 13. 3. 1875 von der franz. Kammer beschlossen.
73. N. Pr. Ztg., 8. 4. 1875, Nr. 81, Die Zusammenkunft in Venedig.
74. N. Pr. Ztg., 3. 4. 1875, Nr. 77, Meldung aus Wien: Die „Wiener Abendpost" war der Ansicht, daß die Reise nach Venedig der Kräftigung des Dreikaiserbundes dienen werde.
75. N. Pr. Ztg., 21. 3. 1875, Nr. 68, Meldung aus Paris.
76. N. Pr. Ztg., 9. 4. 1875, Nr. 82, Meldung aus Paris.
77. N. Pr. Ztg., 11. 4. 1875, Nr. 84, Meldung aus Rom.
78. Augsbg. Pztg., 1. 4. 1875, Nr. 77, Meldung aus Wien.
79. Augsbg. Pztg., 3. 4. 1875, Nr. 79, Tagesbericht.
80. Köln. Vztg., 31. 3. 1875, Nr. 89, 1. Bl., Wochen-Rundschau.
81. Köln. Vztg., 31. 3. 1875, Nr. 89, 1. Bl., Wochen-Rundschau.
82. Köln. Vztg., 13. 4. 1875, Nr. 101, 1. Bl., Österreich-Ungarn.
83. Köln. Vztg., 31. 3. 1875, Nr. 89, 1. Bl., Wochen-Rundschau.
84. Als „König-Ehrenmann" bezeichnete die Zentrumspresse bisher den König von Italien.

85. Rogge, W., Österreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust, II, S. 8.
86. Wahl, A., Dtsch. Gesch., I, S. 358. — Wahl, A., V. Bism. d. 70er Jhr., S. 85, sagt allerdings: Bismarck sei es besonders unangenehm gewesen, daß Österreich u. Italien sich nicht geeinigt hätten, den Kulturkampf nach deutschem Muster zu führen.
87. Wahl, A., V. Bism. d. 70er Jhr., S. 83.
88. Wahl, A., Dtsch. Gesch., I, S. 354 ff.
89. N. Pr. Ztg., 13. 4. 1875, Nr. 85, Unsere auswärtige Lage.
90. Die Post, 13. 4. 1875, Nr. 85, Revu der Tagespresse.
91. Vgl. Die Post, 13. 4. 1875, Nr. 85, Revue d. Tagespresse.
92. Pr. Jhrb., 35. Bd., 1875, S. 449, Politische Korrespondenz 12. 4. 1875.
93. Köln. Vztg., 8. 4. 1875, Nr. 96, 2. Bl., Dtsch. Rch.
94. Nordd. Allgem. Ztg., 18. 4. 1875, Nr. 90, Pol. Tagesber.
95. N. Pr. Ztg., 13. 4. 1875, Nr. 85, Meldung aus Paris.
96. N. Pr. Ztg., 15. 4. 1875, Nr. 87, Meldung aus Paris.
97. Dreux, A., a.a.O., S. 93. Radowitz soll geäußert haben: „Aber wenn die Revanche der geheime Gedanke Frankreichs ist — und es kann gar nicht anders sein — warum sollen wir mit unserem Angriff warten, bis es seine Kräfte wieder erlangt hat und Bundesgenossen gefunden hat. Geben Sie zu, daß diese Deduktionen vom politischen, philosophischen u. selbst christl. Standpunkt aus zwingend sind. . . ."
98. Dreux, A., a.a.O., S. 90.
99. Näf, W., Bism. Außenpolitik, S. 15 f.
100. Gr. Pol. Nr. 172, I/269 f., 5. 5. 1875.
101. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 149, Anm. 1: Fürst Münster an Bennigsen: Vgl. Rudolf v. Bennigsen, II, 286.
102. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 149.
103. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 150.
104. Gr. Pol. Nr. 174, I/272, 9. 5. 1875 und Gr. Pol. Nr. 180, I/280, 14. 5. 1875.
105. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 150.
106. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 201.
107. Gr. Pol., Nr. 182, I/283 u. Anm., 19. 5. 1875.
108. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 202.
109. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 152.
110. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 202 f.
111. Wahl, A., V. Bism. d. 70er Jhr., S. 104.
112. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 154.
113. Zu Weden, F., a.a.O., S. 31: Das Entscheidende bei der „Krieg in Sicht-Krisis" war also weniger, wie Weden sagt, daß Bismarck „der Erfolg im Gegensatz zu Frankreich versagt" war, sondern daß gerade bei diesem Ereignis deutlich wird, wie die klerikale Presse die Gelegenheit benutzte, um Bismarcks Politik anzugreifen. Diese Krisis bringt einen Beweis dafür, daß Bismarck mit seiner Sorge vor der klerikalen Gefahr nicht unrecht hatte.

V. Das Zentrum und die orientalische Frage.

a) Der Ausbruch der Balkanwirren im Jahre 1875/76.

1. Heller, E., Das deutsch-österreichische Bündnis in Bismarcks Außenpolitik, S. 7 ff.
2. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 194, Anm. I u. II: Bismarck nahm im Januar 1876 eine Sondierung bei England vor.
3. Oncken, H., a.a.O., I, S. 195 f.
4. Köln. Vztg., 3. 6. 1876, Nr. 152, 2. Bl., Dtsch. Rch. — Oncken, H., a.a.O., I, S. 196, Anm. 1: Die Antwort Disraelis in seinem Schreiben an die Königin Viktoria vom 18. 6. 1876 war entgegenkommend, ohne aber an das Anerbieten anzuknüpfen.

5. Germania, 13. 5. 1876, Nr. 108, Wochen-Rundschau. — Zu Weden, F., a.a.O., S. 47: Wenn W. allerdings meint, der „latente Gegensatz zu Rußland" seitens des Zentrums sei erst während der orientalischen Krisis von 1876/77 „allmählich immer mehr zum Durchbruch" gekommen, so ist darauf zu verweisen, daß dieser Gegensatz schon seit 1870 bestand und sofort nach dem deutsch-französischen Kriege sehr heftige Formen angenommen hatte.
6. Germania, 5. 2. 1876, Nr. 28, Wochen-Rundschau.
7. Hist. Pol. Bl., 77. Bd., 1876, S. 997, Zeitläufe, 10. 6. 1876.
8. Augsbg. Pztg., 26. 9. 1876, Nr. 226, Meldung aus Wien.
9. Hist. Pol. Bl., 78. Bd., 1876, S. 488 f., Zeitläufe.
10. Ebd., S. 813 ff., Zum Rassenkampf in Europa.
11. Germania, 8. 7. 1876, Nr. 152, Wochen-Rundschau.
12. Germania, 29. 7. 1876, Nr. 170, Wochen-Rundschau.
13. Augsbg. Pztg., 27. 9. 1876, Nr. 227, Die orientalische Frage und die katholische Kirche.
14. Germania, 26. 8. 1876, Nr. 194, Wochen-Rundschau.
15. Germania, 30. 9. 1876, Wochen-Rundschau: „Gegen die geplante Herstellung eines oder mehrerer slavischer Staaten . . . erheben wir Einspruch als Deutsche aus politischen und als Katholiken aus religiösen Gründen."
16. Hist. Pol. Bl., 77. Bd., 1876, S. 732, Türkei.
17. Hist. Pol. Bl., 78 Bd., 1876, S. 743, Zeitläufe.
18. Germania, 12. 2. 1876, Nr. 34, Wochen-Rundschau.
19. Vgl. Anm. 18.
20. Germania, 5. 1. 1877, Nr. 4, Jahres-Rundschau.
21. Germania, 8. 1. 1877, Nr. 5, Jahres-Rundschau.
22. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 197.
23. Oncken, H., a.a.O., I. Bd., S. 197, Anm. 1.
24. Heller, E., a.a.O., S. 11, Anm. 22.
25. Oncken, H., a.a.O., I, S. 198.
26. Gr. Pol. Nr. 239, II/53, 1. 10. 1876.
27. Ged. u. Erinnerg. II, 1922, S. 241.
28. Ebd., S. 242.
29. Ebd., S. 242.
30. Vgl. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 201.
31. v. Poschinger, H., Fürst Bismarck und die Parlamentarier, I, 1894, S. 93 ff.
32. Hist. Pol. Bl., 78. Bd., 1876, S. 951 f., Zeitläufe, 30. 12. 1876.
33. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchtgs., 41. Bd., 1876, S. 22, Sitzung v. 3. 11. 1876.
34. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchtgs., 41. Bd., 1876, S. 38 ff., Sitzung v. 6. 11. 1876.
35. Hist. Pol. Bl., 77. Bd., 1876, S. 641, Nach Österreich: Der Autor der Hist. Pol. Bl. setzt sich hier auseinander mit einer bei Gerold in Wien unter dem Titel: „Die katholisch-konservative Partei in Deutschland und die orientalische Frage" erschienenen Schrift, in der den Hist. Pol. Bl. vorgeworfen wird, sie trieben „Verrat und Abfall von den heiligsten Prinzipien", da sie für die Annexion Österreichs durch Deutschland eingetreten seien. Demgegenüber schreiben die Hist. Pol. Bl., daß sie gerade den preuß. Unitarismus schwächen wollen, indem sie versuchen, dem Reich noch mehr Katholiken einzuverleiben.
36. v. Poschinger, H., a.a.O., I, S. 94.
37. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstgs., 41. Bd., 1876, S. 40, Sitzung vom 6. 11. 1876.
38. Ebd., S. 581 ff., Sitzung v. 5. 12. 1876.
39. Ebd., S. 590, Sitzung v. 5. 12. 1876.
40. Germania, 25. 11. 1876, Nr. 271, Wochen-Rundschau.
41. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 203.
42. Germania, 21. 4. 1877, Nr. 91, Wochen-Rundschau.
43. Köln. Vztg., 5. 3. 1877, Nr. 63, 2. Bl., Dtsch. Reich.
44. Köln. Vztg., 13. 3. 1877, Nr. 71, 2. Bl., Dtsch. Reich.

45. Oncken, H., a.a.O., I, S. 206.
46. Vgl. Anm. 44.

b) Der russisch-türkische Krieg vom Jahre 1877/78.

47. Becker, O., Bismarcks Bündnispolitik, S. 11.
48. Sten. Ber., 45. Bd., 1877, S. 780 f., Sitzung am 26. 4. 1877.
49. Ebd., S. 788.
50. Hist. Pol. Bl., 80. Bd., 1877, S. 73, Zeitläufe.
51. Hist. Pol. Bl., 80. Bd., 1877, S. 76, Zeitläufe.
52. Germania, 16. 6. 1877, Nr. 135, Wochen-Rundschau.
53. Vgl. Anm. 52.
54. Germania, 7. 7. 1877, Nr. 152, Wochen-Rundschau.
55. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 207 f.
56. Hist. Pol. Bl., 80. Bd., 1877, S. 421, Zeitläufe.
57. Germania, 28. 7. 1877, Nr. 170, Wochen-Rundschau.
58. Germania, 23. 1. 1875, Nr. 18, Rußland u. Polen.
59. Germania, 8. 9. 1877, Nr. 206, Wochen-Rundschau.
60. Vgl. Anm. 59.
61. Germania, 4. 10. 1877, Nr. 228, Deutschland: Die „Kölnische Zeitung" warf der G. besonders wegen ihres Artikels am 8. 9. 1877 Landesverrat vor.
62. Vgl. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 209.
63. Hist. Pol. Bl., I, 1878, S. 221 u. 234, Vor dem Friedensschluß, Ende Januar 1878.
64. Köln. Vztg., 3. 1. 1878, Nr. 3, 1. Bl., Janus-Rundschau.
65. Köln. Vztg., 18. 1. 1878, Nr. 18, 2. Bl., Deutsches Reich.
66. Hist. Pol. Bl., I, 1877, S. 231, Vor dem Friedensschluß, Ende Januar 1878.
67. Köln. Vztg., 3. 1. 1878, Nr. 3, 1. Bl., Janus-Rundschau.
68. Hist. Pol. Bl., I, 1878, S. 223 ff.
69. Köln. Vztg., 21. 1. 1878, Nr. 21, 1. Bl., Zur Orientkrisis.
70. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 209.
71. Köln. Vztg., 20. 2. 1878, Nr. 50, 2. Bl., Deutsches Reich.
72. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 210 f.
73. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchtgs., 47. Bd., 1878. S. 95 ff.
74. Ebd., S. 102, Sitzung am 19. 2. 1878.
75. Becker, O., a.a.O., S. 24.
76. Oncken, H., a.a.O., I, S. 212.

c) Der Berliner Kongreß im Jahre 1878.

77. Vgl. Näf, W., Bismarcks Außenpolitik, S. 35.
78. Köln. Vztg., 29. 3. 1878, Nr. 86, 2. Bl., Dtsch. Reich.
79. Germania, 28. 3. 1878, Nr. 72.
80. Germania, 8. 3. 1878, Nr. 56, Der „ehrliche Makler".
81. Germania, 30. 3. 1878, Nr. 74, Wochen-Rundschau.
82. Näf, a.a.O., S. 35.
83. Hist. Pol. Bl., I, 1878, S. 953, 956.
84. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 252 ff.
85. Becker, O., a.a.O., S. 25.
86. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 216.
87. Ebd., S. 217 f.
88. Becker, O., a.a.O., S. 27, Anm. 3.
89. Ebd., S. 28 f.: Der Kriegsminister Miljutin hatte den Friedensetat der Armee um 56 000 Mann, den Kriegsetat um 3—400 000 Mann für die mobile Armee erhöht.
90. Pr. Jhrb., 44. Bd., 1879, S. 332, Der Vertrag von Berlin und das Dreikaiserverhältnis.

91. Hist. Pol. Bl., II, 1878, S. 217, Die drei Stadien der orientalischen Frage.
92. Ebd., S. 233 ff., Zeitläufe, Mitte August 1878.
93. Germania, 8. 8. 1878, Nr. 179, Die neue Friedensära.
94. Germania, 2. 11. 1878, Nr. 252, Wochen-Rundschau.
95. Näf, a.a.O., S. 39.
96. Sten. Ber. d. Dtsch. Rchstgs., 52. Bd., 1879, S. 346, Sitzung am 8. 3. 1879.
97. Ebd., S. 684, Sitzung am 28. 3. 1879.

VI. Das Deutsch-österreichische Bündnis vom Jahre 1879 und das Zentrum.

1. Kißling, Kulturkampf, III, S. 234.
2. Kißling, a.a.O., III, S. 235. — v. Poschinger, H., Fürst Bismarck u. die Parlamentarier, I, S. 154: Die Franckensteinsche Klausel wurde am 12. 7. 1879 mit 217 gegen 117 Stimmen angenommen.
3. Pr. Jhrb., II, 1879, S. 108.
4. Kißling, a.a.O., III, S. 208.
5. Hahn, Kulturkampf, S. 207 f.
6. Kißling, a.a.O., III, S. 237 ff. Damals nahmen gleichzeitig drei liberale preuß. Minister ihren Abschied: Falk, Friedenthal und der Finanzminister Hobrecht.
7. Germania, 13. 8. 1879, Nr. 184, Ein Jahr nach dem Abschluß des Berliner Friedens.
8. Germania, 16. 8. 1879, Nr. 187, Wochen-Rundschau.
9. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 414.
10. Oncken, H., Bennigsen, II, S. 417.
11. Kißling, a.a.O., III, S. 243.
12. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 222.
13. Gr. Pol., Nr. 446, III/14 ff., 15. 8. 1879.
14. Näf, W., Bismarcks Außenpolitik, S. 40.
15. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 223.
16. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 264. Bismarck sagt hierzu: „Noch näher lagen die Erwägungen, welche den Katholiken den Bund mit der vorwiegend katholischen Großmacht als nützlich erscheinen ließen."
17. Schwarzes Blatt, 21. 8. 1879, Nr. 34, Rundschau.
18. Augsbg. Pztg., 24. 9. 1879, Nr. 224, Meldung aus Wien.
19. Schwarzes Bl., 25. 9. 1879, Nr. 39, Rundschau.
20. Germania, 27. 9. 1879, Nr. 223, Wochen-Rundschau.
21. Augsbg. Pztg., 27. 9. 1879, Nr. 227, Meldung aus Wien
22. Hist. Pol. Bl., II, 1879, S. 464: Vor allem dem Grafen Andrassy machte man den Vorwurf, er habe bisher nicht österreichische, sondern preußische Politik getrieben.
23. Hist. Pol. Bl., 1878, II, S. 796, Österreich im letzten Jahrzehnt: „Wir unsererseits . . . bekennen, daß Österreich, wenn es rationell zu Werke gehen und vernünftige Politik treiben wollte, in den Krieg mit eintreten mußte, sobald ihm die preußischen Siege nur Zeit gelassen hätten."
24. Hist. Pol. Bl., II, 1879, S. 468 ff., Zeitläufe, 12. 9. 1879.
25. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 274 f.
26. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 226 f.: Manteuffel berichtet damals, daß der Zar seine Aversion gegen die französische Republik überwunden habe. — Gleichzeitig wurde im Jahre 1879 der russische General Obrutschew zu den französischen Manövern entsendet.
27. Ebd., S. 227.
28. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 277: „Es braucht nicht gesagt zu werden, wieviel gefährdeter Deutschlands Lage erscheint, wenn man sich auch

Österreich, nach Herstellung der Monarchie in Frankreich, im Einverständnis beider mit der römischen Kurie im Lager unserer Gegner denkt, mit dem Bestreben, die Ergebnisse von 1866 aus der Welt zu schaffen. Diese pessimistische, aber doch nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegende und durch Vergangenes nicht ungerechtfertigte Vorstellung hatte mich veranlaßt, die Frage anzuregen, ob sich ein organischer Verband zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn empföhle . . . ."

29. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 228, Anm. 1: Gr. Pol. III, 27, 30, 33, 58, 73 f.
30. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 272 f.
31. Oncken, H., a.a.O., S. 223.
32. Lenz, Max, Gesch. Bismarcks, S. 408.
33. Näf, a.a.O., S. 42.
34. Oncken, H., a.a.O., I, S. 223 f.
35. Busch, M., Tagebuchbl. II, S. 561: Bismarck in einem Gespräch zu M. Busch am 6. 10. 1879.
36. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 276.
37. Wahl, A., Dtsch. Gesch., I, S. 432.
38. Ged. u. Erinn., II, 1922, S. 276, Anm. 2: Im Schreiben vom 4. 11. 1879, nach dem Original mitgeteilt in Horst Kohl, Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, S. 178 ff.
39. Wahl, A., Dtsch. Gesch., I, S. 431.
40. Oncken, H., Dtsch. Rch., I, S. 229 ff.
41. Schwarzes Bl., 9. 10. 1879, Nr. 41, Rundschau.
42. Germania, 25. 10. 1879, Nr. 247, Wochen-Rundschau.
43. Augsbg. Pztg., 21. 11. 1879, Nr. 274, Tagesbericht.
44. Hist. Pol. Bl., II, 1879, S. 786 ff., Zeitläufe, 12. 11. 1879.
45. Vgl. Weden, F., a.a.O., S. 69: W. zeigt in seiner Diss., daß die Opposition des Zentrums gegen Bismarcks Politik auch noch nach 1879 andauerte. Besonders gelegentlich der Bündnisverhandlungen zwischen Deutschland und Italien im Jahre 1882 sei das Zentrum wieder in seine oppositionelle Haltung zurückgefallen. Noch im Jahre 1883 glaubte die K. V. Z., Nr. 90, 2, an der Existenz des Dreibundes zweifeln zu können.

Lebenslauf.

Ich, Lothar Hettinger, bin geboren am 20. August 1910 zu Berlin als Sohn des Ressortchefs Heinrich Hettinger und seiner Ehefrau Lucie, geb. Heinrich. Ich bin evangelischer Religion und arischer Abstammung. Ich besuchte das Königstädtische Realgymnasium zu Berlin und bestand zu Ostern 1930 die Reifeprüfung. Darauf widmete ich mich an der Universität Berlin dem Studium der Geschichte und Romanistik. Meine Lehrer waren insbesondere die Herren Professoren Oncken, Hartung, Caspar, Perels, Wechßler, Seeberg und Spranger. Die vorliegende Arbeit wurde angeregt von Herrn Prof. Dr. Oncken, dem ich für seine freundl. Förderung zu großem Dank verpflichtet bin.